



Politische Berichte

Nummer 2 / 14. Jahrgang

14. Januar 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Kapital will Differenzierung. Gewerkschaftlicher Gegenwehr nutzen „einfache Antworten“ wenig.

In den nächsten Tagen werden Gespräche zwischen IG Metall und den Verbänden der Metallindustriellen über Möglichkeiten für eine Tarifrevision stattfinden. Gesamtmetall will für die West-Tarifgebiete die zum 1. April wirksam werdende Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 37 auf 36 Stunden verschieben. Oder wenigstens den vereinbarten Lohnausgleich hinauszögern. Die IG Metall hat sich verpflichtet, in den Tarifbezirken solche Gespräche zu führen.

Zeitgleich fordert Gesamtmetall als Zustimmungsbedingung für den „Solidarpakt“ die Veränderung der abgeschlossenen Tarifverträge in den Ost-Tarifgebieten. Dort würde vom 1. April an eine weitere Stufe der Lohn- und Gehaltsangleichung an Westniveau fällig.

Neben dem „scharfen konjunkturellen Abschwung“ (Necker, BDI) erblitzen die Profiteure der Deindustrialisierungspolitik in der Ex-DDR in den dort von ihnen geschaffenen „Strukturproblemen“ jetzt den Grund, um weiter zu zulangen. „Höchste Priorität besitzt daher ohne Zweifel die Aufgabe, den weiteren Einbruch der Industrie in Ostdeutschland zu stoppen“, schreibt Tyll Necker vom BDI. „Industriebrache in den neuen Bundesländern müßte zu einer langfristig gefährlich hohen Arbeitslosigkeit mit allen gesellschaftspolitischen Folgen führen. (1) Nachdem Necker sich so zum Sachwalter des Gemeinwohls gemacht hat, sieht er folgende Gefahr: „Ein enormes Hindernis ... bildet die Lohnentwicklung. Noch so gut gemeinte staatliche Förderprogramme bleiben ohne Erfolg, wenn es nicht gelingt, die Lohnlawine abzubremsen.“ BDA-Kollege Murmann assistiert: „Langfristige Tarifverträge müssen revidiert werden, wenn die Existenz der Unternehmen bedroht ist. Öffnungsklauseln müssen vereinbart werden, um in Not geratenen Betrieben ein begrenztes und befristetes Unterschreiten der tarifvertraglichen Vereinbarungen zu ermöglichen.“ (2)

Finanzminister Waigel nennt ganz in diesem Sinne als Ziel der „Solidarpakt“-Gespräche einen Abgleich zwischen Unternehmen, die eine Selbstverpflichtung auf Aufstockung ihrer Investitionen geben sollen, und Arbeitnehmern, die bereit sein sollen, „ihre Lohnforderungen in den nächsten drei Jahren auf einen Inflationsausgleich zu beschränken“, damit Produktivitätszuwächse für den Aufbau-Ost zur Verfügung gestellt werden könnten.

„Solidarpakt“ und Tarife: schwierige Fragen offen

Der IG Metall-Vorstand hat beschlossen, eine Revision der Stufenregelung Ost abzulehnen, „weil sie sozial belastend und wirtschaftlich nicht hilfreich“ sei. Ebenso abgelehnt wird eine Revision der Arbeitszeitregelung West. „Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung West unterstreicht die Notwendigkeit vereinbarter Arbeitszeitverkürzungen, nicht ihre Vertagung“. Gleichzeitig spricht sich der Vorstand für notfalls erforderliche Mobilisierungsmaßnahmen aus, als sei er sich des abgeschlossenen Vertrages nicht sicher. (3) Das *Handelsblatt* sieht unterdessen bereits einen funktionierenden Solidarpakt im Tarifabschluß Stahl, der „mit einem Volumen von knapp 3,3 % und einer Laufzeit von 18 Monaten bedeutet, daß hier die Arbeitnehmer real und netto einen deutlichen Einkommensverlust hinnehmen müssen.“ (4. 12. 92)

Den Differenzierungsversuchen der Kapitalisten mit der Losung „Verteidigung einheitlicher Tarife“ entgegenzutreten, dürfte sich als kurzatmig erweisen. „Gleiche Tarife“ wirken bereits seit längerem äußerst verschieden, das bisherige Tarifsystem gerät in Gefahr, von verschiedenen Seiten zermahlen zu werden.

Gewerkschaftliche Tarifpolitik kann das Nettoeinkommen von Arbeitnehmerhaushalten nur noch zum Teil sichern. Familienverhältnisse, ob mit

oder ohne Wohneigentum, ob in Dreischicht oder Normalarbeitszeit, all das hat große Bedeutung. Ebenso die staatliche Lohnabzugs- oder Transferpolitik wie Steuern, Sozialversicherung, Arbeitsmarktausgaben, die die Gewerkschaften zu beeinflussen für kaum würdig halten.

In der „östlichen Tariflandschaft“ findet anscheinend eine „Tarifflucht“ mit breitestem Billigung statt. Es muß also Reproduktionsmöglichkeiten und politische Überlegungen von nicht wenigen geben, die so etwas in Kauf nehmen können. Ähnliches geschieht im Westen, in den Handwerksbetrieben oder der „Alternativen Produktion“.

Die Flächentarife — arbeitszeitmäßig durch die Flexibilisierung ohnehin — aber auch lohnmäßig sind bereits reichlich zerklüftet. Die IG Metall Bayern erklärt die Existenz flächendeckender Tarifverträge für gefährdet. Allein im IG Metall-Bezirk Bayern existierten 250 abweichende betriebliche Entlohnungssysteme, von denen 70 % der Beschäftigten erfaßt würden. (4)

Eine Neuformung von Tarifgrundsätzen wird nötig. Erforderlich scheinen Festlegungen in den Tarifen, die zu gleichartigen sozialen Lebenslagen führen. Die Art des Wirtschaftens, zum Beispiel das Maß an Selbstbestimmung im Arbeitsprozeß, könnte dabei Berücksichtigung finden. Die ÖTV hat auf ih-

rem Gewerkschaftstag beschlossen, daß „Tarifpolitik ... sowohl die unterschiedlichen Interessen, Bedürfnisse und Lebensvorstellungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch die unterschiedlichen Arbeitssituationen und -bedingungen vor Ort berücksichtigen müsse.“ Es müsse zentrale Mindeststandards und Rahmenvereinbarungen geben, die dezentrale Konkretisierung zuließen. (5)

Eine solche Politik wäre nicht zu wechseln mit den von den Kapitalisten geforderten Öffnungsklauseln. Die großen Konzerne, etwa Opel in Eisenach mit seinen neuen Produktionsanlagen und alten Löhnen oder VW mit Nichtaufnahme des Werkes Mosel in den Haustarif haben sich derartige Abschläge bereits verschafft. Ein Unterschieden des Tarifs hier unter Verweis auf die Konkurrenz würde für die Belegschaften den Fall ins Bodenlose ermöglichen. Zumal der Vergleich international ausfälle und tschechische oder polnische Stundenlöhne den Maßstab bilden.

Unangenehm ist, daß die Entwicklung neuer Anforderungen an Tarifpolitik in Abwehr solcher Zumutungen geschehen muß. Verquere Diskussionsverläufe sind da leicht möglich.

(1) *Handelsblatt*, 31. 12. 92; (2) ebenso; (3) *Gewerkschafter* 12/92; (4) *Nachrichten Stahl und Metallindustrie* 24/92; (5) zitiert nach *Marxistische Blätter* 4/92, S. 86 — (gka)

50 000 bei Gedenken

Berlin. 50 000 Menschen (nach Polizeiangaben) beteiligten sich am 10. Januar in Berlin an der jährlichen Gedenkdemonstration zu Ehren Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Neben der PDS hatten auch andere sozialistische und antifaschistische Gruppen und Bündnisse zu der Aktion aufgerufen. Die Mahnaktion war zugleich ein Protest gegen Rassismus und Neofaschismus in der Bundesrepublik. — (rül, Bild: Neues Deutschland)



Israel provoziert Religionskrieg

Die Deportation der Palästinenser ist ein schweres Verbrechen

Am 17. 12. 92 hat die zionistische Politik, aktuell betrieben von der noch jungen Regierung Rabin (Arbeitspartei), erneut ein schweres Verbrechen gegen Menschlichkeit und Völkerrecht begangen, indem sie 415 Palästinenser für zwei Jahre aus ihrer Heimat verbannte, denen sie Unterstützung der islamischen Organisationen Dschihad und Hamas vorwirft. In einer Nacht- und Nebelaktion wurden die Palästinenser, unter denen sich etliche Ärzte, Universitätsprofessoren, Ingenieure sowie 16 lokale Angestellte des UN-Hilfswerks UNWRA befinden, in das Niemandsland zwischen der von Israel besetzten „Sicherheitszone“ im Südlibanon und dem Libanon deportiert, wo die libanesische Regierung den Weitertransport stoppte. Mit unglaublicher Brutalität verhinderte die israelische Regierung die dringend notwendige humanitäre Versorgung der bereits z.T. in Lebensgefahr schwebenden Palästinenser, die bei bitterer Kälte und fast ohne Vorräte festsaßen. Einziger israelischer Vor-

schlag „zur Güte“ ist bislang die Aufrichterung an einen europäischen oder arabischen Staat, die Palästinenser aufzunehmen. Dies lehnte ein Sprecher der Deportierten zu Recht ab. In den besetzten Gebieten einsetzende Proteste gegen die Zwangsdeportation ließ die Rabin-Regierung mörderisch zusammenschließen, wobei viele — v.a. jugendliche — Palästinenser ermordet oder lebensgefährlich verletzt wurden. Die zynische Härte, mit der die Zionisten sich weigern, der vom UN-Sicherheitsrat verabschiedeten Resolution 799 Folge zu leisten, die eine sofortige Rückkehrmöglichkeit aller Abgeschiedenen fordert, deutet darauf hin, daß Israel auch internationale Schelte in Kauf nimmt, um einen durchtriebenen Plan in die Tat umzusetzen: Bei den Nahost-Verhandlungen unter Druck geraten, weil es sich nach wie vor weigert, die UN-Resolutionen zu befolgen und sich aus den 1967 besetzten Gebieten bedingungslos zurückzuziehen, will Israel offenbar die völkerrechtlich erhebliche Auseinander-

setzung um die Rechte des palästinensischen Volkes untermindern, indem es einen Religionskrieg anzettelt zwischen (von den Imperialisten zu unterstützen) „zivilisierten Judentum“ und „wilden islamischen Extremisten“. Dies wäre eine Ebene, auf der sich die Zionisten relativ sicher fühlen könnten, mit militärischer Gewalt alle Widerstände zerschlagen zu können.

Zu Recht solidarisiert sich die PLO einerseits voll mit den Abgeschiedenen, widersetzt sich andererseits dem Druck, der v.a. von der islamischen Hamas-Bewegung ausgeht, einen religiösen Krieg zu eskalieren und da hinein auch die PLO zu ziehen, und lehnt die Aufnahme der Hamas (die mehrheitlich eine pro-iranische Linie verfolgt) in die PLO ab. Der palästinensische Widerstand wird nur in dem Maße Erfolge erringen können, wie er sich auf die unveräußerlichen (Völker-)Rechte des palästinensischen Volkes bezieht und die bisher durchgeholtene strikt säkulare Linie beibehält. — (uga)

Proteste gegen Lummer und Burschenschaften

„Ich bin nichts, ich kann nichts, laß mich in die Burschenschaft!“ Mit solchen höhnischen Parolen protestierten am vergangenen Wochenende Demonstranten in Jena gegen ein Jahrestreffen von 300 Delegierten von reaktionären „Burschenschaften“. Hauptredner Heinrich Lummer (CDU), in dessen Zeit als Berliner Innensenator erstmals Flüchtlinge in Polizeigehwahrsam verbrannten, mußte eine Stunde vor dem Tagungsgebäude warten, bevor ihm die Polizei Einlaß verschaffen konnte. Dann hetzte er gegen die „Utopie einer multikulturellen Gesellschaft“. Zu Politikern, die angesichts der faschistischen Anschläge auf Flüchtlinge ihre Beschämung erklärt hatten, meinte Lummer: „Mich kotzt das an.“ Für solche reaktionäre Hetze bekam er den Beifall der Burschenschaftler. — (rül)

Rundreise türkischer Gewerkschafter in der BRD

Vom 19. bis 31. Januar wird eine Delegation türkischer Gewerkschafter in der BRD auf Veranstaltungen auftreten und über die Situation und den Widerstand der Gewerkschaften in der Türkei berichten. Der Delegation gehören an: Vorstandsmitglieder und andere Vertreter von Petrol-Is (Chemie, Erdöl), Hava-Is (Flugverkehr), Tümtis (Transport), Egit-Sen (Erziehung), Belediye-Is (Kommunale Verwaltung), Deri-Is (Leider), Tüm-Saglik-Sen (Gesundheit), Tek-Gadi-Is (Nahrungsmittel), Harb-Is (Zivilbeschäftigte Militär), Cevher-Is (Erz und Mineralien), Yol-Is (Straßenbau) und Haber-Is (Medien). Bereits vereinbart sind Gespräche mit dem IGM-Bundesvorstand in Frankfurt am 21. 1. und mit dem Vorstand der IG Medien am 22. 1. Am 23. 1. findet in Duisburg eine Großveranstaltung statt. Weitere Veranstaltungen sind zum Teil bereits vereinbart, zum Teil noch möglich. Kontakt über: W. Frohn, Tel. 05624/6818, S. Yildirim, Tel. 0231/483621. — (rül)

Daimler-Benz und Boeing: Konkurrenz gegen den Rest

Das *Wall Street Journal* berichtet über Sondierungsgespräche, die zwischen der Daimler-Benz-Gesellschaft Deutsche Aerospace und dem US-Flugzeughersteller Boeing stattgefunden haben sollen. Ziel: die Entwicklung eines neuen Großraumflugzeuges. In der Wirtschaftspresse wird der Vorgang so bewertet: Von Seiten des US-Konzerns scheint es dabei um die Spaltung der verschiedenen europäischen Hersteller in der Airbus Industries zu gehen; von Seiten Daimler-Benz darum, eine Vormachtstellung innerhalb dieses europäischen Konsortiums zu erzielen. Sollte es tatsächlich zur Entwicklung des Flugzeugs kommen, würden sich die Verhältnisse in der internationalen Flugzeugindustrie beträchtlich verschieben: der neben Boeing und Airbus dritte große Anbieter von Flugzeugen, McDonnell Douglas, ebenfalls USA, wäre wohl aus dem Rennen geworfen. — (alk)

Rechtsextreme aus der BRD in Kaliningrad

Die Evangelische Kirche, die sich bislang im Monopol der Bindungspflege sogenannter Russlanddeutscher in den ehemals ostpreußischen Teilen Russlands sah, meldet jetzt unerwünschte Konkurrenz: Der Kaliningrader Pfarrer Kurt Beier berichtet gegenüber epd, der Presseagentur, die der Evangelischen Kirche Deutschlands nahesteht, rechtsextreme Kräfte aus der BRD, die sich als Touristen mit Interesse für das frühere Königsberg ausgeben, trafen gegenüber den teils sehr verarmten Russlanddeutschen als Helfer in der Not auf und versuchten so, politischen Einfluß zu gewinnen. Die Rechten seien insbesondere in Jasna Polana (Trakehnen) aktiv, wo viele Russlanddeutsche aus Zentralasien zugezogen sind. — (alk)

Aktuell in Bonn

Diätenanhebung

Die im Dezember bekanntgegebene Anhebung der Diäten der Bundestagsabgeordneten liegt jetzt als Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP vor (Ds. 12/3978). Die Regierungsparteien wollen danach die Diäten für Abgeordnete des Bundestags und des Europaparlaments um monatlich 238 DM auf 10.366 DM anheben. Zusätzlich soll die „Kostenpauschale“ je Abgeordneten um 213 auf 5.978 DM im Monat angehoben werden. Die jährlichen Mehrkosten belaufen sich auf 4,6 Millionen DM. Kommt der Entwurf durch, so erhält jede/r Abgeordnete/r zusammen 451 DM mehr pro Monat – fast zehnmal so viel, wie ein Postbote nach Seiters' erstem Angebot für den öffentlichen Dienst an „Gehalterhöhung“ bekäme.

Protest gegen Kohls „Wildwuchs“

Der „Wildwuchs“ in den Sozialleistungen müsse aufhören, es gehe nicht an, daß Sozialhilfebezieher mehr bekämen als Lohnabhängige, hatte Kohl Ende Dezember gehetzt. Die Wohlfahrtsverbände haben dagegen protestiert. Der Präsident des Verbands der Kriegsopfer (VdK), Hirrlinger, kritisierte, „Behinderte und ältere Menschen, die häufig von der Sozialhilfe leben müßten, würden damit wieder einmal diffamiert und ins Abseits gestellt“. Der Präsident des Reichsbunds, Franke, ergänzte, schon jetzt reichten die Regelsätze zu einer menschenwürdigen Lebensführung kaum aus. Wenn Arbeitnehmer noch weniger verdienten, spreche das gegen deren niedrige Löhne, nicht aber gegen die Sozialhilfesätze.

Kapitalisten begrüßen Rexrodt

Der Präsident des Arbeitgeberverbandes, Murmann, hat die Kandidatur des Ex-City-Bankers und Treuhänder-Managers Rexrodt zum Wirtschaftsminister begrüßt. Vor der Entscheidung hatte es Gerüchte gegeben, BWM-Chef von Kuenheim wolle Wirtschaftsminister werden. FDP-Chef Graf Lambsdorf gab gleichzeitig die Devise aus, keine „tauben Kerne“ – gemeint sind: Industriekombinate – im Gebiet der früheren DDR zu erhalten. Die Kahlschlagpolitik im Osten soll also weitergehen. Wichtig sei, so Lambsdorf weiter, jetzt die Senkung der Unternehmenssteuern, mehr „Freiheit“ bei den Arbeitsverträgen, vor allem bei Zeitverträgen, Deregulierung bei Banken und Versicherungen, Privatisierung der Post und eine klare Energiepolitik.

Maastricht: Verfassungsklage

Voraussichtlich noch im Januar will das Bundesverfassungsgericht über die Klagen gegen den Maastrichter Vertrag entscheiden. Das meldet die Zeitung *Die Welt* am 11.1. und berichtet gleichzeitig, der bayerische FDP-Politiker und frühere Kabinettschef Bangemanns bei der EG-Kommission, Brunner, habe bereits einen Entwurf für eine „Föderation

Europäischer Staaten“ vorgelegt. Auch in der Wirtschaft rumort es weiter gegen den Vertrag. Das *Handelsblatt* berichtete am 5.1. in großer Aufmachung über einen Artikel des Mainzer Jura-Professors Dr. Hans-Heinrich Rupp in der Ausgabe 1/93 der „Neuen Juristischen Wochenschrift“. Dieser kommt, so *Handelsblatt*-Chefredakteur Mundorf, zu dem Ergebnis, der Maastrichter Vertrag sei „verfassungswidrig“, weil er das Grundgesetz der BRD als Legitimation der BRD „aus den Angeln“ hebe.

Waigel trifft SPD-Finanzminister

Von einem „Geheimtreffen“ von Finanzminister Waigel mit zwei SPD- und zwei CDU-Länderfinanzministern berichtet die *Welt*. Am dem Treffen haben für die SPD Schleußer (NRW) und Simonis (Schleswig-Holstein), für die CDU Mayer-Vorfelder (Baden-Württemberg) und Milbradt (Sachsen) teilgenommen. Waigel nannte die Gespräche „gut und konstruktiv“. Man habe ein „großes Einsparpotential“ bei den Ländern festgestellt. Jetzt werde mit den Länderministerpräsidenten beraten. Die SPD verbreitet, die Bundesregierung befürworte „spätestens 1995“ einen „Solidaritätszuschlag“ von 10 %.

Seiters „Grenz-Radar“

Bundesinnenminister Seiters will die Grenzen der BRD nach Polen und zur Tschechischen Republik künftig erheblich schärfere überwachen lassen. U.a. ist an den Einsatz von Radaranlagen u.a. gedacht, um den Grenzübertritt z.B. von Flüchtlingen zu verhindern. Die stellvertretende SPD-Abgeordnete Däubler-Gmelin protestierte gegen die Pläne – als ob die SPD nicht beim Asyl „kommt“ eben der Abweisung fast aller Asylbewerber schon an den Grenzen zugestimmt hätte. Der SPD-Abgeordnete von Leipzig, Weisgerber, und der von Zittau, Müller, stimmten Seiters' Plänen dann auch prompt gleich zu.

Gerichtskosten steigen

Die Bundesregierung plant eine Anhebung von Gerichtsgebühren und Anwaltsgebühren. Offen eingestandenes Ziel dabei ist, die rechtliche Gegenwehr von Menschen gegen ihnen angetane Unrecht durch Verteuerung der Kosten zu behindern. So sollen die allgemeinen Gerichtsgebühren um 16 Prozent steigen, die Urteilsgebühren noch stärker, um auch auf diesem Weg den kurzen Prozeß herbeizuführen. Die Anwaltsgebühren sollen um 13 bis 23 Prozent steigen. Durch höhere Vergütung im Ermittlungsverfahren sollen auch die Anwälte gelockt werden, evtl. auch vorgerichtlichen Vergleichen zuzustimmen.

Was kommt demnächst?

Am 14. und 15. Januar berät der CDU-Vorstand über den Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms der Partei. Am 16. Januar führen die Grünen und das Bündnis 90 zeitgleich ihre Parteitage zur angestrebten Fusion beider Parteien durch. Bis Ende Januar will Kohl seine neue Ministerliste und andere Einzelheiten der angekündigten Kabinettsumbildung bekanntgeben.



Die Beratungen in den Regierungsparteien und mit der SPD über Mittel und Wege, die Bundeswehr endlich in Auslandseinsätze zu befehlen, sind noch nicht abgeschlossen. Letzter Stand: Die CSU wünscht einen Einsatz der Luftwaffe in Bosnien, aber keine Bodentruppen. FDP-Kinkel will, solange die Verfassung nicht geändert ist, daß die Bundeswehrinheiten vor dieser Änderung im Konfliktfall aus den Maschinen aussteigen. Einem erhofften Wunsch des UNO-Generalsekretärs, Bundeswehr nach Somalia zu schicken, will man Folge leisten. Rühe bereit bereite die Entsendung von 1500 Mann dafür vor. Strittig zwischen Verteidigungsministerium und Auswärtigem Amt sei noch, ob die Soldaten „zum Zwecke des Selbstschutzes“ bewaffnet würden. Da sei Kinkel dagegen. Bild: Die „Bremen“.

Gewerkschaftsreaktionen auf den „Asylkompromiß“

Die Stellungnahmen aus den Gewerkschaften zum Asylkompromiß vom 7./8. Dezember sind dürfig. Von der ÖTV und der IG Metall sind bis heute keine offiziellen Erklärungen zu erhalten. Dagegen liegt eine sehr deutliche Kritik des 2. Gewerkschaftstags der IG Medien vor, die wir im folgenden dokumentieren. In einer Stellungnahme der in der ÖTV organisierten Richter und Staatsanwälte, die allerdings vor dem Kompromiß veröffentlicht wurde, wird zwar eine Grundgesetzänderung und eine Beseitigung des individuellen Asyl-

rechts abgelehnt, aber zugleich sehr stark die Umsetzung des im Sommer verschärften Asylrechts gefordert, das ebenfalls das Recht auf Asyl zur Farce macht und nach dem die Asylbewerber in riesigen Lagern eingesperrt werden sollen. Im allgemeinen – von dem Be- schluß der IG Medien einmal abgesehen – ist wenig von den Interessen der Flüchtlinge die Rede. Es wird eher die „Tauglichkeit“ der vereinbarten Maßnahmen in Frage gestellt, als herrsche über das Ziel Einigkeit. Die Reaktion nutzt die Schwäche in der Kritik, um

einen regelrechten Krieg gegen die Flüchtlinge zu propagieren. Seiter will an den Ostgrenzen die „Wärmebildtechnik“, die für den Kriegsfall entwickelt wurde, um die Hitzeentwicklung bei Panzern, Truppenansammlungen und mobilen Raketenstellungen militärisch zu nutzen, für die Jagd auf Flüchtlinge einzusetzen. Auch aus der SPD gibt es für diese Pläne Unterstützung. Offenbar steht jetzt die Militarisierung der Flüchtlingsfrage auf der Tagesordnung, um den weltweiten Einsatz der Bundeswehr zur Realität werden zu lassen. — (rac)

An Bundestag und Bundesrat „Gegen Asyl-Kompromiß“

„Der 2. Gewerkschaftstag der IG Medien wendet sich gegen die Aushöhlung des Asylrechts, wie sie die Vereinbarung zwischen den Fraktions-Vertretern der Regierungspartei und der SPD vorsieht. Die Vereinbarung entzieht allen Flüchtlingen das Asylrecht, die über EG-Länder oder solche Staaten in die Bundesrepublik kommen, die der Genfer Flüchtlingskonvention beigetreten sind. So nutzt die Fraktionsvereinbarung in zweifach beschämender Weise die geografische Lage der Bundesrepublik mitten in Europa: Zum einen werden die meisten Flüchtlinge ausgesperrt; nur wer über gute Verbindungen und genügend Geld für ein Flugticket verfügt, soll noch die Chance haben, das Asylrecht für sich in Anspruch zu nehmen. Zum anderen überbietet die reiche Industrieregion Bundesrepublik die Kosten und Lasten einer weltweiten Fluchtbewegung ihren Nachbarn, absehbar vor allem den in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckenden Ländern im östlichen Europa. Nach der Vereinbarung soll der Gesetzgeber des weiteren mit einfacher Mehrheit solche Länder festlegen, die kraft gesetzlicher Vermutung als sicher und verfolgungsfrei gelten. Wer künftig aus solchen Ländern fliehen muß, wird durch kaum erfüllbare Beweislastnormen in aller Regel um den Rechtsschutz gebracht. Mit diesen Einschränkungen würde das Menschenrecht auf Asyl in der Bundesrepublik praktisch besiegt. Das dennoch beibehaltene Bekenntnis zum Individualrecht auf Asyl wird zum leeren Wort. Wer den Artikel 1 des Grundgesetzes – „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – ernst nimmt, muß sich für die ungeschmälerte Beibehaltung des Asylrechts einsetzen. Hätten andere Länder, wie beispielsweise die USA, Großbritannien, Schweden zur Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung ähnliche menschenverachtende Einschränkungen des Asylrechts praktiziert, hätten zahlreiche Flüchtlinge aus Deutschland in diesen Ländern keine Aufnahme finden können. Der 2. Gewerkschaftstag der IG Medien appelliert

an den Gesetzgeber, der Fraktionsvereinbarung nicht zu folgen und das Grundrecht auf Asyl unverändert aufrechtzuhalten. Die Einschränkungen widersprechen der Bindung an international anerkannte Menschenrechte, verletzen den besonderen historischen Auftrag der Bundesrepublik und honorierten letztlich die rechtsradikale Gewalt unserer Tage.“

DGB-Landesvorstand:

Nein zum Asylkompromiß

„Der DGB-Landesvorstand hat in seiner Sitzung am Montag, den 14.12.92, in Stuttgart den Bonner Asylkompromiß abgelehnt. Das Individualrecht auf Asyl, das für den DGB ein unverzichtbares Menschenrecht bleibe, werde durch die geplanten Einschränkungen in Artikel 16 a des Grundgesetzes de facto aufgehoben. Für den DGB-Landesvorstand ist es ein beschämender Vorgang, daß sich die reiche Industrieregion Deutschland hinter seinen europäischen Nachbarn verschrankt und ihnen die Verantwortung für das Recht auf Asyl zuschiebt. Damit sei ein ausreichender Schutz politisch Verfolgter nach den Maßstäben der Genfer Flüchtlingskonvention nicht mehr gewährleistet. Nach Überzeugung des DGB ist der Parteikompromiß in der Asyl-Frage ein untauglicher Versuch, die Zuwanderung in die Bundesrepublik zu regeln. Künftig würden Flüchtlinge in die Illegalität getrieben und das internationale Ansehen der Bundesrepublik weiter beschädigt.“ Pressemitteilung Nr. 157 des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg vom 15.12.92

Absage an Asylrechtsänderungen – Verfahren effektivieren.

„Eine Änderung des Asylrechts kann kein Schlüssel zur Lösung der in der Bundesrepublik derzeit herrschenden Zuwanderungs- und Flüchtlingsprobleme sein. Diese Ansicht vertreten die in der ÖTV zusammengeschlossenen Richter und Staatsanwälte ... Die Richter und Staatsanwälte forderten in diesem Zusammenhang eine Umsetzung des im vergangenen Sommer (26.6.92) verabschiedeten Gesetzes zur Neuordnung des Asylverfahrens. Es sei nicht nach-

vollziehbar, weshalb dies nicht geschehe. Zu der dringend gebotenen Effektivierung des Asylverfahrens bedürfe es jedoch keiner Änderung des Grundgesetzes, betonten die Juristen in ihrem Positionspapier. Ihre Stellungnahme zur Asylrechtsdiskussion haben die Richter und Staatsanwälte in Thesen zusammengefaßt. Nachfolgend die Leitsätze ...

— Eine Ergänzung oder gar Ersetzung von Art. 16 II 2 GG durch die Genfer Flüchtlingskonvention (GK) würde die derzeitigen Probleme nicht lösen. Eine derartige Grundgesetzänderung wäre nur eine Scheinlösung.

— Gegenwärtig differiert die Flüchtlingsanerkennung in den Unterzeichnerstaaten der Genfer Flüchtlingskonvention sowohl nach den inhaltlichen Maßstäben als auch nach der Ausgestaltung des Anerkennungsverfahrens noch erheblich.

— Länderlisten, die Angehörige bestimmter Staaten von vornherein mit materiell-rechtlicher Wirkung vom Asylverfahren ausnehmen, sind nach ganz einhelliger Meinung mit der Genfer Flüchtlingskonvention nicht vereinbar.

— Asylbewerber allein deswegen Einschränkungen zu unterwerfen, weil sie bei ihrer Einreise einen sicheren Drittstaat passiert haben, ist nicht akzeptabel.

— Das Asylrecht muß für Asylbewerber, auch wenn ihre Flucht in die Bundesrepublik Deutschland über einem Drittstaat geführt hat, weiterhin uneingeschränkt Gültigkeit haben!

— Verfassungspolitisch gänzlich unvertretbar sind Überlegungen, für einen Teil der Asylbewerber den gerichtlichen Rechtsschutz durch ein verwaltunginternes Beschwerdeverfahren zu ersetzen. Die Rechtsweggarantie in Art. 19 IV GG gehört zu den Elementen des Rechtsstaatsprinzips, die gemäß Art. 79 III GG einer Verfassungsänderung entzogen sind.

— Die Krise des Asylrechts ist maßgeblich auf die über lange Dauer der Asylverfahren zurückzuführen.

— Zu der dringend gebotenen Effektivierung des Asylverfahrens bedarf es keiner Änderung von Art. 16 GG.“ Presseerklärung der ÖTV vom 13.11.92

EG-Binnenmarkt, Mehrwertsteuer – hier mal „mehr Regulierung“

Die Steuer auf den Waren- und Dienstleistungsumsatz ist in allen EG-Staaten die „einträglichste“ Steuer nach der Lohnsteuer. (In der BRD z. B.: Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer 210,8 Mrd. DM, Umsatzsteuer 138,3 Mrd. DM, jeweils in 1990). Mit dem Binnenmarkt tritt nun aber folgendes Problem auf: wie sollen die grenzüberschreitenden Waren und Dienstleistungen kontrolliert und besteuert werden? Bisher war die Regelung die: Die Warenausfuhr bleibt umsatzsteuerfrei, bei der Einfuhr wird an der Grenze die sogenannte „Einfuhrumsatzsteuer“ erhoben. Damit galt das sog. „Bestimmungslandprinzip“.

In der Vorbereitung des EG-Binnenmarktes hat nun die BRD als einziger EG-Staat zusammen mit der EG-Kommission – die ihr in allen Punkten gefolgt ist – versucht, das „Ursprunglandprinzip“ in der Umsatzbesteuerung durchzusetzen. Besteuerung nach dem „Ursprungland“ bedeutet: die Ware oder Dienstleistung wird an ihrem Abgangsort besteuert.

Die Steuerlast der Umsatzsteuer sollen die Lohnabhängigen, also der „End-

verbraucher“ zahlen. Deshalb kann der „Vollunternehmer“ von der Umsatzsteuer, die er dem Finanzamt schuldet, die Vorsteuer, die er einem anderen Unternehmer gezahlt hat, abziehen.

Eine Besteuerung nach dem Ursprunglandprinzip würde also im EG-Binnenmarkt bedeuten, daß die Länder mit Exportüberschuß – gegenüber dem Rest der EG ist das nur die BRD – anteilig mehr Umsatzsteuer kassieren als die anderen EG-Staaten, die anderen EG-Staaten dafür aber anteilig mehr Vorsteuer erstatten müßten.

Zum Ausgleich bot die BRD die Einrichtung einer sogenannten Clearing-Stelle an. Auf dieses Verfahren haben sich die anderen EG-Staaten aber nicht eingelassen. Deshalb ist mit dem Umsatzsteuer-Binnenmarktgesetz eine „Übergangslösung“ in Kraft getreten, bei der die Waren an Private und im Reiseverkehr in der Regel im Ursprungsland, die Lieferungen an sog. „Vollunternehmer“ aber im Bestimmungsland besteuert wird. Der Exporteur liefert steuerfrei, der Importeur in der EG muß sogenannte Erwerbsteuer an sein Finanzamt entrichten. Aber wie

soll das kontrolliert werden? Dazu wurde in den letzten Monaten ein europaweites EDV-Kontrollverfahren installiert, das in etwa so funktionieren soll:

Jeder „Vollunternehmer“ erhält eine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer. Die muß er seinem Geschäftspartner mitteilen. Jeder Warenexport in der EG ist in Zukunft aufzeichnungspflichtig. Darüber ist vierteljährlich eine sog. „Zusammenfassende Meldung“ an das Bundesamt für Finanzen zu erstellen. Daraus ist zu erkennen, wer an wen wieviel wann geliefert hat. Über einen EDV-Verbund soll dann die Umsatzsteuervoranmeldung im Bestimmungsland mit der „Zusammenfassenden Meldung“ im Ursprungsland abgeglichen werden.

Je nach Firmengröße und Einfluß scheint die Stimmungslage in der „Geschäftswelt“ zur Zeit eher diffus. ... Abwarten, bessere Abschirmung gegen den Einblick der Finanzbehörden. Professionalisierung des edv-gestützten Steuerbetruges ...?

Quellenhinweis: M. Langer, Umsatzsteuer im Binnenmarkt, Herne/Berlin 1992; Zeitschrift Capital, Impulse, diverse Ausgaben – (cbs)

Zur Zeit finden in Genf die möglicherweise letzten internationalen Verhandlungen zur Beendigung des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien statt. Ein Scheitern der Verhandlungen, so wurde es vor allem von den Vertretern der imperialistischen Mächte immer wieder betont, zieht verschiedene Formen von militärischem Eingreifen nach sich.

Ein völkischer Friedensplan ...

Auf dem Verhandlungstisch in Genf liegt ein Vorschlag der beiden Vermittler Vance und Owen über die Aufteilung Bosniens in zehn Provinzen mit weitgehender politischer Autonomie. Obwohl ein Sprecher von Vance und Owen die Vermutung zurückwies, die Aufteilung sei nach ethnischen Gesichtspunkten erfolgt, zeigt ein flüchtiger Blick auf die Bosnische Landkarte, das das völkische Moment doch bestimmt war. Drei Provinzen sollen moslemisch, drei kroatisch und drei serbisch sein, während für die verbleibende letzte Provinz, nämlich die Stadt Sarajewo, ein gemischter Sonderstatus gilt. Die kroatische Seite hat den Plänen schon zugestimmt und sie mit ihrer Unterschrift abgesegnet. Kein Wunder, denn die für sich als „Kroaten“ verstehende Personen aus Bosniens festgelegten Provinzen liegen unmittelbar an kroatischem Gebiet. Die bosnische Delegation würde nach einer anfänglichen Ablehnung nun einer für sie günstigen Fassung zustimmen. Die Delegation der bosnischen Serben hat nach anfänglicher positiver Aufnahme nun wieder einen Rückzieher gemacht und einen zusammenhängenden eigenen serbischen Staat gefordert.

Aber wie auch immer eine Regelung endgültig aussieht, alle Pläne, die bisher von irgendwelchen internationalen Vermittlern vorgelegt wurden, sind nach völkischen Gesichtspunkten ausgearbeitet worden, d. h. festgelegte Gebiete, die von jeweils einer Volksgruppe dominiert werden. Dabei stützen sich die Vermittler auf nationalistische Kreise in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien, die ihnen die Muster für ihre Pläne vorlegten.

... als Deal der Imperialisten mit der Balkan-Rechten.

Was wir hier beobachten können, ist das direkte Zusammenspiel der Vertreter der imperialistischen Mächte bei den internationalen Verhandlungen mit den jeweiligen nationalistischen Rechten auf dem Balkan. Denn nur diese Kräfte sind in die Verhandlungen eingebunden. Weder werden die Vertreter der Antikriegsbewegung im ehemaligen Jugoslawien gefragt, noch werden z.B. Delegationen der Blockfreienbewegung oder anderer Trikontvereinigungen zu den Beratungen hinzugezogen, die hier doch eher die meisten Rechte hätten, den Streit in einem ihrer Mitgliedsländer zu schlichten.

Die Folgen des Deals zwischen den nationalistischen Rechten und den imperialistischen Staaten für die Lage auf dem Balkan sind nicht schwer zu erraten. Alle ihre Überlegungen gehen letztlich auf den Stand eines vorrevolutionären Jugoslawiens zurück, indem sowohl die kroatische herrschende Klasse wie auch ihr Gegenstück auf serbischer Seite in einem langandauernden Kampf um die Vormacht auf dem Balkan stritten. Unterstützt und angetrieben wurden sie dabei von auswärtigen Staaten. Das Ergebnis waren die präfaschistische Königsdiktatur in Serbien und das Ustascha-Regime in Kroatien. Die Folgen für die Bewohner des Balkans waren gleich verheerend. Im Hintergrund oder auch direkt beteiligt die streitenden imperialistischen Reiche, England, Frankreich, Italien und das Deutsche Reich, die auf den Köpfen der Völker ihre Welt-Herrschaftspläne austanzten. Soll es heute wieder so werden?

Ziel: Rekolonisierung des Balkan

Betrachtet man die Pläne der imperialistischen „Vermittler“ für die Aufteilung Bosniens, so muß man feststellen, daß es diesmal wieder in die selbe Richtung geht. Mit zwei Optionen wurden in den letzten Monaten gehandelt. Entweder ging es um eine Aufteilung in ethnisch reine Provinzen, oder um ethnisch reine, weder ökonomisch noch politisch überlebensfähige Kleinststaaten, die daher immer auf Gebietsgewinne aus sind und im ständigen Hader mit den Nachbarstaaten liegen. Die zweite Option, die nun nach dem offiziellen Scheitern der internationalen Verhandlungen in Genf immer wahrscheinlicher wird, ist das direkte imperialistische Protektorat

Die Balkankrise verschärft sich weiter Siemens greift schon nach Kroatien

über Bosnien. Die Einrichtung von sogenannten Schutzzonen mit direkter Kontrolle eines noch festzulegenden Ausschusses imperialistische Staaten, wie es bei dem Irak schon durchgespielt wird. Die USA haben nun nach dem Scheitern der Verhandlungen angekündigt, das Flugverbot militärisch durchzusetzen, und zu diesem Zweck einen Flugzeugträger im Mittelmeer in Bewegung gesetzt. Ausgeschlossen wird auch nicht mehr der Einsatz von Bodentruppen. Frankreich kündigte an, die Gefangenengräber militärisch freizuschießen.

Der große Balkankrieg rückt also wieder ein Stück näher. Denn es ist nicht zu erwarten, daß die serbische Regierung das ohne Widerstand hinnehmen wird. Die entsprechenden Koalitionen werden sich dann zwischen den Staaten des Balkan herausbilden, um auf den jeweiligen Seiten in den Kampf zu ziehen. Den kürzeren werden in diesem Krieg alle Staaten auf dem Balkan ziehen. Nicht ausgeschlossen ist dann, wie schon des öfteren in der Vergangenheit (Berlin 1878, Pariser Vorortverträge 1918/21), eine internationale imperialistische Konferenz, in der die Interessensphären auf dem Balkan neu gemischt werden, ohne die Betroffenen zu fragen, ob sie das so wollen.

Rekolonisation ist das, was die Imperialisten wollen, auf dem Balkan, in Somalia, in Kampuchea, in Rußland und anderswo. Mehr ist von dieser Seite nicht zu erwarten, und eine irgendwie geartete Hoffnung, wie sie in Teilen der Linken umhergeistert, durch eine militärische Option unter UNO-Aufsicht eine Änderung zu erwarten, sind fatal für die antiimperialistische Bewegung hier und erst recht für die Menschen auf dem Balkan, die sich nicht in diesen Schachern hineinziehen lassen wollen.

Dabei ist eine Lösung des Problems nicht unvorstellbar. Betrachtet man die Intention der Staatsgründer der Sozialistischen Föderation Jugoslawiens, so war es allen Beteiligten klar, daß der neue Staat, will er die bekannten „balkanischen Verhältnisse“ (d. h. Dominanz auswärtiger imperialistischer Mächte, die die kleinen Balkanstaaten aufeinanderhetzen) vermeiden, wegkommen muß von einer Staatsgliederung nach nationalen und völkischen Elementen. Gerade die Schaffung einer bosnischen Republik innerhalb dieses Sozialistischen Bundes, unabhängig von nationalen und völkischen Kriterien, war der Versuch, diesem klassischen Dilemma zu entgehen. Voraussetzung war die Abschaffung einer Kompradorenbourgeoisie, die nichts besseres zu tun hatte, als mit den Imperialisten zu schachern, und natürlich die Abwehr aller Versuche der Imperialisten, in die Angelegenheiten des Staates einzudringen. Der Versuch eines sozialistischen Aufbaus war daher nur konsequent. Trotz aller Windungen und Wendungen innerhalb des sozialistischen Jugoslawien hatte dieses Modell in Bosnien und im gesamten Jugoslawien über 40 Jahre Bestand. Solange es keine Einnahme von außen gab, konnten auch alle nationalen Auseinandersetzungen innerhalb Jugoslawiens auf dem Verhandlungswege gelöst werden.

Die BRD erkennt Kroatien an, das Morden beginnt: ein Rückblick

Erst als vor drei Jahren vor allem die BRD sich als der große „Völkerbefreier“ aufspielte und zu einer direkten Anerkennung von Kroatien und Slowenien schritt, begannen die blutigen Auseinandersetzungen um die Aufteilung der nationalen Machtphasen auf dem Balkan. Heute kann nun die BRD die Früchte ihrer sogenannten „Befreiung“ einfahren. Tausende von Toten, Vergewaltigungen von Frauen, zerstörtes und verbranntes Land. Und vor allem eine Horde wildgewordener nationalistischer und rassistischer Phrasendrescher auf allen Seiten im ehemaligen Jugoslawien. Vor allem hatte die BRD ein Herz für Kroatien empfunden. Man erinnert sich noch gut daran, wie Genscher eine Jubeltour durch das Land machte, in dem noch heute die Plätze und Kaffees mit seinem Namen verziert werden.

Es wundert auch nicht, daß die Bundesregierung ein Herz für Kroatien hatte. Jahrzehntelang wurden in der BRD die exilkroatischen Terrorbanden geduldet. Die sich hier mit Attentaten auf Ver-

treter der sozialistischen Föderation Jugoslawiens einen Namen machen, um sich die Reputation auf ein künftiges Amt in dem Kroatien zu verschaffen, das wir heute betrachten können. Die organisierten Exilkroaten in der BRD waren eine Zweigstelle des 1974 in Toronto/Kanada gegründeten „Kroatischen Nationalrats“, dessen erklärtes Ziel die Abtrennung Kroatiens aus dem jugoslawischen Staatenverband war. Der „Kroatische Nationalrat“ steht in enger Verbindung mit deutschen und internationalen Faschistenverbänden. In Münchner Faschistenkreisen werden Geldsammelaktionen für den „Kroatischen Nationalrat“ durchgeführt. Kontakttelefon und Faxnummer gehören dem bekannten Altnazi Ernst Zündel, der seinen Wohnsitz in Toronto/Kanada hat.

So schließt sich der Kreis. Jahrelang bereiteten sich die Exilkroaten militärisch auf ihren jetzigen Einsatz in Kroatien vor. Das Ergebnis, daß wir dort heute vorfinden, wird von kroatischen Zeitungen inzwischen als „südamerikanische Verhältnisse“ tituliert. Horden

cher Abrechnungen, die in Kroatien wahrscheinlich schon mehrere hundert Menschen das Leben gekostet hat.“ (1)

„Nach der Ermordung von Reihl-Kir und einer Reihe weiterer bekannter Personen wurde die kroatische Öffentlichkeit im Herbst letzten Jahres durch Berichte über massenhafte Verfolgungen und Ermordungen unliebsamer Personen — in der Mehrzahl Serben — aus Vukovar aufgeschreckt. In diesem Zusammenhang tauchte auch zum ersten mal der Name Tomislav Mercep auf, damals Sekretär für Volksverteidigung. Es folgte die nicht gerade freiwillige Versetzung Merceps aus der Stadt, aber auch sein kurze Zeit später erfolgter Aufstieg zum Berater im Innenministerium. Danach ging Mercep nach Gosic, woraufhin auch hier Menschen verschwanden. Erst nachdem der Fall Gosic die Aufmerksamkeit internationaler Medien und Menschenrechtsorganisationen geweckt hatte, verhaftete die Polizei einen Militärrammandanten, der nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. „Auf Befehl von oben“, wie der damalige Innenminister Ivan



Faschistische Söldner in Kroatien

von Todesschwadronen durchziehen das Land mit Blut und Terror.

Todesschwadronen in Kroatien. Beispiele.

Kurz nach den Wahlen im Frühjahr 1992 hatte es begonnen. Zuerst wurden die in der in Kroatien liegenden serbischen Enklave Knin lebenden Serben attackiert, dann explodierten serbische Häuser in anderen Gemeinden. Eine Reaktion der Behörden blieb aus. Heute vergeht kein Tag in Kroatien, an dem nicht mehrere Häuser gesprengt werden. Alle, die an einer Verständigung der Volksgruppen arbeiten, werden ermordet. Zwei Beispiele:

„Am Morgen des 1. Juli 1991 erhielt der Direktor der Polizeibehörde in Osić, Josip Reihl-Kir, einen mysteriösen Anruf. Eine unbekannte Stimme teilte ihm mit, daß sich Polizeieinheiten um das mehrheitlich von Serben bewohnte Dorf Tenje formieren würden, um es zu stürmen. Kir, dem es durch geduldige Verhandlungen mit den aufständischen Serben bis dahin gelungen war, Gewalt zu verhindern, machte sich sofort auf den Weg. Die Meldung erwies sich als fingiert. Es gab keine Polizei um das Dorf Tenje. Dafür lauerte an der Zufahrtsstraße ein Attentäter auf den ersten Polizisten von Osić. Er nahm seinen Wagen unter Beschuß, der Polizist starb im Kugelhagel. Sein Mörder war kein fanatischer Serbe, er war wie sein Opfer Kroate und dazu Mitglied der herrschenden „Kroatischen Demokratischen Allianz“ (HDZ). Die Polizisten, die zum Tatort gerufen wurden, ließen den Mörder ihres Chefs unbehelligt mit der Tatwaffe in der Hand abziehen. Heute lebt er in Australien, in Freiheit. Josip Reihl-Kir, ein unbeirrbarer Kämpfer für Frieden und Versöhnung zwischen den verfeindeten Volksgruppen, war das erste prominente Opfer eines Krieges, der in Kroatien hinter den Fronten geführt wird, ein Opfer gewaltssamer persönl-

Vekic der Presse erklärte. Der betreffende Kommandant wurde befördert, Gosic vergessen. Mercep reiste weiter zur westslawonischen Front und zog eine weitere Blutspur hinter sich.

Nach einem Massaker an einer Zagreber Familie Anfang dieses Jahres wurde eine Gruppe von Personen verhaftet, die gestand, zu einer Einheit namens „Mercep-Zweig“ zu gehören. Zum ersten mal wurde Anklage gegen Tomislav Mercep selbst erhoben, denn aus den Aussagen der Verhafteten ging hervor, daß er Auftraggeber zahlreicher Morde gewesen war. Doch die Staatsanwaltschaft eröffnete niemals ein Strafverfahren gegen ihn, die Protokolle der belastenden Verhöre wurden auf Anordnung des obersten Gerichtshofs wegen angeblicher Verfahrensmängel aus den Akten entfernt. Vor Gericht schwiegen die Angeklagten und wurden daraufhin freigesprochen. Tomislav Mercep verschwand für einige Zeit in der Versenkung, um bei den Wahlen als Kandidat der HDZ für die Stadt Vukovar wieder in die Öffentlichkeit zu erscheinen.“ (2)

Das Morden geht in den kroatischen Städten weiter. Erfolge der Polizei bleiben aus. Verhaftungen erfolgen kaum, und wenn, werden die Verhafteten nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Es häufen sich die Anzeichen, daß die Täter aus Armee und Polizeikreisen stammen. Es gibt in Kroatien Gerüchte, daß die Gründung von Todeskommandos zur Liquidierung von unliebsamen Personen auf höchster Ebene beschlossen worden sei. So sieht das von der BRD „völkerbefreite“ Kroatien aus.

Die Firma Siemens tritt auf und kauft Kroatien auf

Aber das allein ist nicht der Grund, warum die BRD ihr Gewicht so in die Waagschale wirft. Etwas handfestes Materielles muß für das deutsche Kapital dabei herausspringen. Und da ist jetzt

len Interessen zu schützen, die in diesem Gebiet bestanden.“ (3)

Das ist eine deutliche Aussage. Hier bietet sich für die militärischen Eingreifpolitiker auf deutscher Seite ein breites Tummelfeld, um die Bundeswehr für die Interessen von Siemens marschieren zu lassen. Was hat Siemens nun konkret in Kroatien vor? „Siemens hat beschlossen, auf dem Niveau eines Konzerns im neuen Kroatien eine private Firma zu gründen. Siemens möchte in Kroatien vor allem die Energieversorgung, die Telekommunikation, Computer und weiße Technologie entwickeln, all das, was wir als Weltkonzern haben.“ (SOD Nr. 5, S. 9) Also nicht mehr und nicht weniger, als alle wichtigen modernen Technologien konzentriert in Siemens-Hand. Und das ohne eine lästigen Konkurrenten, denn der aufgekauften kroatischen Staat wird dann durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen dafür sorgen, daß sich weder die amerikanische noch französische Konkurrenz in Kroatien tummeln wird. Mit zwei konkreten Angeboten führt sich der neue Herrscher in Kroatien ein: „Das erste, daß Siemens zur 1000-Jahr-Feier der Stadt Zagreb die Beleuchtung instandsetzt, und daß Zagreb als Gegenleistung für diesen Wert Siemens ein Gebäude als vorläufigen Sitz für Kroatien gibt. Das zweite ist, daß Siemens ein Gebäude für die kroatische Botschaft in Bonn kauft und dafür von Kroatien ein Gebäude in Zagreb erhält.“ (4)

Wie man sieht, hat die Inszenierung eines Balkankrieges sich für das deutsche Kapital schon ausreichend bezahlt gemacht. — (hav)

Anmerkungen:

- 1) Süd-Ost-Dialog (SOD), Nr. 5 (Dienst der Initiative zur Unterstützung der Friedensbewegung im ehemaligen Jugoslawien), S. 16
- 2) SOD Nr. 5, S. 16/17
- 3) SOD Nr. 5, S. 8/9
- 4) SOD Nr. 5, S. 9

Liberazione: Welche Situation werden die amerikanischen und anderen Truppen in Somalia vorfinden?

Aden: Der Hafen von Mogadischio, wo die Amerikaner an Land gehen, wird von einem der zwei Unter-Clans der UCS (Einheit des somalischen Fortschritts), demjenigen von Aidid, kontrolliert. In dieser Zone befinden sich in Wahrheit auch 500 von der UNO dort aufgestellte Pakistaner, die Aidid gedroht hat zu verjagen, weil die Vereinten Nationen — so behauptet er — seine Macht infragestellen würden, indem sie seinen Rivalen Ali Mahadi unterstützen, der seinerzeit bei der Konferenz von Dschibuti 1991, an der alle Parteien des Landes teilnahmen, als Interimspräsident von Somalia ernannt wurde. Es ist wahr, daß diese Konferenz, die im Lauf von zwei Jahren zu einer einvernehmlichen Normalisierung hätte führen sollen, keinerlei praktische Folgen hatte, was auch eine Schuld von Mahadi selber war, der statt als Vermittler auf eigene Rechnung operiert hat, nämlich der seines eigenen Unterclans — der Clan ist tatsächlich derselbe wie der von Aidid, Abgal —, auch er ein Abkömmling der UCS. Aber es ist eine Tatsache, daß ihm diese Ernennung von Dschibuti schließlich einige internationale Anerkennung bewahrt hat, obwohl er als möglicher Interimspräsident jede Glaubwürdigkeit verloren hat. Und deshalb zieht Aidid der „offizielleren“ UNO die Amerikaner vor, die er tatsächlich willkommen geheißen hat, nachdem er erklärt hatte, daß er keine äußere Einmischung akzeptieren werde.

Angesichts der Dimensionen des militärischen Feldzugs werden in der Tat schließlich alle Parteien, die im Spiel sind, einigermaßen zustimmen und keine offene Auseinandersetzung wagen. Ich glaube, daß sie sich zurückziehen und die Waffen für einen Zeitpunkt verstauen werden, zu dem sie neuerlich

„Wir wollen niemand, der uns erobert“

Interview mit M. Aden Sheik

Mohamed Aden Sheik war Minister in den ersten Regierungen von Siad Barre, der ab 1977 die Politik eines „somalischen Sozialismus“ aufgab. Wie andere linke Intellektuelle wurde er bei den ersten Kritiken an der Regierungspolitik verhaftet und zunächst für ein Jahr, später weitere sieben Jahre, in Isolation inhaftiert. Zum Tode verurteilt kam er in der Folge einer Kampagne von Amnesty International

— 1984 wurde er zum „Gefangenen des Jahres“ erklärt — frei. Er lebt heute in Italien, wo ein längeres Interview in Buchform erschienen ist („Arrivederci a Mogadiscio“) Das Interview mit Mohamed Aden Sheik führt Liberazione, die Zeitung von Rifondazione comunista (PRC), und ist dort am 11. 12. 1992, wenige Tage vor der Invasion der USA, veröffentlicht worden. — (rok, eig. Übersetzung)

von Nutzen sein werden. Aber ich fürchte, daß sie nicht endgültig abrücken werden, weil keine allgemeine Entwaffnung möglich ist, wenn es keine politische Lösung gibt. Und die Amerikaner bringen nicht nur keine Lösung, sondern riskieren Lösungen in weitere Ferne zu rücken, die man vielleicht — wenn auch sehr schwierig — hätte finden können. Kurz und gut, die Truppen des Generals Powell können einen relativen Waffenstillstand bringen, aber nur im Rahmen einer dauerhaften militärischen Besetzung, die wie alle Besetzungen auf die Dauer die Auseinandersetzung neu entfacht.

Liberazione: Du sprichst von schwierigen, aber vielleicht möglichen Lösungen. Worauf beziehst du dich dabei?

Aden: Die UNO selbst hatte eine Lösung aufgezeigt, und es war sogar ein erster Versuch im Gange, als er durch die Entscheidung erledigt wurde, militärisch einzugreifen. Ismad Kitani, der irakische Funktionär, der vom Generalsekretär als Chef der neuen Einrichtung UNOSOM (analog der UNOSAL, die ziemlich positiv in El Salvador arbeitet)

eingesetzt worden ist, hatte sich dem Vorschlag der fünf Länder am Horn von Afrika (Dschibuti, Äthiopien, Eritrea, Kenia und Sudan) angeschlossen, eine weitere somalische Nationalkonferenz einzuberufen. Und diese hat auch tatsächlich von 3. bis 5. Dezember in Adis Abeba stattgefunden, wobei Vertreter der ganzen internationalen Gemeinschaft, der Oberhäupter von 120 Clans und der neun wichtigsten Organisationen, alle mit Ausnahme der von Aidid, anwesend waren.

Es ist nicht gesagt, daß sie eine Übereinkunft erzielt hätten, aber schon die Tatsache, daß sie akzeptiert hatten, sich an einen Tisch zu setzen, war ein positives Zeichen. An diesem Punkt hätten die Blauhelme ausgereicht, um den einzigen, der ausgerissen war, zu isolieren: Aidid. Aber stattdessen hat die Sitzung des Sicherheitsrats stattgefunden, gerade als die Konferenz im Gange war. Es war unvermeidlich, daß die traditionellen Oberhäupter der somalischen Gemeinschaften und die Führer der Bewegungen aufgaben. Aber in der Verlautbarung, die mit der Unterschrift von allen herausgegeben wurde, beharren sie nicht zufällig auf der Rolle der UNO, der Organisation für afrikanische Einheit und der Arabischen Liga, während sie kein Wort über die westlichen Kräfte verlieren. Im Gegenteil, sie fügen hinzu: „Jeder, der uns hilft, ist willkommen, aber wir wollen niemand, der uns erobert“.

Liberazione: Aber welche Glaubwürdigkeit haben diese Bewegungen, diese Clanführer? Wer sind sie?

Aden: Von den zwei wichtigsten, der UCS von Ali Mahadi und der UCS von Aidid, habe ich schon gesprochen. In Wirklichkeit kann heute keine Partei als positiver Bezugspunkt genommen werden. Sie sind unter anderem alle Ausdruck von Lokalismus, wenn nicht echte Banden. Die einzige andere ist die SSDF (Somalische Demokratische Rettungsfront) von Mohamed Abshir, der früher Chef der Polizei von Siad Barre war und dann von diesen Leuten für viele Jahre eingekerkert wurde. Sie operiert an der Nordostspitze des Landes, in der Region Bossasso, und sie ist verwaltungsmäßig strukturiert, wenn auch immer noch auf Clan-Basis. Es sind ehrliche Leute, die nicht ausplündern wie jetzt fast überall, aber sie werden zusammengehalten von einem gefährlichen, alles vereinnahmenden Extremismus, der sie dazu getrieben hat, im Namen dessen, was sie als ihr Ziel ansehen, auch zu töten: die Schaffung eines Staates, der auf das Gesetz des Korans gegründet ist. (Und der islamische Fundamentalismus breitet sich so weit aus, daß andere sie bekämpft haben, weil sie nicht genügend fanatisch seien.)

Die anderen sind gewöhnlich Trümmer von Clans, die von der Notwendigkeit, sich zu verteidigen, zusammengehalten werden. So sind z.B. die SDM (Somalische Demokratische Bewegung) des Clans Rahwan und die SNF (Somalische Nationalfront) der Marrehan, derselbe Clan wie von Siad Barre, mit dem er aber nicht mehr verbunden ist, von dem der Clan sogar bekämpft wird.

Vor allem Selbstverteidigungsgruppen von Clans oder Unterclans sind auch die anderen, die SDA (Somalische Demokratische Allianz), die im oberen Giuba in der Nähe von Baidoa operiert, oder die SAMO (bedeutet Frieden), die die ländliche Bevölkerung zwischen den beiden Flüssen sammelt. Und so weiter.

Im Norden, dem früheren British Somalia, operiert dagegen eine andere Bewegung, die SNM (Somalische Nationalbewegung), die praktisch alle Städte besetzt hat und eine einseitige Abspaltung erklärt hat. Deshalb nehmen sie an keiner somalischen Konferenz mehr teil. Aber auch im Innern dieser Bewegung sind zwischenethnische Konflikte

schaftlicher Basis, eben des Clans. Schließlich ein Versuch, die Parteien zusammenzubringen, die sich bekämpfen und die nicht nur örtliche Gruppen der Selbstverteidigung sind. Aber wenn man von einer eventuellen Übereinkunft zwischen ihnen abhängig sein müßte, würde das bedeuten, daß es gerade die Kriegsherren wären, die am Ende belohnt würden, daß wir gerade ihnen die Macht geben würden, für das somalische Volk zu entscheiden.

Unter den aktuellen Bedingungen glaube ich, daß die Vereinten Nationen ein Krisenkomitee hätten schaffen müssen, das aus Somalis zusammengesetzt ist, die nicht in die diversen Fehden verwickelt sind und nicht mit dem Regime von Siad kompromittiert sind. Und ihnen die Verantwortung geben, die Geschäfte zu führen und zu entscheiden. Diese Leute gibt es, es sind Persönlichkeiten, die allgemeine Zustimmung erhalten könnten. Und nur die Somalis können jedenfalls verstehen, was zu tun ist, und sie bleiben auch jetzt untereinander in Kontakt. Ich selbst hatte diesen Vorschlag mehrmals gegenüber Regierungen und Institutionen, die mit diesem Problem befaßt sind, gemacht. Aber natürlich hat ihn niemand in Betracht gezogen. Sollte es möglich sein, daß neben den Marines „Sonderbotschafter“ sein müssen, um die Krise zu meistern, wie der Amerikaner Okley oder der Iraker Kitani oder der Italiener Augelli, der gerade vom (italienischen Außen-
rok) Minister Colombo beauftragt wurde, nämlich eine Art „Kommissare“, die wer weiß wie das lösen können sollten, was nur durch eine geduldige und bewußte Arbeit der direkt Betroffenen lös-

Nicht unbekannt: Hilfslieferungen ruinieren somalische Bauern

Die Neue Zürcher Zeitung (30.12.) schildert im folgenden auszugsweise wiedergegebenen Korrespondentenbericht die Auswirkungen der internationalen Lebensmittel-Hilfslieferungen auf die somalischen Bauern.

In der Gegend um den Flecken Afgoie, rund 30 Kilometer südwestlich der Hauptstadt Mogadischio, scheinen Dürre und Bürgerkrieg auf den ersten Blick keine Spuren hinterlassen zu haben. Die Menschen sind gut ernährt, auf den Feldern wird gejätet. Doch bereits auf den zweiten Blick wird deutlich, daß ein wesentlicher Bestandteil einer somalischen Bauernfamilie fehlt: die Tiere. Lediglich einige wenige Esel ziehen gemächlich ihre Karren durch das Dorf, und vereinzelt scharren ein paar Hühner in den Sträucherhecken, aber keine Ziegen, keine Schafe, keine Kühe und keine Kamele sind zu sehen. „Alles wurde geraubt“, sagt Yussef Ali Yussef, der als einer der Dorfältesten und als ausgebildeter Agronom die Interessen der örtlichen Bauern vertritt. „Die Banditen“, setzt er seufzend hinzu.

Die wiederholten Überfälle und Plünderungen durch bewaffnete Banden hätten auch dazu geführt, daß die meisten Bauern von Afgoie nach Mogadischio flüchteten, erklärt Yussef. Dadurch habe niemand seine Felder bestellen können; auch jene, die aus harren wollten, hätten nicht mehr genügend Arbeitskräfte gefunden, die für das Jäten oder die Ernte nötig gewesen wären. Zudem waren die Reserven der Bauern wegen der fast zwei Jahre dauernden Dürre nahezu aufgezehrzt. Wer noch laufen konnte, flüchtete auf der Suche nach Essen in die Hauptstadt, viele aber sind laut Yussef verhungert.

Hilfsorganisationen wie Unicef, Concern oder das IKRK (Rotes Kreuz, d.R.) reagierten auf diese Landflucht mit der Errichtung von Küchen, in denen zweimal am Tag ein Teller voll Reis, Bohnen und Pflanzenöl gegessen werden kann — nicht nur in Mogadischio, sondern in der Form eines Bogens rund um die Hauptstadt, der zunehmend weiter gespannt werden konnte. Nachdem die Region vom Rebellenchef Mohammed Farah Aidid einigermaßen

unter Kontrolle gebracht war und sich damit die Sicherheit verbessert hatte und nachdem auch in der Region Afgoie Küchen eingerichtet worden waren, kehrten die Bauern wieder in ihre Dörfer zurück. Verteilungen von Saatgut und die Möglichkeit, zweimal am Tag zu essen, ermöglichen den Bauern, ihre Felder nach und nach wieder zu bestellen. Die erste Ernte im August fiel dank der ergiebigen Regenfällen über den Erwartungen aus; doch die Bauern mußten schnell feststellen, daß sie den Mais zu keinem vernünftigen Preis mehr verkaufen konnten.

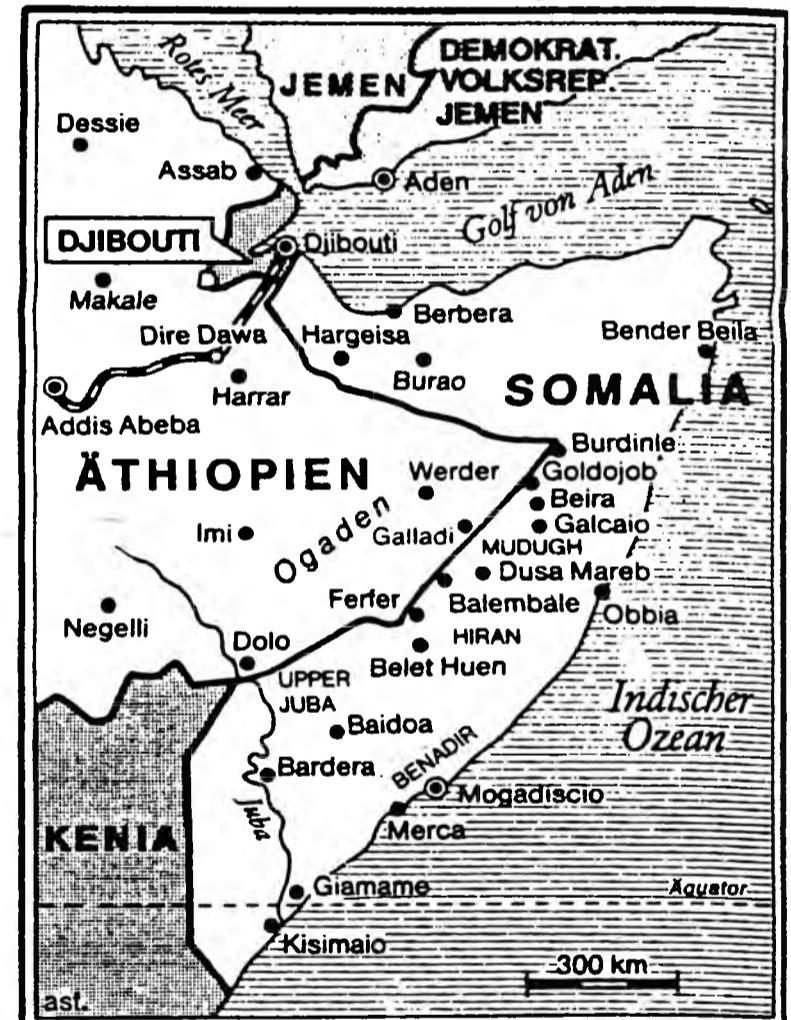
Die Reispreise in Mogadischio sollen weltweit die niedrigsten sein. „Ein Kilo Reis kostet weniger als eine Zigarette“, klagt einer der Dorfältesten. Niemand wolle teuren Mais, wenn er billigen Reis haben könnte. Darum hätten die Bauern jenen Teil der Ernte, den sie nicht selbst konsumierten, behalten. Bis zur nächsten Ernte, die Ende Januar oder Anfang Februar eingefahren wird, muß das Problem laut Yussef gelöst sein. Er versucht darum, mit allen Hilfsorganisationen ein Treffen zu vereinbaren, mit dem Ziel, daß jene für ihre Hilfsprogramme nicht nur Lebensmittel aus dem Ausland importieren, sondern auch den somalischen Bauern Mais zu einem Preis abkaufen, der sie zu weiterer Produktion animiere.

Bereits heute haben sich die Bauern von ihren Anbautraditionen gelöst. Anstelle von Grundnahrungsmitteln wie Mais, Sorghum oder Bohnen wird zunehmend Gemüse angebaut, für das in der Hauptstadt Mogadischio mit ihrem großen Anteil an Ausländern ein attraktiver Markt existiert. Doch Yussef sieht in der raschen Anpassung der Bauern an die neue, aber vielleicht auch schnell wieder vorübergehende Situation auch eine Gefahr. Die Kapazität der Bewässerungsanlagen reicht einerseits gar nicht aus, um von der Subsistenzwirtschaft auf eine marktorientierte Landwirtschaft umzusteigen. Andererseits müßten die Bauern früher oder später ohne Hilfslieferungen auskommen; um sich dann aber selbst ernähren zu können, müßten sie weiterhin einen beträchtlichen Anteil an Grundnahrungsmittel anbauen.

wiederaufgeflammmt, die die relative Ruhe destabilisieren, die sie in der Republik Somaliland (der Name, den sie sich gegeben haben) erreicht hatten. Es ist leicht zu verstehen, daß in diesem Gewirr ein militärischer Feldzug, auch wenn er uneigennützig wäre, woran zu zweifeln ist, die Fäden nur noch mehr verwirren könnte.

Liberazione: Und nun?

Aden: Also muß man die Somalis handeln lassen. Das ist sicher nicht leicht, aber es gibt einige Wege, die man versuchen könnte. Einen sehr alten, traditionellen. Die Shir zusammenrufen, die Versammlung der Clans, an der alle männlichen und erwachsenen Mitglieder teilnehmen können, die nicht abstimmt, sondern nur im Konsens entscheidet. Sie hat jahrhundertelang funktioniert. Ich sage nicht, daß es sich



dabei um eine fortgeschrittene Form von Demokratie handelt, allein schon wegen der Tatsache, daß sie die Frauen ausschließt. Aber vielleicht könnte man sich ihrer als eines ersten Schrittes bedienen, um einen kritischen Punkt zu überwinden und dabei auswärtige Einmischungen zu verhindern. Wenn die Ergebnisse der Shir annehmbar wären, könnte man dann Übergangsstrukturen schaffen,

und an diesem Punkt könnte man dann auch ein Eingreifen der UNO fordern, um uns zu helfen, die Übereinkunft zu verwirklichen, die von denen getroffen wurde, die vom Volk als ihre natürlichen Führer angesehen werden.

Eine andere Möglichkeit wäre, daß jeder Clan in sein eigenes Siedlungsgebiet zurückkehrt und seine Repräsentanten entsendet, um eine nationale Lösung auszuhandeln. Allerdings sind die Clans weitmaschige Organisationen, und man weiß nie, wo einer anfängt und der andere aufhört. Andererseits kommt man um die Clans nicht herum, weil bei uns über die Parteienloyalität, die um ein festgelegtes politisches Programm geknüpft ist, immer noch die ursprünglich gesetzte Loyalität überwiegt, die auf verwand-

bar ist? Wenn es heute keine Alternativen gibt, dann weil sie zunichtegemacht wurden.

Das einzige, was so übrigbleibt, ist, ich wiederhole, eine militärische Besetzung, die von der Einsetzung einiger Quislinge der Besatzungsmächte begleitet wird. Aber weil schon ziemlich viele sich vorbereiten, dieses Spiel mitzumachen, und dabei auch aus diesem Anlaß in die Heimat zurückkehren, und da die Länder, die sich einmischen, jedes selber eigene Leute vorzuschlagen haben (kann man sich vorstellen, daß die Franzosen keinen eigenen haben, wenigstens um sich das Grenzgebiet zu ihrer Ex-Kolonie Dschibuti anzueignen), ist die Auseinandersetzung fatalerweise dazu bestimmt, weiterzugehen.

Liberazione: Aden, warum konnte das geschehen?

Aden: Vielleicht kannten wir uns selbst nicht genug. Aber die Frage würde viel Zeit beanspruchen und zuviel Verantwortlichkeiten benennen. Auch jenigen des kolonialen Italien natürlich, die nur dem Anschein nach längst vergangen sind.

Indien: Rechte hetzt und schürt Konflikte

Die letzten Nachrichten vom 10./11.1.1993 verheißen nichts Gutes. Die Zentralregierung in Delhi will Bombay unter Ausnahmezustand stellen. Zusätzliche Militäreinheiten sind abkommandiert, um die ausufernden bürgerkriegsähnlichen Unruhen zwischen den Bevölkerungsgruppen der Hindu und Muslime einzudämmen. Der Auslöser dieser so genannten *kommunalistischen* Konflikte war die Zerstörung der Moschee in Ayodhya am 9.12.1992 durch fanatische Hindus, die von Führern der fundamentalistischen BJP (Bharatiya Janata Party) angestachelt worden waren. In den letzten Monaten war die Zentralregierung unter Narasimha Rao durch ihre Untätigkeit gegenüber dem Treiben der BJP aufgefallen. Am 16.12. griff die Regierung dann zu altbekannten Maßnahmen. Sie stellte die von der BJP regierten Bundesstaaten Himachal Pradesh, Madhya Pradesh und Rajasthan unter *president's rule*. Das Mittel der Amtsenthebung von Ländereigentümern und von Eingriffen der Zentralgewalt in die regionalen Angelegenheiten hat die Congress-Partei ständig praktiziert, und dies hat nicht zuletzt die fundamentalistischen Kräfte gestärkt.

Dabei berichtete die Zeitschrift *Economic and political weekly* bereits am

7.11.92: „Die BJP-Verwaltungen in den Staaten unter ihrer Regierung nehmen sich hetzerisch ... Die Hauptschandtat ist die Ermordung des außergewöhnlichen Gewerkschafters und Vertreters der Stammesangehörigen Guha Niyogi in der Chhattisgarhregion (Madhya Pradesh). Dank der Untätigkeit der BJP-Regierung ... sind die Mörder ungeschoren davongekommen. Dieselbe Regierung schoß friedliche Arbeiter nieder, die gründlichere Nachforschungen in dieser Sache forderten ... Zuletzt haben BJP-Anhänger in Jagdalpur (Madhya Pradesh) mit Billigung der lokalen Verwaltung den früheren Vizedirektor der North Eastern Hill Universität und ehemaligen Beauftragten für die untersten Kasten und Stammesangehörigen B. D. Sharma angegriffen. Sharma wurde ausgezogen und unter Demütigungen durch den Ort getrieben.“ Letzterer hat eine kleine schlagkräftige Organisation ins Leben gerufen, die Berichte über die Lage der Armen anfertigt und Forderungen gegenüber der Regierung erhebt.

Auf die Verhaftung von ca. 3000 der BJP nahestehenden Persönlichkeiten und Politikern reagierten diese auch recht gelassen. *NZZ*, 10. + 18.12.92; *Frontier* 29.8., 5.9.92 — (cog)

Italien: Gesetzesdekret gegen Rassismus

Mitte Dezember hat die italienische Regierung ein Dekret gegen rassistische und faschistische Bestrebungen verabschiedet. (Ein Dekret tritt unmittelbar in Kraft, muß aber zur Umwandlung in ein Gesetz danach vom Parlament verabschiedet werden.) Das Dekret, das vom Innen- und vom Justizministerium vorgelegt wurde, sieht in acht Artikeln unter anderem vor:

— Haft von ein bis fünf Jahren für „jeden, der aus Gründen ethnischer, nationaler, rassischer oder religiöser Feindseligkeit oder Diskriminierung öffentlich Personen oder Sachen verunglimpft“.

— Unter die Aufstachelung zu rassistischer Diskriminierung sind auch einschlägige Transparente und Sprechchöre in Fußballstadien u.ä. gefaßt.

— Die Einrichtungen rechter Gruppen können präventiv beschlagnahmt und am Ende eines Prozesses eingezogen werden.

— Schon bestehende Strafen aus geltenden Gesetzen werden verschärft, z.B. für „Rechtfertigung von Faschismus“ von bisher sechs Monaten bis zwei Jahren Haft auf jetzt ein bis vier Jahre. Höhere Strafen auch für Teilnahme an Veranstaltungen der „aufgelösten faschisti-

schen Partei“. (Verbot und Auflösung des Movimento Sociale Italiano — MSI, der sich immer als Nachfolgeorganisation der Mussolini-Partei verstanden hat und auch in der Öffentlichkeit so angesehen wurde, sind aber nicht vorgesehen.)

Die beschlossenen Maßnahmen sind unter dem Druck zahlreicher Kundgebungen gegen fremdenfeindliche Gewaltaktionen zustandegekommen. Dieser Druck hat bewirkt, daß sie gegen rechts und nicht auch gegen links gerichtet sind. Sicher hätten Polizei und Behörden auch nach der bisherigen Rechtslage gegen rassistische und faschistische Aktivitäten einschreiten können und müssen. Die neuen Bestimmungen dürfen aber den Druck auf die staatlichen Stellen erhöhen, tätig zu werden.

In diesem Sinn wurde auch Anfang Dezember die Verhaftung eines Skins in Rom aufgenommen, der antisemitische Flugblätter verteilt. Die Verhaftung erfolgte erstmals nur auf Grund des Gesetzes 650 von 1975, das die Aufstachelung zu Rassenhaß unter Strafe stellt. Vorher wurde dieses Gesetz nur *zusätzlich* im Zusammenhang mit anderen Straftaten wie Körperverletzung, versuchter Mord u.a. angewandt. Quellen: *Il Manifesto*, 6.12., 15.12.92; *RAI* — (rok)

Türkische Bergarbeiter kündigen Streik an

Mehr als 40000 Bergarbeiter in der Türkei wollen an diesem Freitag in den Streik treten, wenn die Regierung bis dahin kein verhandlungsfähiges Angebot vorlegt. Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Maden-İş, Selahattin Ataman, hat erklärt, die Gewerkschaft beharrt auf ihrer Forderung nach 50 Prozent Lohnanhebung im ersten Halbjahr und 48 Prozent im zweiten Halbjahr. Zur Zeit verdienen die Bergarbeiter durchschnittlich ca. 340 DM im Monat, die Regierung ist lediglich zu einer Lohnanhebung um 30 Prozent auf 442 DM bereit. Diese Lohnanhebung liegt unterhalb der Teuerungsrate, würde also für die Bergarbeiter eine weitere Reallohnsenkung bedeuten. Nach den letzten offiziellen Daten vom Dezember 1992 benötigt eine fünfköpfige Familie in der Türkei derzeit durchschnittlich umgerechnet 980 DM im Monat, um ihre Kosten für Miete, Lebensmittel und Bekleidung zu decken. Ausgaben für Schulbücher, Fahrtkosten u.a. sind damit noch gar nicht zu bestreiten. Selbst bei voller Durchsetzung der Gewerkschaftsforderung könnte eine solche Familie also mit dem dann gezahlten

Lohn noch nicht leben. Dabei sind die Bergarbeiter noch vergleichsweise „gut“ bezahlt. In anderen Bereichen, vor allem in der Land- und Forstwirtschaft und in weiten Bereichen des öffentlichen Dienstes, liegen die Löhne noch deutlich niedriger, ganz zu schweigen von den Hungerlöhnen im Kleingerwerbe und Handwerk.

Sollten die Bergarbeiter tatsächlich den Streik ausrufen, könnte das der Auftakt zu einer Serie von gewerkschaftlichen Kämpfen sein. Denn parallel zu den Bergarbeitern verhandeln auch andere große Gewerkschaften mit staatlichen Unternehmen oder ganzen Branchen um neue Tarifverträge. So führt die Erdölgesellschaft Petrol-İş Verhandlungen um neue Tarife für 6000 Arbeiter, bei der Staatsholding GMİS wird um neue Tarife für 35000 Lohnabhängige verhandelt, bei SEKA für 11000 Lohnabhängige. In allen Bereichen liegen auch schon „Lohnempfehlungen“ der Regierung vor, die in der Regel Lohnanhebungen um 30 Prozent „angeben“.

Quellen: *Südd. Zeitung*, 12.1.93; *Kurdistan-Rundbrief* 2/93 — (rül)

Internationale Umschau



Mit einer Protestkundgebung vor dem Parlament des Bundesstaates Pennsylvania (USA) machten zahlreiche Beschäftigte im Gesundheitswesen des Bundesstaates auf ihre unerträglichen Arbeitsbedingungen aufmerksam. Sie forderten ein Gesetz für die Pflegebeschäftigte, um eine bessere Personalbesetzung der Krankenhäuser, Schutz gegen Unfälle und Erkrankungen, eine Verbesserung ihrer Löhne und einen Versicherungsschutz gegen Krankheit sowie bessere Altersvorsorge zu erreichen. — (rül, Bild: ALF/CIO)

Roma beunruhigt über staatlichen Rassismus in CR

In einer Erklärung der Bürgerinitiative der Roma wird die Besorgnis über den gegenwärtigen staatlichen Rassismus in der neuen Tschechischen Republik geäußert. In der CR leben rund 300000 Roma. Sie wären betroffen von einem Gesetz, das vom tschechischen Generalstaatsanwalt unterbreitet wurde: Danach wäre in Ortschaften, in denen „die Konzentration von Roma“ zunimmt, die Aufenthaltsdauer für nichtansässige und nichtverwandte Roma auf fünf Tage beschränkt. Für weiteren Aufenthalt müßten zehn Kronen täglich gezahlt werden, außerdem sei das Einverständnis des Einwohnermeldeamtes nötig. Der Vorsitzende der Roma Bürgerinitiative, Emil Scuka, bezeichnete den Entwurf als verfassungswidrig. — (alk)

Bergarbeiterstreik in Polen beendet

Die Gewerkschaft Solidarnosc hat nach geringen Zugeständnissen der Regierung den Streik der Bergarbeiter in den polnischen Kohleminen für beendet erklärt. Die Regierung will mit staatlichen Subventionen die Folgen der Bergwerksschließungen mildern und Umschulungmaßnahmen zugunsten der Grüben einleiten. Die Löhne werden ab 1. März zwischen 63 und 68 DM erhöht werden. Die Exportbeschränkungen für Steinkohle wurden aufgehoben. Der Versuch kleinerer Gewerkschaften (u.a. Solidarnosc 80), den Streik fortzusetzen, scheiterte. — (alk)

Belfast: Loyalisten mit Rakete auf Gefangene

Nach dem loyalistischen Raketenangriff auf den Crumlin Road Knast in Belfast am Sonntag, 12.12.92, haben die republikanischen Gefangenen mit einer Erklärung geantwortet, die ihre Situation ausführlich beschreibt. Die Gefangenen haben die andauernden Spannungen in den Untersuchungshaftflügeln hervor, die die Nordirlandadministration konsequent ignoriert.

Die loyalistische Rakete wurde aus einem Auto heraus in der Queen Street, genau gegenüber der Crumlin Road, abgefeuert. Niemand wurde verletzt, als die Rakete eine Abdeckplatte traf und abdriftete, dabei zerstörte sie Teile des Knastdaches. Später übernahm eine loyalistische Tarngruppe die Verantwortung für den Angriff: ihr Ziel seien die 47 republikanischen Gefangenen im Essensraum Nr. 3 des A-Flügels gewesen.

Die von den Gefangenen geforderte Trennung von republikanischen und loyalistischen U-Haftgefangenen, zwischen denen es immer wieder auch körperliche Auseinandersetzungen gibt, die außerhalb des Knastes harte Realität und in den H-Blocks von Long Kesh die Regel ist, wird ohne vernünftigen Grund verweigert. Sogar die Gefängniswärter selbst sind von der Nutzlosigkeit und Gefahr der von der Nordirlandadministration betriebenen Politik der zwangsweisen Integration desillusioniert.

Nach: *An Phoblacht/Republican News*, 17.12.92 (vollständig in *Angehörigen-Info*)

Irak: Westmächte setzen Provokationskurs fort

Die Situation im Mittleren Osten bleibt auch nach dem Ablauf des westlichen Ultimatums gespannt. Was wirklich geschehen ist, bleibt dunkel. Weder gibt es Beweise, daß die Raketen überhaupt — wie von den USA behauptet — südwärts verlegt wurden, noch für ihren angeblichen Abzug. Die irakische Regierung hat den von den USA behaupteten Abzug der Raketen dementiert: Die Darstellung der US-Regierung sei falsch, die Raketen ständen weiter dort, wo sie hingehört.

Gleichzeitig tauchen in der Presse Meldungen auf von angeblichen irakischen Militäraktionen gegen Kuwait. Tatsächlich handelt es sich bei dem „kuwaitischen Gebiet“ um im Sommer 1992 durch UNO-Diktat an Kuwait übertragenes irakisches Territorium. Durch dieses Diktat wurde der Irak faktisch zum Binnenland, der Zugang zum Meer fiel völlig an Kuwait. Diese unverfrorene Okkupation irakischen Gebiets wird auch von allen irakischen Oppositionsgruppen einhellig verurteilt.

In der westlichen Presse ist die Stimmung trotzdem weiterhin so eindeutig für einen Militärschlag, daß man den Eindruck hat, der Westen sucht unabdingt einen Vorwand, um wieder anzugreifen. Einer der Gründe dafür könnte sein, daß die westliche Strategie der vergangenen Monate ins Leere läuft. Immerhin ist gegen den Irak seit 28 Monaten ein Embargo verhängt. Auch wenn die wirtschaftlichen Folgen — z.B. bei der medizinischen Versorgung — sicher schwer sind, die damit bezweckten politischen Folgen sind nicht eingetreten. Die Strategie des Westens, den Irak weiter in den Zustand einer Halbkolonie zu drücken, und sei es, indem man das Land von den Ölernahmen abschneidet und an diesen Einnahmen interessierte Kräfte im Land zum Aufstand gegen das Regime Saddams treibt, ist fehlgeschlagen. Also braucht man neue Vorwände, um den Status des Iraks als halbe Kolonie ohne souveräne Rechte und ohne Aussicht auf Frieden verewigen zu können. Diese Vorwände schafft man nun — durch wirkliche eigene und behauptete irakische militärische Aktionen, durch Videoclips usw. Ziel ist, dem über das Land verhängten halbkolonialen Status gegenüber der Weltöffentlichkeit weiter einen Anschein von Legitimation zu bewahren. — (rül)

Österreichs Konservative für WEU-Beitritt

Die ÖVP, Regierungspartei, hat sich auf ihrem Dreikönigstreffen in Salzburg für eine sofortige Anbindung Österreichs an die Westeuropäische Union (WEU) eingesetzt. Nach dem Zusammenbruch des östlichen Systems sei Österreich wie kein anderes europäisches Land zu einem Frontstaat geworden und durch seine exponierte Lage im Schnittpunkt zweier unkontrollierbarer Krisenregionen zwischen Ostsee und Schwarzen Meer auf eine rasche verteidigungspolitische Einbindung in Europa angewiesen. Damit hat sich die ÖVP deutlich der Position der deutschnationalen FPÖ genähert: Deren Führer Haider treibt: WEU sei „heiße Luft“, Österreich müsse sofort in die Nato. Die mitregierende SPÖ hat sich noch vom WEU-Vorstoß der ÖVP distanziert. — (alk)



Mit Forderungen nach weiterer Arbeitszeitverkürzung bei Beibehaltung des Reallohns gehen die belgischen Chemiegewerkschaften in die Verhandlungen mit den Chemiekonzernen. Bei Bayer Belgien verlangen die Gewerkschaften eine Arbeitszeitverkürzung von 37 auf 34,5 Stunden, bei Degussa werden neun zusätzliche freie Tage verlangt, bei Polysar 35 Stunden pro Woche. Bei Monsanto Belgien beraten die beiden Gewerkschaften ABVV und ACV noch, vermutlich wird eine Arbeitszeitverkürzung auf 35,5 Stunden pro Woche verlangt. — (rül, Bild: Solidair)

Öffentlicher Dienst eröffnet Tarifbewegung

2,25 % haben die öffentlichen Arbeitgeber beim ersten Verhandlungstermin angeboten. Der geforderte Mindestbetrag von 150 DM würde somit erst für Einkommen ab knapp 6700 DM realisiert werden. Auf den Facharbeiterlohn bringt das Angebot ganze 56 bis 79 DM brutto im Monat. 9 Mrd. DM soll die Arbeitgeberofferte insgesamt kosten. Bei einem 200-Milliarden-DM-Defizit in den öffentlichen Haushalten sei die Begrenzung der Personalkosten eine unabwendbare Notwendigkeit, begründete Arbeitgeberverhandlungsführer Seiters (CDU). Aus dem Finanzministerium wurde signalisiert, unter welchen Voraussetzungen die öffentlichen Dienstherrn ihr 2,25-Prozent-Angebot erhöhen könnten: Wenn die Gewerkschaften sich auf eine dreijährige Festschreibung der Einkommenserhöhungen von jährlich drei Prozent — zwei Prozent für Beamte — einließen. Im dritten Jahr würde dies zu Einsparungen von ca. 35 Mrd. Mark führen. Doch die Personalkosten sind weder Ursache des Haushaltsdefizits, noch würde die Erfüllung der ÖTV-Forderung zum Staatsbankrott führen. Nach Gewerkschaftsberechnungen kostet die ÖTV-Forderung 17 Mrd. DM, das sind ganze 1,4 % der Gesamtausgaben aller öffentlichen Haushalte. Trotzdem behauptet die Ver-

handlungsführerin der Länder, Heide Simonis (SPD), daß es für eine soziale Komponente keinen Spielraum gäbe. Selbst unter Berücksichtigung aller Lohnnebenkosten würde aber ein einheitlicher Betrag von 150 DM bei 13 Monatseinkommen für alle 2,3 Millionen Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst nicht einmal 6 Mrd. DM kosten. Das vorliegende Angebot liegt bereits um 3 Mrd. DM darüber. Diese 3 Mrd. DM sollen an den relativ kleinen Kreis von hochbezahlten Staatsbedienten mit Einkommen von über 6700 DM verteilt werden. Zusätzlich würde dieser exklusive Kreis die Milliarden erhalten, die die öffentlichen Dienstherrn durch die Verweigerung des Mindestbeitrages von 150 DM bei den unteren und mittleren Einkommensklassen einsparen. So ist zu begrüßen, daß die ÖTV-Vorsitzende, Dr. Wulf-Mathies, bekräftigte, ohne soziale Komponente werde es keinen Abschluß geben. Daß dieses Ziel ohne Streikaktionen zu erreichen ist, muß stark bezweifelt werden. Von Vorbereitungen auf Kampfmaßnahmen ist aber auf allen gewerkschaftlichen Organisationsebenen nichts zu spüren, obwohl mit Sicherheit größere Schwierigkeiten als im Vorjahr zu überwinden sind, um die Streikfront zum Stehen zu bringen. — (kar/Kritik und Widerstand 2/93)

„Wir könnten viele andere Dinge bauen“

Stuttgart. Seit längerer Zeit führt die IG Metall Kritik an der einseitigen Ausrichtung der Wirtschaft im Raum Stuttgart. Im Auftrag der Gewerkschaft hat das „IMU-Institut für Medienforschung und Urbanistik, München“ in den Jahren 1988, 1991 und 1992 den Umstrukturierungsprozeß in der Stuttgarter Metallindustrie untersucht und folgende Schwachpunkte festgestellt: Das Übergewicht der Autoindustrie mit ihrem hohen Monopolisierungsgrad (jeder vierte Arbeitsplatz Stuttgarts hängt direkt vom Autoverkauf ab), die starke Ausrichtung der verarbeitenden Industrie auf den Export (die Exportquote der Investitionsgüterindustrie beträgt 42 Prozent), die vielfältigen Abhängigkeiten der Zulieferer und die weltweit greifenden Strategien der Konzerne.

Mithilfe der ersten IMU-Studie aus dem Jahr 1988 hatte die IG Metall Änderungen in Richtung „alternative Produktionen“ und „Diversifikation“ gefordert. Die durchaus berechtigten Befürchtungen bezüglich des Arbeitsplatzabbaus wurden 1988 von der IHK Stuttgart beiseite gewischt: Der Arbeitsplatzabbau im verarbeitenden Gewerbe werde mehr als ausgleichen durch neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsgewerbe. Jetzt aber tritt der vorausgesagte Arbeitsplatzabbau umso stärker auf.

Zur aktuellen Lage: Im Arbeitsamtbezirk Stuttgart (mit Böblingen) nimmt die Kurzarbeit inzwischen beinahe explosionsartig zu. Der Direktor des Arbeitsamtes meinte gegenüber der Presse, im Januar 1993 werde mit über 30000 Kurzarbeitern die schlechteste Zahl seit Kriegsende erreicht. Außerdem hatten sich im Dezember 1992 56 Prozent mehr Personen arbeitslos gemeldet als im Vergleichsmonat des Vorjahrs. Für 22315 arbeitslos Gemeldete gibt es gerade noch 4889 offene Stellen. „Die Hoffnungen, daß der Dienstleistungssektor die Rückgänge im produzierenden Gewerbe auffangen könnte, haben sich leider nicht bestätigt.“

Der Personalabbau hat in der relativ kurzen Zeit zu einer deutlichen Veränderung der Beschäftigtenstruktur geführt. In einer Stichprobe, die 19 Betriebe mit 108912 Beschäftigten umfaßt, ergab sich im Zweijahresvergleich 1992/1990 eine Verringerung der Beschäftigten in den unteren Lohngruppen von 10,5 Prozent auf 8,7 Prozent, das ist ein Rückgang um 19,9 Prozent oder 1676 Beschäftigte. Demgegenüber stieg die Anzahl der in den hohen Lohngruppen Beschäftigten nur leicht. Die Anzahl der Beschäftigten in mittleren Lohngruppen ging zahlenmäßig leicht zurück, ihr Anteil an den Gesamtbeschäftigten ist aufgrund des hohen Arbeitsplatzabbaus gestiegen.

Gegen die einseitige Ausrichtung auf das Auto waren 1988 in der IMU-Studie kommunale und regionale Bedarfssfelder genannt worden wie Energieeinsparung, Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, der Wohnraumsituation und des Umweltschutzes. Die IG Metall Stuttgart hatte gefordert, daß kommunale und betriebliche Ausschüsse sowie zu schaffende Struktur- und Wirtschaftsräte Verbindung herstellen sollten zwischen der betrieblichen Diversifikation und den kommunalen Bedarfssfeldern.

Inzwischen — nach vier Jahren — hat sich in Baden-Württemberg, begünstigt durch die große Regierungskoalition von CDU/SPD, eine regionale „Gemeinschaftsinitiative Wirtschaft und Politik“ unter Teilnahme der IG Metall Bezirksleitung gebildet. Ziel ist jedoch nicht die Diversifikation. „Nach Einschätzung aller Gesprächsteilnehmer sollte der Strukturwandel als eine Chance zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie, vor allem der Zuliefererindustrie, und nicht nur als eine Bedrohung begriffen werden.“ Ein wichtiger Punkt sind dabei die Projekte zum „schlanken Unternehmen“, so daß auch von dieser Seite Arbeitsplatzabbau droht.

Die neueste IMU-Studie von 1992 stellt zur Bewältigung der Strukturkrise folgende Überlegungen an: Einerseits seien Übergangshilfen notwendig wie soziale Mindeststandards, Verlängerung des Bezugs von Kurzarbeitergeld, Weiterbildungmaßnahmen und Förderung von strukturpolitisch bedeutsamen Arbeitsfeldern (Energie- und Verkehrstechniken). Dann fordert die IMU-Studie gemeinsam mit der IG Metall eine aktive Strukturpolitik, die aus runden Tischen, Entwicklungsgesellschaft, Übergangshilfen bestehen solle. Man brauche eine Zukunfts- und Leitvision für die Region.

Die derzeitige Diskussion wirft viele Fragen auf: Was passiert zum Beispiel mit den Älteren und mit den Leistungsgeminderten? Ist ein Arbeitsleben bis zur Rente noch möglich? Der „Runde Tisch“ der Landesregierung setzt auf Gewinnung von Marktanteilen in Märkten, die bereits gesättigt sind. Das fördert internationale Konkurrenz. Hier ist der IG Metall sicher zuzustimmen, wenn sie feststellt: „Wir könnten bei Mercedes in Untertürkheim viele andere Dinge bauen.“

Wäre es nicht auch nötig, die Wirtschaftskreisläufe zu dezentralisieren und mehr in die kommunale Verantwortlichkeit zu übernehmen? Für eine Produktion einzutreten, die auch soziale Lösungsmöglichkeiten in der derzeitigen Krise bietet? — (ros)

Bis wohin treibt's der Hamburger Senat?

Hamburg. Drastische Kürzungsmaßnahmen drohen die schulische Ausbildung enorm zu verschlechtern. Im Zeitraum von vier Jahren sollen an Hamburgs Schulen 300 Planstellen für Lehrer gestrichen werden: Das fing im Schuljahr 1991/92 mit der Streichung von 105 Planstellen für Beratungsstunden und Lehrplanarbeit an, setzt sich im laufenden Schuljahr fort mit der Wegkürzung von ebenfalls 105 Stellen zur Unterrichtung von Ausländern, Auswandern und zur Förderung lese- und rechtschreibeschwacher Schüler und soll sich 1994/95 fortsetzen mit der Streichung von weiteren 90 Stellen. Die Lage wird um so prekärer, als bis ins Jahr 2000 30000 zusätzliche Schüler erwartet werden. Gleichzeitig werden ab 1995 jährlich 750 Lehrerinnen und Lehrer pensioniert. — (scc)

Verweis gegen Richter Stoll reicht Ministerium nicht aus

Hildesheim. Ein Richterdienstgericht hat den Amtsrichter Stoll aus Hildesheim, stellvertretender Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen (BdV), wegen einer „schuldenhaften Dienstpflichtverletzung“ mit einem Verweis belegt. Stoll hatte revanchistisch gegen die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze gehetzt. Er bezeichnete sie, u. a. 1990 in Hildesheim und Fallingbostel, als „Amputation eines Drittels Deutschlands“. Das Niedersächsische Justizministerium beantragte ein Disziplinarverfahren, das mit einem Verweis endete. Das Urteil reicht dem Ministerium nicht aus. Pressesprecher Jagau erklärte, man werde in die Berufung gehen, um mindestens die vom Generalstaatsanwalt geforderte

Kürzung der Bezüge durchzusetzen. Der nun zuständige Dienstgerichtshof hat sogar die Möglichkeit, Stoll aus dem Dienst zu entfernen. Gegen Stoll wurden — zu Zeiten der Albrecht-Regierung — schon zahlreiche Verfahren eingestellt, oder sie endeten eher glimpflich. — (mal)

Betreuungsvereine kritisieren Senatspolitik

Hamburg. 17 Verbände, die dem Arbeitskreis der Betreuungsvereine angehören und alte, behinderte und psychisch kranke Menschen betreuen, kritisieren die Ausführungsbestimmungen zum neuen Betreuungsgesetz, das die Vormund- und Pflegschaftsregelung ersetzt. Statt wie ursprünglich verlaufen, will der Senat jetzt nur 584000 statt ursprünglich 3,2 Mio. DM für die rund 5000 unter Betreuung stehenden Menschen in Hamburg bereitstellen und gleichzeitig den Haushaltsansatz für die ambulante Betreuung psychisch Kranker um 248000 DM kürzen. Der Senat peile private „Betreuungskapazitäten“ an, kritisieren die Verbände und fordern eine öffentliche Anhörung. — (scc)

Der Kardinal und die Gottlosigkeit

Köln. Mit einer Kritik, deren Richtung durchaus mit dem bundesweit bekannten rechtskonservativen Demokratikritiker Scheuch teilt, hat sich Kardinal Meißner in der Silvesterrede an die Öffentlichkeit gewandt: „Unsere Gesellschaft ist voller Todeskeime“ und erklärte weiter: „Die Politik kommt vor der Moral, der Nutzen vor dem Recht, der Erfolg vor der Ehrfurcht.“ Das ist auch eine christliche Umschreibung für die vom Kölner Uni-Professor Scheuch behauptete allgemeine Pötzchenklänge-

lei und Schieberei. Der fordert dagegen demagogisch einen schwachen Staat mit nur ein bißchen Korruption wie in den USA (und z. B. der Todesstrafe). Meißner zieht noch andere Schlüsse: „Wenn in deutschen Medien zum Beispiel permanent Kirche, Christentum und Gott demonstriert werden, dann sagt man schlicht den Ast ab, auf dem wir alle als abendländische Wertegemeinschaft sitzen.“ Nicht vorgetragen, aber zunächst im Rede-Manuskript des Erzbistums veröffentlicht und dann später zurückgezogen, hatte Meißner noch angefügt: „Hier wird doch zum Beispiel deutlich, wo die Verantwortlichen für die gegenwärtige Ausländerfeindlichkeit wirklich sitzen.“ Die Kritik an der Dekadenz der Gesellschaft teilt Meißner noch mit einer anderen, weit rechts stehenden Gruppierung innerhalb der katholischen Kirche, dem Opus Dei. Statt sich mit Medienschalte zu befassen, könnte Meißner sich ja auch mit dem Treiben dieses Vereins in Köln befassen. aus: *Lokalberichte Köln* — (uld)

Protest gegen Deportationen

Stuttgart. Mit den Parolen „Rückkehr für alle deportierten Palästinenser“ und „Deportation = Verstoß gegen Menschenrecht“ trafen sich am 2.1. Vertreter des Palästinensischen Studentenver eins, des Palästinensischen Arbeiterver eins, der Islamischen Union und des Palästinakomitees zu einer Protestaktion gegen die jüngste Massenabschiebung von 418 Palästinensern. In Flugblättern wiesen sie u. a. auf die Gefahr hin, daß diese Deportation nur ein erster Schritt sein könnte. Abschließend trafen sich etwa 120 AraberInnen und NichtaraberInnen zu einer spontanen Demonstration und Kundgebung. — (Palästinakomitee)

Kein muttersprachlicher Unterricht in Kurdisch?

Köln. Das Schulamt der Stadt hat einen Antrag des deutsch-kurdischen Freundschaftsvereins zur Förderung muttersprachlichen Unterrichts für kurdische Kinder abgelehnt. Begründung: Das Land NRW habe abgelehnt, kurdischen Kindern Sprachunterricht zu fördern, und die Stadt habe kein Geld. Der Freundschaftsverein hatte Fragebögen von über tausend kurdischen Familien zurückgehalten, in denen diese Sprachunterricht für ihre Kinder wünschten. Ein erster Unterricht findet bereits statt. Der Verein bemüht sich jetzt, bei örtlichen Abgeordneten Unterstützung zu bekommen. — (rül; Bild: af/mz)



Hamburger Haushalt: Standortpolitik mit sozialdemokratischer Kosmetik

Hamburg. Mitte Dezember hat die Bürgerschaft den Haushalt für 1993 verabschiedet. In seiner Haushaltsrede behauptete Bürgermeister Voscherau (SPD): „Wir setzen weiter auf eine soziale Haushaltspolitik: sparsame Ausgabenpolitik mit einer Zuwachsrate von nur 4,8 %, finanzielle Lasten mit sozialen und wirtschaftlichen Augenmaß für Bürgerinnen, Bürger und Betriebe. Der

Senat richtet sich bei der Festlegung von Gebühren und Steuern nach sozialer Ausgewogenheit und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit“. Gleich im nächsten Satz versichert er den Hamburger Kapitalisten, die von Annexion der DDR und der Öffnung Osteuropas weit über dem Bundesdurchschnitt profitiert haben, daß er es nicht so meint: „Beispiel Gewerbesteuer: mit der beschlossenen Hebesatz erhöhung um 35 Prozentpunkte auf 450 ab 1993 liegt Hamburg dann hinter Frankfurt, München, sogar hinter Hannover gemeinsam mit Köln im Mittelfeld. Per Saldo wird das Belastungsniveau ohnehin auf Vorjahrsniveau liegen, weil die gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen durch das Steueränderungsgesetz erheblich entlastet werden.“

Auf keinen Fall soll die Gewerbesteuer in dieser Legislaturperiode weiter, also wirklich spürbar und die Einnahmeverluste durch das Steueränderungsgesetz des Bundes, die Voscherau für 1993 mit 122 Mio. DM beziffert, überstei-

gent erhöht werden. Zugleich können die Reichen, die aus dem von ihnen an geeigneten Mehrprodukt den Staats haushalt kreditieren, mit um sieben Prozent steigenden Zinseinnahmen rechnen, das sind über 100 Mio. DM mehr als im Vorjahr. 1993 werden 1,54 Mrd. DM dafür aufgebracht werden müssen, mehr als jede achte in Hamburg verbleibende Steuermark.

Voscherau bekennt sich zu einer „vor ausschauenden Standortpolitik“, das heißt, er verspricht den Kapitalisten, daß die Stadt weiter vorrangig in die Hafen erweiterung Altenwerder, den „Ausbau Hamburgs zum zweitgrößten Flugzeugbau-Standort der Welt“ zum Nutzen von Daimler/DASA und Lufthansa, die verbesserte Verkehrsbindung des Fuhlsbütteler Flughafens und den Ausbau der TU Harburg investieren wird.

Die Gebührenerhöhungen wie z. B. für Müll und Siedlungsgebäude werden die „Bürgerinnen und Bürger“ nicht abwälzen können. Auch der Öffentliche Personen-Nahverkehr hat nach Aussage von Jan Ehlers (SPD) den höchsten Kosten deckungsgrad im Bundesgebiet, muß also von den Werktäglichen im höheren Maße über den Fahrpreis finanziert werden als in vergleichbaren Städten.

Die Elemente der „sozialen Großstadtstrategie“, die Voscherau anpreist, erweisen sich demgegenüber als reine Sozialkosmetik: so nennt er die Aus-

weitung des mobilen Spritzenausches, der pädagogischen Betreuung von Spielplätzen und die Errichtung eines Stadtteilladens in St. Georg. Während geschätzte 50000 Wohnungssuchende in Hamburg existieren, wovon mehrere Tausend „Platte machen“, also auf der Straße leben, röhmt er ein Wohnungsbauprogramm des Senats, das zum größeren Teil Besserverdienende und Eigenheimbauer fördert. Angesichts der ersten erfrorenen Obdachlosen dieses Winters sollen jetzt 70 Container mit je drei Schlafplätzen aufgestellt werden. Die vielgelobte sozialdemokratische Stadtentwicklungspolitik bewies erst kürzlich wieder, was von ihr zu halten ist, als auf ein Stirnrunzeln des Hapag-Lloyd-Konzerns hin Voscherau die Behörde anwies, deren Bürokomplex ohne die dazu geforderte Errichtung einer Anzahl von Wohnungen zu genehmigen.

Nachdem in den Haushaltsberatungen auch die GAL keine grundsätzliche Kritik an der Senatspolitik vorbrachte (auch sie legte ein „Sparkonzept“ vor, das allerdings auch bei der Hafenentwicklung kurzfristig wolle), bereitet der Senat bereits den nächsten Angriff vor: Im Hinblick auf die Belastungen, die durch die „Folgen der Einheit“ und die bevorstehende Änderung des Länderfinanzausgleichs bevorstehen, stellt die Finanzbehörde einen neuen Katalog von „Sparmaßnahmen“ auf. — (ulj)



Düsseldorf. „Millionen stehen hinter mir“, hieß es auf der Fotomontage von John Heartfield aus dem Jahre 1932.

Sie ist jetzt auf dem Titelbild der zu der Demonstration am 30.1.1993 in Düsseldorf erschienenen antifaschistischen Zeitung für Nordrhein-Westfalen, „60 Jahre danach . . .“, wiedergegeben. Die Demonstration führt u.a. am Industrieclub vorbei, in dem sich Hitler 1932 mit den Konzernchefs verständigte (siehe auch die Meldung weiter unten auf dieser Seite). — (wof)

Jugendhaus für die IGA, nicht für die Jugendlichen

Stuttgart. In Feuerbach — einem der größten Stuttgarter Stadtteile — fehlt seit Jahrzehnten ein Jugendhaus. Nach jahrelangen Protesten gab es Versprechungen. Ein Standort steht seit einiger Zeit fest. Mittlerweile ist sogar die Baugrube ausgehoben. Direkt daneben wurde zusätzlich im letzten Sommer mit dem Bau eines Jugendcamps begonnen — überwiegend durch Jugendliche in Eigenarbeit. Nach dem diesjährigen Haushalt beschluß sind alle Pläne erst mal gestoppt. Das bedeutet, daß nicht nur das Jugendcamp Teilstück bleibt, sondern auch noch Kosten zur Absicherung der Baugrube für das Jugendhaus aufgebracht werden müssen! Nun der Clou: Nach einem Beschuß des Verwaltungsausschusses ist vorgesehen, das Jugendcamp soweit provisorisch herzurichten, „daß es im nächsten Jahr anläßlich der Leichtathletik-WM und der IGA benutztbar ist.“ Was wieder einmal die Prioritätssetzung der Mehrheit des Gemeinderats bestens beweist: Stuttgart scheut keine Mittel, nach außen hin zu glänzen. Am Bau und an der Unterhaltung von Jugendeinrichtungen wird in unverantwortlicher Weise gespart. — (ccs)

Demonstration am 30.1. findet Unterstützung

Düsseldorf. Außer in Düsseldorf ruft inzwischen auch in Städten wie Neuss, Köln und Essen der DGB zu der Demonstration am 30.1. in Düsseldorf auf, teilweise trotz großer örtlicher Aktionen am Nachmittag des gleichen Tages. Bei den Kundgebungen sprechen Vertreter von VVN-BdA, DGB, ev. Kirche, Antifa Bonn-Sieg, DIFD, Rom e.V., Anne-

Franck-Stiftung, der antifaschistischen Landeskongferenz NRW und Beate Klarsfeld. Die Medien mobilisieren zu einer vor kurzem von Geschäftsleuten und einigen Politikern, unterstützt vom Oberbürgermeister, ins Leben gerufenen „Lichterkette“ am Abend des gleichen Tages, verschweigen die Demonstration bisher aber weitgehend. — (wof)

Ehrenerklärung für Republikaner

Heilbronn. Über 4000 Menschen hatten am 28.11.92 an der Demonstration gegen Rassismus und Nationalismus teilgenommen. Einer der Kundgebungsredner, der türkische Sozialberater Nuri Musluoglu, bekam nun im Nachhinein die Rache des Bürgermeisteramtes für seine Kritik zu spüren. Musluoglu hatte u.a. kritisiert: „Es ist ein Skandal, wenn ein Vertreter einer neofaschistischen Partei im Ausländerausschuß der Stadt Heilbronn sitzt. Es ist schrecklich, daß sich darüber niemand beschwert und darunter protestiert . . .“. Eben eine solche Sitzung des Ausländerausschusses nutzte Bürgermeister Casse am 4.12.92, um Musluoglu für seine Kritik zu rügen und eine Ehrenerklärung für den Rep abzugeben. Laut Casse sind die Rep eine demokratische Partei, die demokratisch gewählt wurde. Der Rep-Vertreter im Ausschuß ist für ihn ein Ehrenmann. Für Musluoglu waren die Ausführungen von Casse Grund genug, seine Mitgliedschaft im Ausschuß bis zur Klärung ruhen zu lassen. Die türkischen Vereine fordern inzwischen die Entfernung des Rep aus dem Ausschuß sowie die Wahl der Ausschußmitglieder durch die ausländischen Bewohner und beraten, ihrer Forderung mit einer Demonstration Nachdruck zu verleihen. — (rhs)

Regionale Metallindustrie von tiefer Konjunktur- und Strukturkrise erfaßt

Schweinfurt. Innerhalb von knapp drei Jahren haben die Metallkonzerne FAG Kugelfischer, Fichtel & Sachs AG und SKF GmbH ihr Personal am Standort Schweinfurt um fast 20 Prozent von ca. 25000 auf unter 21000 Beschäftigte runtergefahren, hauptsächlich durch Nichtersetzen freiwerdender Stellen. Das „Freiwerden von Stellen“ wurde durch Abfindungsangebote an mindestens 56 Jahre alte Arbeiter und Angestellte massiv beschleunigt.

In den letzten Monaten wurde immer deutlicher, daß FAG Kugelfischer und SKF von einer weltweiten Überproduktion von Kapital in der Wälzgerindustrie erfaßt sind, und daß bei Fichtel & Sachs eine exemplarische Sanierung eines großen Automobilzulieferers über die Bühne geht. Schlagartig sind in den letzten Wochen zudem die Aufträge der Automobilkonzerne zurückgezogen worden. Fichtel & Sachs reagierte mit Kurzarbeit in fast sämtlichen Bereichen der Produktion, bei FAG Kugelfischer wird geplant, unter Ausnutzung der neuen AFG-Regelung im gesamten Jahr 1993 25 % kurz zu arbeiten.

Kurz vor Jahreswechsel mehrten sich die Anzeichen dafür, daß das Krisenmanagement der Konzerne schwere Angriffe auf die Belegschaften vorbereitet. Die IG Metall reagierte kurzfristig mit einem Aufruf zu Demonstration und Kundgebung am 19.12.92, an der sich 5000 beteiligten. IG Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer beschuldigte wegen der regionalen Misere das Management des Versagens und die bayerische Staatsregierung der Unfähigkeit, eine „bayeri-

sche Industriepolitik“ zu formieren, wie es z.B. in Baden-Württemberg oder in Sachsen betrieben werde. Auch der Schweinfurter IG Metall-Bevollmächtigte Gerhard Tollkühn forderte politische Maßnahmen, die es Schweinfurt ermöglichen sollen, sich in der Konkurrenz der Regionen zu behaupten. Das IG Metall hat ein regionales Entwicklungsgutachten in Auftrag gegeben und verspricht sich davon Anregungen für alternative Produkte. Der SKF-Betriebsratsvorsitzende Ernst Lang bat das Management um Verständnis für die Zukunft der Jugendlichen, verhehlte aber nicht, daß man bei SKF bereit sei, „zurückzuschlagen“, falls das Management seinen Konfrontationskurs nicht ändere.

Die SKF-Geschäftsleitung hat vom Betriebsrat die Zustimmung zu betriebsbedingten Kündigungen gefordert. Im SKF-Werk III war es kurz zuvor zu einer Arbeitsniederlegung gegen eine geplante Verlagerung gekommen, und die Auszubildenden hatten gegen die Nichtübernahme nach Beendigung der Ausbildung eine Protestaktion durchgeführt.

Bei Fichtel & Sachs steht für 1993 die Personalabbauzahl 1400 im Raum, im Zuge der Fusion mit dem Ex-Konkurrenten BOGE AG (Stoßdämpferproduktion) wird mit Teilbetriebsstilllegungen bzw. Standortschließungen gedroht.

Bei FAG Kugelfischer ist seit Anfang 1993 Dr. Hajo Neukirchen, bundesweit berüchtigter „Sanierer mit dem eisernen Besen, Rationalisierungsexperte“ (*Schweinfurter Tagblatt*) als „begleitender Berater“ tätig. Nach einem Leistungsrückgang in der Produktion um

über 20 % in den letzten zwei Jahren ist FAG schwer angeschlagen und offensichtlich in akuter Finanzklemme.

Durch den Aufkauf der Wälzgerindustrie der ehemaligen DDR (DKFL-Werke) hoffte FAG in deren Kundenbeziehungen nach Osten eintreten zu können. Gedacht war, die Ostmarkte mit Lagern ohne FAG-Kennzeichnung aus der DKFL-Produktion zu versorgen. Mit dem Zusammenbruch des osteuropäischen und sowjetischen Marktes ist diese Expansionsstrategie vorerst gescheitert. Eine Schließung der DKFL-Werke käme FAG angeblich zu teuer, u.a. wegen der Sozialpläne (stark abgeschrägte Rücklagen?). Aus dieser Situation heraus wurde ein stufenweiser Verlagerungsplan geboren, der konzernweit aus fast allen Standorten Verlagerungen zugunsten der DFFL-Werke vorsieht. Bei der jetzt angekündigten Sanierung wird vor allem mit starker Rationalisierung im Angestelltenbereich gerechnet.

In allen Großbetrieben gibt es — vielleicht mit Ausnahme der technologischen Kernbereiche — kaum einen Bereich, bei dem nicht über Fremdvergabe, Auslandsbezug usw. nachgedacht wird. Es ist eine Situation tiefgreifender Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung eingetreten, die Spaltung zwischen Produktbereichen, zwischen Abteilungen und vor allem zwischen Betrieben innerhalb der Konzerne (in- und ausländischen) bewirkt und die Betriebsräte in eine Erfolgs- und Standortgemeinschaft mit den Geschäftsleitungen treibt. — (cls)



Kundgebung der IG Metall Schweinfurt am 19.12.92 im Rathausinnenhof.

23 Lokalfunksender in NRW im Streik

Seit Mitte Dezember gibt es immer wieder Streiks bei den NRW-Lokalfunksendern. Zum Teil sind die Arbeitsniederlegungen nicht aufgefallen. „Konserven“ wurden gesendet. Seit Bestehen des Lokalfunks sind die Beschäftigten im tariflosen Zustand. Die nächsten Tarifverhandlungen finden am 21. Januar statt. Die IG Medien bemüht sich, die Streikaktionen bekannt zu machen. Wir drucken Auszüge aus ihren Stellungnahmen. — (jöd)

(IG Medien, 10.12.92) Bis 22 Uhr wird heute die Mehrzahl der Lokalradios in NRW bestreikt, um den tariflosen Zustand zu beenden. Wie die IG Medien mitteilte, sind bis zum Nachmittag 23 der 43 Lokalsender dem Aufruf der IG Medien, des Deutschen Journalistenverbandes und der DAG zur Arbeitsniederlegung gefolgt. In Düsseldorf und Bielefeld fanden landesweite Streikversammlungen statt.

Eine Delegation der Lokalfunk-Beschäftigten übergab am Nachmittag eine Resolution bei der Landesanstalt für Rundfunk (LfR). Darin wird die Aufsichtsbehörde aufgefordert, „dem skandalösen Gebaren der Arbeitgeberseite“ in dem Tarifkonflikt ein Ende zu setzen. Obwohl die Landesanstalt für Rundfunk im Vorfeld des Streiks den Lokalradios untersagt hatte, statt des lizenzierten Lokalprogramms im Streikfall das Programm von „Radio NRW“ zu übernehmen, gab es auch heute wieder einige Sender, bei denen die Verantwortlichen wissentlich Rechtsbruch begingen.

Bei schweren Verstößen hat die LfR die Möglichkeit, den Rundfunkveranstaltern die Sendelizenz zu entziehen.

30. Januar: Rechte der Ausländer und antifaschistischer Kampf

München. Das Münchner Bündnis gegen Rassismus ist Mitveranstalter der antifaschistischen Demonstration am 30. Januar, die unter der Losung „Der 30. Januar 1933 mahnt — Gegen Neonazismus, rechte Gewalt und Rassismus — Verteidigen wir die demokratischen und sozialen Grundrechte — Für das uneingeschränkte Recht auf Asyl“ stattfindet. Im Aufruf des Bündnisses steht im Mittelpunkt die Kritik an der Regierungspolitik, die versucht, bestimmte Artikel des Grundgesetzes — Asylrecht und Bundeswehreinsatz — auszutilgen: „. . . Der Kampf gegen die Opfer, Mauern gegen Flüchtlinge und weltweite Einsätze der Bundeswehr sind zwei Seiten ein und derselben Politik. Mit allen Mitteln sollen die Privilegien einer Minderheit gegenüber dem Rest der Welt durchgesetzt werden. Was vor Jahren noch als Auswuchs des Militarismus und nationalsozialistischen Größenwahns verdammt worden wäre, ist inzwischen zum parteiübergreifenden „demokratischen Konsens“ geworden. Armee und Regierung pochen auf ihr angeblich moralisches Recht, nach dem sie diplomatisch und militärisch auf der ganzen Welt herumfuhrwerken dürfen. Die Souveränität anderer Staaten steht nur noch auf dem Papier. Auf dem Rücken der Völker wird der gnadenlose Konkurrenzkampf in der Schlacht auf dem Weltmarkt geführt, den wir mit brutalem Sozialabbau bezahlen sollen. In einer „nationalen

Anstrengung“ (Weizsäcker) sollen wir „Verzichte leisten, die jeder im Falle eines Krieges selbstverständlich auf sich nimmt“ (Helmut Schmidt u.a.). Wir sollen einverstanden sein mit Lohnverzicht, Arbeitszeitverkürzung, mit Öffnungsklauseln bei den Tarifverträgen, die unsere Lage verschlechtern und die gewerkschaftliche Kampfkraft schwächen. Massenentlassungen, Rationalisierungen, Lohnneinbußen, längere Arbeitszeiten, alles sollen wir hinnehmen. „Werte von Heimat, Vaterland, Treue und Opferbereitschaft für das Leben der Nation“ sollen uns das Gehirn vernebeln und nach innen einen Burgfrieden, den sog. Solidarpakt, zwischen unten und oben und gegen außen ermöglichen.“

Kaum zu übersehen ist, daß auch das „Bündnis gegen Rassismus“ dem Widerstand der Arbeiterbewegung gegen reaktionäre Politik eine große Bedeutung zumeist. Verlautbarungen der Gewerkschaften in Bayern zeigen aber auch, wie differenziert die Antworten ausfallen. Die Beschönigung der Situation der Ausländer in Deutschland wurde erst kürzlich in einer „Gemeinsamen Erklärung gegen Ausländerfeindlichkeit — für weiteres friedliches Miteinander“ vom Verein der Bayerischen Metallindustrie e.V. und der IG Metall, Bezirksleitung München manifestiert. In dieser Erklärung heißt es: „. . . Seit Jahren verweisen wir mit Stolz auf unsere guten Beziehungen zu den Menschen anderer

Nationalitäten, anderer Kultur, Hautfarbe und Religion. Seit Jahren genießen Millionen deutscher Bürger die Gastfreundschaft im Ausland. All dieses setzen kriminelle Kräfte in Deutschland derzeit in unverantwortlicher Weise aufs Spiel, wenn sie gegen Ausländer Hass schüren und zu Gewalt greifen. . .“ Während die IG Metall in dieser Erklärung mit den bayerischen Metallkapitalisten die Kritik an der herrschenden Ausländerpolitik fast vollständig aufgegeben hat und ihre Kritik sich nur auf faschistische Gewalttäter bezieht, finden sich in einer Erklärung des ÖTV-Bezirksvorstandes Bayern vom Oktober 1992 einige regierungskritische Positionen: „Das wieder vereinigte Deutschland vollzieht einen Rechtsruck sowohl im Massenbewußtsein der Bevölkerung als auch in der Politik von Regierenden und Parteien. Die Breite und die Rasanz dieser Rechtsentwicklung bedroht die Grundwerte und die politische Kultur dieser Demokratie. Das wiederum trifft die Gewerkschaften, deren Existenz auf den demokratischen Grundwerten beruht, unmittelbar.“ Nach dieser Einschätzung fordert der ÖTV-Bezirk nicht nur eine konsequente Anwendung bestehender Gesetze auf Mord, Mordversuch und Anstiftung zu Gewalttaten, sondern ruft die ÖTV-Mitglieder auch dazu auf, sich an regionalen und bundesweiten Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit zu beteiligen. — (dil)

Kurz berichtet**„Wir wollen unsere Ruhe, Herr Rühe!“**

Wittstock. Seitdem im vergangenen Juni bekannt wurde, daß die Bundeswehr das bisher von den sowjetischen Truppen genutzte Übungsgelände auch weiterhin als Bombenabwurfpunkt nutzen will, reißen die Proteste der Bewohner aus Wittstock und dem Ruppiner Raum nicht ab. Mehr als 5000 demonstrierten am 27. Dezember auf dem 142 Quadratkilometer großen Gelände. Auch zuvor hatte es in den vergangenen Monaten Aktionen verschiedenster Art gegeben. So hängte die Bürgerinitiative „Freie Heide“ Transparente an den Autobahnbrücken zwischen Berlin und Hamburg auf, intervenierte bei der brandenburgischen Landesregierung und beim Bundesverteidigungsministerium und sammelte bisher 30000 Unterschriften gegen eine weitere militärische Nutzung. Die Bundeswehr setzt auf Eigenwerbung. Sie lockt mit 120 Mio. Mark Investitionen, 100 Arbeitsplätzen und Rekultivierungsmaßnahmen in Höhe einer halben Mrd. Mark. — (har)

Steigende Arbeitslosigkeit, fallende Zufriedenheit

Arbeitslosigkeit schafft Befindlichkeit. Dies wurde unlängst in Hoyerswerda hörbar: „Wenn die Politiker erst andere niedermachen müssen, um sich selbst darzustellen, kann für sie keine Hochachtung aufkommen.“ Ein Zitat aus dem Workshop „Arbeitslosigkeit in Ost Sachsen“. Denn es „wurde doch jeder Bürger, den die Arbeitslosigkeit traf, in seiner Persönlichkeit getroffen“. Arbeitslosigkeit fange an mit Hoffnungslosigkeit. In Zittau, Hoyerswerda und Weißwasser wurden Arbeitslose befragt, wie sie sich heute fühlen, was sie fühlen, was sie denken.

Soziale Sicherheit heißt nicht, daß man sich ewig im Sozialen in Sicherheit wiedert. Es ist eher dies, daß man sich seines Wertes in der Arbeitswelt sicher ist und diesen Wert als verwirklichbar hält. Wenn denn im Rückblick auch das Empfinden im Jahre 1980 befragt wurde, dann doch wohl nicht zur Verklärung der DDR, sondern um zu wissen, welch ein Wandel sich im Innersten der Menschen vollzog.

Die soziale Perspektive als gesichert hielten und halten im Jahre

	1980	1990	heute
Zittau	91,4 %	33,4 %	76 %
Hoyerswerda	97,5 %	29,9 %	77,7 %
Weißwasser	89,7 %	48,3 %	10,3 %
Ein zufriedenes Lebensgefühl hatten oder haben 1980 zu heute			
Zittau	71,7 %	21,7 %	
Hoyerswerda	77,9 %	22,8 %	
Weißwasser	72,4 %	40,0 %	

Die Arbeitslosigkeit auch in Ost Sachsen ist direkt und verdeckt, wie jedermann weiß, nur die offizielle Politik will dies nicht wahrhaben. Die einzelnen Nicht-

Kaum-, Noch- oder Wenigerbeschäftigungsguppen ergeben in der Gegenüberstellung ein deutliches Bild

	Ostsachsen	Sachsen
Arbeitslose	37,9	37,1
ABM	12,6	11,5
Arbeitsl. in Fortbild.	13,6	15,2
Kurzarbeiter	6,6	7,6
Vorruhestandler	8,6	9,5
Altersübergang	20,8	19,0

(gerechnet in % der Betroffenen)

Was diese Übersicht nicht sagt, was ihr aber erst das rechte Bild gibt: 43,3 % der im Jahre 1990 Beschäftigten sind arbeitslos, in Sachsen insgesamt sind es nur (!) 38,9 %.

aus: kommunalpolitisches.info

Märkische Faser produziert vorerst weiter

Premnitz. Nach 73 Tagen wurde die Besetzung der Märkischen Faser AG Anfang Dezember beendet. Sie war Mitte September 92 notwendig geworden, weil der schweizerische Aufkäufer, die Alcor Chemie AG, die Entlassung aller Beschäftigten ankündigte. Als Grund wurde der Zusammenbruch des osteuropäischen Marktes genannt. Brandenburgische Landesregierung, Treuhandanstalt und Alcor Chemie AG sind übereingekommen, sich bis zum März dieses Jahres die Kosten für die Fortführung der Märkischen Faser AG zu teilen und gleichzeitig bis zu diesem Zeitpunkt ein Konzept zu entwickeln, das ein dauerhaftes Überleben sichert. Nach Angaben des Betriebsratsvorsitzenden wird bis März keiner der noch 2155 (von ursprünglich 6500) Beschäftigten entlassen. — (har)

Berliner Landgericht trennt Honecker-Verfahren ab

Berlin. Die 27. Große Strafkammer des Landgerichtes beschloß, die Verfahren gegen die ehemaligen Mitglieder des Verteidigungsrates der DDR Keßler, Streletz und Albrecht vom Prozeß gegen den ehemaligen Vorsitzenden des Staats- und Verteidigungsrates der DDR, Honecker, abzutrennen. Das Gericht entsprach damit den Anträgen der Verteidigung der drei Mitangeklagten, die durch die andauernde Diskussion um den Gesundheitszustand Honeckers die Interessen ihrer Mandanten beeinträchtigt sahen. Zum nächsten Termin im Honecker-Prozeß am 14. Januar sollen in einer nichtöffentlichen Sitzung erneut die Befunde der medizinischen Gutachter erörtert werden. Der neue Vorsitzende Richter Hans Boß kündigte auch eine Entscheidung über die Haftentlassung an. Beteiligte und Beobachter weisen darauf hin, daß es menschenunwürdig ist, einen todkranken Menschen der Öffentlichkeit „vorzuführen“. Der Verteidiger Honeckers, Wolfgang Ziegler, hat den Beschuß des Gerichtes als „entscheidenden Schritt“ zur Einstellung des Prozesses gewertet. Honecker wolle, so Ziegler, Deutschland verlassen.

Quelle: Tagesspiegel, Neues Deutschland, 8.1.1993 — (abe)



Berlin. 500 Mitglieder der SPD-Betriebsgruppen aus den Eigenbetrieben demonstrierten vor dem SPD-Landesparteitag am 31. Oktober gegen die Pläne der CDU/SPD-Koalition, sämtliche Eigenbetriebe Berlins zu privatisieren. Jeweils 90 Prozent der Beschäftigten der Verkehrs-Betriebe (BVG), der Stadtreinigung (BSR) und der Hafen- und Lagerhaus-Betriebe (Behala) sowie 80 Prozent der Wasserbetriebe haben eine persönliche Widerspruchserklärung unterschrieben, wonach sie im Falle einer Privatisierung beim Arbeitgeber Land Berlin bleiben wollen. Während der Senat sich bisher nicht von den Protestaktionen beeindrucken läßt und zu Beginn des neuen Jahres die noch in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebene Überarbeitung des Eigenbetriebsgesetzes (insbesondere eine Abkopplung von der Landeshaushaltssordnung, was auch die Gewerkschaften fordern) offiziell einstellt, da man sich ja auf eine Privatisierung geeinigt habe, scheint der innerparteiliche Druck sowohl in der CDU, vor allem aber innerhalb der SPD zuzunehmen. Letztere will sich in einer Klausurtagung Mitte Januar und schließlich auf dem nächsten Landesparteitag Ende März mit dem Thema Privatisierung befassen. Bild: ötv-Dialog 6/92 — (har)

Sozialstruktur + Lebensqualität in Ostdeutschland

Das Institut für Sozialanalyse e.V., Berlin, veröffentlichte im „info PDS/Linke Liste im Bundestag“ Nr. 6, Oktober 1992 den empirischen Teil des Projektes „Sozialstruktur und Lebensqualität in Ostdeutschland“. Es wurde auf der Basis von drei jeweils repräsentativen standardisierten Befragungen im Mai 1990, Oktober 1990 und Oktober 1991, die unter der Wohnbevölkerung Ostdeutschlands vorgenommen wurden,

ist drastisch zurückgegangen. Verringert hat sich insbesondere der Anteil der Arbeiter an der Zahl der Beschäftigten (auf 31,9 %). Die Untersuchungen zeigen, daß das vor allem auf Kosten der Frauen vor sich geht, die aus der Berufstätigkeit herausgedrängt werden und unter denen der Anteil der Dauerarbeitslosen wächst.

Krasse Veränderungen zeigen sich auch in der Bauernschaft, die 1990 noch rund 6 % der berufstätigen Bevölkerung ausmachte und deren Anteil auf 1,8 % zurückging. Das ist auf die völlige Veränderung der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande zurückzuführen, da die Klasse der Genossenschaftsbauern durch die Beseitigung der Landwirtschaftlichen

Produktionsgenossenschaften faktisch aufgelöst wurde.

Aufschlußreich ist auch der Vergleich zwischen Berufstätigen und Nichtberufstätigen nach Wirtschaftsbereichen (Tabelle 2).

Die Analyse ergibt eine deutliche Reduzierung der Beschäftigten in der Industrie. Auch in den anderen Bereichen (außer der Bauwirtschaft) zeigen sich ähnliche Tendenzen. Die Tabelle verdeutlicht, daß in der Land- und Forstwirtschaft im Oktober 1991 nur noch 4,1 % Beschäftigte waren (im Mai 1990 waren es noch 13 %).

Interessant ist deshalb auch das Ergebnis zur sozialen Zusammensetzung der Nichtberufstätigen (Tabelle 3).

**I: Sozialstruktur Oktober 1991 (in Prozent)
(Auszug aus Gesamtabelle)**

	Frauen	Männer	Berufstätige	Nichtber.tät.	Gesamt
Arbeiter	28,7	36,6	31,9	36,9	31,9
Angestellte	62,4	45,6	55,5	51,3	55,5
Akademiker	2,3	3,8	2,9	3,9	2,9
Bauern	1,6	2,1	1,8	2,5	1,8
Handwerker	1,6	5,5	3,2	2,7	3,2
Übrige (*)	3,4	6,4	4,0	2,7	4,0

(*) Im Original sind noch angegeben: Beamte, Unternehmer, Freiberufler, Mithelfende.

**II: Struktur nach Wirtschaftsbereichen, Oktober 91 (Prozent)
(Auszug aus Gesamtabelle)**

	Berufstätige	Nichtberufstätige	Gesamt
Industrie	24,4	31,1	27,3
Bauwirtschaft	11,0	3,9	8,0
Land-/Forstwirtschaft	4,1	12,4	7,6
Verkehr, Post	5,3	6,3	5,7
Handel	10,7	12,9	11,6
Wiss., Bild., Kultur	12,1	9,7	11,1
Gesundheitswesen	9,1	5,8	7,7
Staatl. Verwaltung	13,0	11,4	12,3
Parteien, ges. Organe	0,5	1,9	1,1

III: Soziale Zusammensetzung von Arbeitslosigkeit (in Prozent)

	arbeitslos	Kurzarb. 0	Vorruest.	Kündigung	Abwickl.
Arbeiter	19,5	9,3	13,8	17,0	21,4
Angestellte	11,6	5,0	9,9	14,0	13,1
Intelligenz	7,8	2,0	3,9	4,6	9,7
Bauern	8,3	16,7	25,0	14,3	28,6
Handwerker	8,0	0,0	12,0	10,0	10,0
Unternehmer	0,0	0,0	7,1	0,0	0,0

Bürgerprotest in Lichtenberg gegen Straßenumbenennungen

Die Ankündigung der Absicht des Senates von Berlin, Straßennamen in Berlin zu verändern — wie sie von der Berliner Zeitung vom 24.5.1991 unter dem Titel „191 Straßen: Alle bekommen einen neuen Namen“ verlautbart wurde —, löste besonders im Berliner Kiez Frankfurter Allee Süd (Bezirk Lichtenberg) Bürgerproteste aus. Umbenannt werden sollten nach Meinung des Senats bis Ende 1991 die Schulze-Boysen-, Coppi-, Harnack-, Albert-Hößler-, Wilhelm-Gudendorf- und John-Sieg-Straße. Alles Straßenbezeichnungen mit Namen von Mitgliedern der antifaschistischen Gruppe der „Roten Kapelle“ in Deutschland.

Spontan reagierten zahlreiche Bürger. Die „Interessengemeinschaft der Bürger Frankfurter Allee Süd e.V.“, die gerade eben zur Vertretung der Interessen der Bürger im Stadtgebiet gegründet worden war, und mehrere PDS-Basisorganisationen organisierten innerhalb weniger Tage eine Unterschriftenammlung, die 1350 Unterschriften erbrachte. Die Bürger wandten sich entschieden gegen den Versuch, Straßen umzubenennen, die zu Recht an aktive Kämpfer gegen Faschismus und Krieg erinnern. Ihre Entwürdigung durch die Umbenennung der nach ihnen benannten Straßen käme einer nachträglichen Rechtfertigung ihrer Verurteilung durch Faschisten und damit einer erneuten Verurteilung gleich. Die Bürger erklärten, daß Verdrängung nicht verantwortungsbewußte Aufarbeitung der Geschichte ersetzen kann. Praktiziert wurde dies schon, wie die Beispiele der Umbenennung der Straße der Befreiung — ausgerechnet zum 50. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutsch-

lands auf die Sowjetunion beschlossen — und der nach international geachten, herausragenden Persönlichkeiten benannten Straßen wie der Jaques-Duclos- und Ho-Chi-Minh-Straße zeigen. Das erfolgte gegen den mehrheitlichen Willen betroffener Anwohner und auch gegen internationale Proteste und unter Mißachtung parlamentarisch-demokratischer Normen. Die Bürger halten Aktivitäten der Verantwortlichen der Stadt ebenso wie den Einsatz ohnehin begrenzter Mittel zugunsten dringender Erfordernisse im Interesse der Menschen für notwendiger und sinnvoller als für die aufwendige Umbenennung von Straßen.

Die Bürgerinitiative stellte Kontakt zur „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ in der Stauffenbergstraße in Berlin her, in der gegenwärtig eine vielbeachtete Ausstellung über die „Roten Kapelle“ zu sehen ist und die das Anliegen des Bürgerprotests wirksam unterstützte.

Im Ergebnis dieser Aktivitäten wurde erreicht, daß der Ausschuß der Bezirksverordnetenversammlung zur Straßenumbenennung in Lichtenberg den Entschluß faßte, Straßenbezeichnungen mit Namen von Antifaschisten, die vor 1949 starben, zu erhalten.

Gegenwärtig werden Anstrengungen unternommen, um schon erfolgte Umbenennungen von Schulen, die Namen der Widerstandskämpfer hatten, rückgängig zu machen. Dabei gibt es einen ersten Erfolg: Am 16.2.1993 erhält die Schule in der Schulze-Boysen-Straße den Namen „Mildred Harnack“ zurück.

Erfolgreich wurde auch der Versuch verhindert, eine Schulze-Boysen-Eh-

rentafel vor der ehemaligen 33. Oberschule zu beseitigen. Der Abriß der Mauer mit der Ehrentafel, der von irgendjemandem im Bezirksamt angeordnet und schon eingeleitet worden war, wurde gestoppt. Bürger des Kiezes, Schüler dieser Schule unterbanden den Abriß und erreichten die Beseitigung entstandener Schäden. Bezeichnenderweise fand sich niemand, der die Verantwortung für die Anweisung zum Abriß gegeben hatte.

Die Bürgerinitiative unterstützt mit einer Reihe von Veranstaltungen ihr Anliegen zur Erhaltung der Straßennamen. Dem Gedenken an die Kämpfer der „Roten Kapelle“ diente ein Gesprächsforum mit Hans Voelkner, dem Autor des Buches „Salto Mortale“ (siehe Nr. 1/93 Politische Berichte). Anlässlich des 50. Jahrestages der Hinrichtung

Industriestandort Berlin — was will der Senat?

Noch vor einem Jahr war der Industriestandort Berlin kein Thema für fast alle Berliner Spitzenpolitiker.

Europäische Dienstleistungsmetropole hieß die politische Zielstellung für die 90er Jahre. Die Entscheidung des Bundestages, den Regierungssitz in die neue deutsche Hauptstadt zu verlegen, gab dieser Planung noch einmal kräftig Aufwind. Es war deshalb wenig verwunderlich, daß der Einsatz für den Erhalt von Industrieunternehmen seitens der Landesregierung — wenn überhaupt — nur halbherzig durchgeführt wurde.

Im Westteil Berlins wurde die strukturelle und Wettbewerbsschwäche der Westberliner Industrie (verlängerte Werkbank) durch den einigungsbedingten Boom kaschiert, trat erst wieder 1992 deutlich hervor. Die Industriepolitik des Senats hieß deshalb in erster Linie Verlangsamung des Abbaus der Bundeshilfe.

Im Ostteil Berlins sank die Zahl der Industriearbeitsplätze von ca. 19000 Ende 1989 auf ca. 50000 Ende 1992. Eine nochmalige Halbierung dieser Zahl 1992/93 ist nicht ausgeschlossen. Diese Reduzierung hängt in erster Linie mit dem Verzicht der Bundesregierung auf eine aktive Sanierungsarbeit durch die Treuhandanstalt zusammen. Allerdings hat die Bewertung von Entwicklungsperspektiven Berlins durch den Senat ebenfalls Anteil an dieser negativen Entwicklung.

Die nahezu ausschließliche Orientierung auf die Dienstleistungen, als wirtschaftliche Grundlage Berlins, stärkten

den Druck zur Umnutzung von bisherigen Industrieflächen, trieben die Grundstückspreise in die Höhe, die eine intensive Nutzung der Fläche durch Büro- bzw. großflächigen Handel verlangten.

Inzwischen sollen 12 Mio m² Bürofläche in Berlin in Planung sein. Nicht zu erkennen sind die Bedarfsträger für ein solches Flächenangebot. Nach dem spektakulären Verkauf des Potsdamer Platzes an Daimler-Benz und Sony haben sich die Hoffnungen auf die Ansiedlung von Unternehmenszentralen nicht erfüllt. Die Verzögerungen des Umzugs der Bundesregierung tun das ihrige für deren Abstinent. So sprechen Schätzungen nur von einem Bedarf von maximal 5 bis 6 Mio m² Bürofläche. Trotzdem ist der Druck des Grundstücksmarktes auf die Industrieflächen nicht gebrochen.

Die Vergrößerung des Flächenangebotes durch Treuhandverkäufe und Klärung von Eigentumsrechten haben zwar den Boom bei den Grundstückspreisen beendet, ein deutliches Absinken der Preise ist jedoch nicht zu beobachten.

Mittlerweile ist eine Neubewertung der Entwicklungsperspektiven Berlins im Senat festzustellen.

Ohne ausreichend industrielles Fundament wird es keine Dienstleistungsmetropole geben, deshalb muß Wirtschaftspolitik in Berlin vor allem Industriepolitik sein. Es ist zwar zweifelhaft,

ob diese Aussage auf ungeteilte Zustimmung im Senat trifft, dennoch hat dieser einige Entscheidungen getroffen, die auf die Sicherung des Industriestandortes abzielen. Dazu gehört insbesondere der

Ausweis von 21 Arealen in Berlin, die auch künftig von verarbeitendem Gewerbe genutzt werden sollen und für die sich der Wirtschaftsminister eine Entscheidung über eine beabsichtigte Nutzung vorbehält. Diese Entscheidung wird ihre Wirkung auf die Preise der entsprechenden Grundstücke und damit auf einen wichtigen Faktor der Standortentscheidung haben. Voraussetzung dafür ist jedoch die Glaubwürdigkeit des Senats hinsichtlich der Grundstückspolitik. Das langsame Tempo des Aufbaus der Berliner Landesentwicklungsgesellschaft, die für die Aufbereitung bisher industriell genutzter Gewerbegebäuden, insbesondere aber für die Bereitstellung zusätzlicher Industrieflächen zuständig sein soll, läßt diesbezüglich Zweifel auftreten.

Die Flächenvorsorge wird jedoch in keiner Weise ausreichen, um die Deindustrialisierung zu beenden und eine moderne Industriestruktur zu befördern. Die vorhandenen wichtigen Standortfaktoren — Bereitstellung nahezu aller für moderne Industrie notwendigen Qualifikationen, die Motiviertheit und Qualifikation der Arbeitnehmer in den Ostbezirken und im Umland; die Forschungsinfrastruktur und das kulturelle Umfeld — unterliegen einem Erosionsprozeß.

Durch die Abwanderung qualifizierter Arbeitnehmer in die westlichen Bundesländer, den Abbau der Industrieforschung im Osten Berlins und dem drastischen Bedeutungsverlust der Industrie hat Berlin an Potenz für die Schaffung

eines modernen industriellen Fundaments verloren. Dies ist gegenwärtig nicht durch ein verbessertes Standortmarketing, die oben genannte Grundstückspolitik und nicht durch infrastrukturelle Maßnahmen auszugleichen. Es bedarf insbesondere einer Modernisierungspolitik für die noch vorhandene industrielle Substanz. Auch diesbezüglich hat es seitens des Senats verschiedene Aktivitäten gegeben. Die Forderung der Treuhandanstalt zur Bildung einer eigenständigen Sanierungseinheit wurde ohne größeres politisches Engagement vorgetragen. Berlin hat der Treuhandanstalt die Einspeisung von beträchtlichen Teilen der zur Verfügung stehenden GA-Mittel in einen Investitionspool zur Sanierung von Treuhandunternehmen zugesagt. Aber auch das schien mehr ein auf Öffentlichkeit ziellendes Angebot zu sein, das sich aus fehlenden Verwendungsmöglichkeiten der GA-Mittel ergab. Die Bildung einer landeseigenen Sanierungsgesellschaft stand nie zur Debatte. Allerdings ist schon die Präferierung der Sanierung und die Forderung nach Abkehr vom Vorrang der Privatisierung bemerkenswert.

Die interessanteste industriepolitische Aktivität vollzieht sich gegenwärtig im Spreeknie in Köpenick, in einem ca. 80 ha großen Industriegebiet. Hier soll eine integrierte Standortentwicklung (ISE) erfolgen. Eine Teilfläche wird vom Land Berlin gekauft, die Fläche wird saniert und neu geplant. Eine gezielte Ansiedlungspolitik soll eine hohe Wertschöpfung garantieren. Allerdings bleibt bei diesem Modell die Frage nach der Effizienz gegenüber traditionellen Wegen. Fragen nach dem Zweck des Unternehmens ergeben sich insbesondere nach der Ankündigung des bisherigen Leiters der Treuhandanstalt in Berlin in der *Berliner Zeitung*, nach seinem Auscheiden aus der Treuhandanstalt eine

private Unternehmensberatung zu gründen, die diese ISE umsetzen wird.

Auch wenn die Annahme positiver Effekte dieses Modells zutrifft, es löst sich nicht vom traditionell beschränkten Verständnis der Wirtschaftspolitik als Subventions- und Grundstückspolitik. Daneben bleiben allerdings Felder wirtschaftlichen Handels, die schwach besetzt sind, die jedoch die wahrscheinlich größten Effektivitätsreserven beinhalten. In Berlin sind die regionalen Kooperationen auf einem äußerst geringen Niveau, verglichen mit anderen urbanen Agglomerationen. Das hat zweifellos aber nicht nur mit dem Fehlen eines die Verflechtungen bestimmenden Unternehmens (Automobil etc.) in Berlin oder im Umland zu tun. Die Förderung dieser Kooperationen ist eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Reserven, könnte dem wirtschaftlich/industriellen Strukturwandel wichtige Impulse geben und wäre ein entscheidender Bestandteil einer Modernisierungspolitik, die am Bestand ansetzt und nicht bloße Hoffnung auf die Anziehungskraft des Regierungssitzes ist.

Eine zweite Linie unternehmensbezogener Modernisierungspolitik wird gegenwärtig auf der Grundlage eines auf zehn Jahre angelegten Technologieprogramms (FIT Berlin 2001) mit Schwerpunkten in Ostberlin versucht umzusetzen. Das angebotsorientierte Programm krankt allerdings wie schon die mittelstandsbezogene Industriepolitik in Westberlin vor der Vereinigung an der Nachfrage nach Innovation.

Mit zeitlich begrenzten und degressiv gestalteten Anschubfinanzierungen für Forschungsgesellschaften und ähnlich gestalteten Programmen wird es deshalb nicht gelingen. Sinn ergibt dies nur in Verbindung mit einer Sanierungskonzeption für die noch vorhandenen Treuhandunternehmen. — (W.F.)

Metalltarifverträge in Berlin und Brandenburg akut gefährdet?

Bereits für den 14. Januar hatten die Arbeitgeber die IG Metall zu den ersten Gesprächen über eine mögliche Revision des Lohntarifvertrages für das Tarifgebiet 2 (Ostberlin und Brandenburg) zitiert. Die für den 1. April vorgesehene Erhöhung der Löhne und Gehälter um 26 % auf dann 70 % des Westtarifs soll unterbleiben. Gleichfalls verlangen die Kapitalistenvertreter eine Revision der vereinbarten Inkraftsetzung der 36-Stundenwoche ab 1. April für das Tarifgebiet 1 (Westberlin). Neuerdings sprechen sich Vertreter des Verbandes dafür aus, die Arbeitszeitverkürzung zu gewähren, den vollen Lohnausgleich aber vorzuenthalten. Unverständlich haben sie bereits im Dezember angekündigt, im Falle der Nichteinigung mit der IG Metall den Vertrag zu brechen. Sie werden schlicht nicht zahlen. Was dann passiert, ist noch unklar. Laut Manfred Foede, dem 1. Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Berlin, werden dann Leistungsklagen

eingereicht. Vor allem aber bereite sich die IG Metall auf die Auseinandersetzung in vollem Umfang vor, so als wenn eine normale Tarifrunde ansteht. Das schließt die Möglichkeit des Streiks mit ein.

Die wirkliche Entscheidung ist in der Tat nicht von den Gerichten zu erwarten, sondern hängt wesentlich von dem Ergebnis der öffentlichen Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden ab. Die Kapitalisten wöhnen sich aufgrund der veröffentlichten Daten über die Wirtschaftsentwicklung im Vorteil. Vor allem die Tatsache, daß in den ostdeutschen Tarifgebieten mehr und mehr Unternehmen die Verbände verlassen, um nicht mehr tarifgebunden zu sein, spreche für eine „Korrektur der abgeschlossenen Verträge“.

Genauer betrachtet lassen die Stellungnahmen der Kapitalisten allerdings auf folgendes schließen: Nicht in erster Linie die Lohnhöhe stört, sondern der mangelnde innerbetriebliche Spielraum

zur Gestaltung der Lohn- und Gehalts hierarchie. Der Spielraum vor allem in Ostdeutschland ist eingeengt durch den geringen Abstand zwischen Tariflohn und Effektivlohn. Die von der IG Metall ausgehandelten Tarife schlagen voll auf die effektiven Einkommen durch. Eigentlich eine glänzende Lage für gewerkschaftliche Tarifpolitik.

Die gegenwärtige Diskussion in den Gewerkschaften allerdings droht sich zu entwickeln in Richtung der Mobilisierung für die sattsam bekannten Rituale bei Tarifverhandlungen. Ob Tarifabschlüsse konkret regional und betrieblich zu verantworten wären etwa im Zusammenhang der Erfüllung gewerkschaftlicher Vorbedingungen für die Menschen in der Region und die Beschäftigten eines bestimmten Betriebes, bleibt undisputiert. Stattdessen droht, daß die wirklichen Entscheidungen bei Gelegenheit der berüchtigten Kamingespräche mit dem Bundeskanzler über den sogenannten Solidarpakt fallen. — (br)



Häuser in Berlin hat sich die Lage für viele Mieter drastisch verschlechtert. Gründe hierfür sind, daß Frey, in Berlin vertreten durch seine Frau Regine, die Mieten um bis zu 300 % erhöht hat. Frey läßt nichts unversucht, um aus der Wohnungsnot widerrechtlich Kapital zu schlagen.

Ein Beispiel hierfür ist seine Aktivität in der Brahestraße 38, wo er ein Miets haus erwarb. Beim Kauf des Hauses schloß er mit dem Eigentümer einen Vertrag ab, in dem vereinbart war, daß er (der Eigentümer) 10 Jahre lang die Büroräume gegen 3000 DM Entgelt weiterhin nutzen darf. Doch Frey sah sich daran nicht gebunden und verlangte fortan 6000 DM monatlich. Der Betroffene zog jedoch vor Gericht und bekam in allen Punkten Recht.

Das Unternehmen Frey hat auch keine Skrupel, kaputte Fensterscheiben, die repariert wurden, als „Wohnwertverbesserung“ zu deklarieren und in der Folge auf die Miete umzulegen.

Festzuhalten bleibt, daß er nichts unversucht läßt, die Menschen einzuschüchtern, um sie dann in letzter Konsequenz auszuteufen zu können.

Doch inzwischen hat sich ein „Frey-Komitee“ gegründet. Es besteht aus ca. 50 betroffenen Mieterinnen der Frey-Häuser. Das Komitee hat sich zur Aufgabe

gemacht, sämtliche Frey-Mieter mit Informationen über die unmenschlichen und widerrechtlichen Praktiken des Vermieters zu unterrichten. Gleichzeitig sollen auch Gegenstrategien entwickelt werden.

Eine weitere faschistische Größe auf dem Wohnungsbau- und Immobilienmarkt ist der Bundesvorsitzende der „Deutschen Liga“, Kendzia. Sein Unternehmen nennt sich Kendzia & Partner, Vermittlungs- und Betreuungs-GmbH. Das Unternehmen wirbt mit einer breit angelegten Angebotspalette. Sie reicht von der Klärung von Eigentumsfragen bis hin zur Wertermittlung von Gebäuden und Grundstücken. Ein Rundum-Dienstleistungsunternehmen, wie aus einer Anzeige in der rechtsradikalen „Jungen Freiheit“ zu entnehmen ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß es ein weitverzweigtes Netz von Geschäftsmachern gibt, das tief in die rechte politische Ecke reicht, wie schon ein Sprecher des BMV (Berliner Mieterverein) sagte. Forderungen, die aus diesem Tatbestand heraus erwachsen, können nur dahin gehen, daß Menschen von solcher Couleur enteignet werden.

Quellenhinweis: die tageszeitung vom 9.5.92, Mietermagazin Nr. 7/8-92, Berliner Zeitung vom 4. II. 92, Junge Freiheit Nr. 9/92. — (pag)

Dubiose Machenschaften auf dem Berliner Immobilienmarkt

Immer mehr führende Rechtsradikale fassen auf dem Berliner Wohnungsbau- und Immobilienmarkt Fuß. Die bislang bekanntesten „Größen“ sind hierbei der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey, der Bundesvorsitzende der Deutschen Liga Kendzia sowie der Ex-Republikaner und jetzige Anhänger der Deutschen Liga, Carsten Pagel. Letzgenannter versucht sich unlängst als Wohnungsmittler.

Im Sommer dieses Jahres trafen sich 4 Männer und 4 Frauen in der Grunewaldstraße 36/37 in den Räumen der Firma WOCT, um einen Verein mit dem Namen „Erster Gesamtberliner Mieterverband“ zu gründen. Sinn und Zweck sei es, die „Wahrnehmung der Berliner Mieter zu vertreten“, so war es in der Satzung zu lesen.

Das Amtsgericht Charlottenburg wies jedoch die geplante Eintragung in das Handelsregister ab. Hintergrund der Ablehnung war, daß Gründungsmitglieder wie Dietmar Lorber und Wolfgang Martinez mit ihrer Firma IDANA

GmbH mit Sitz in der Köpenickerstr. 55 Wohnungen der städtischen Wohnungsbau- und Immobiliengesellschaft Mitte für illegale Abstandsumsätze von bis zu 5000 DM verschoben haben.

Seit geraumer Zeit ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen das Unternehmen und deren Betreiber wegen des dringenden Verdachts auf Betrug, Nötigung und Bedrohung.

Wie stark vernetzt bzw. verwoben die drei Firmen WOCT, IDANA GmbH und EGM miteinander sind, zeigt schon allein die Tatsache, daß sämtliche Insolvenz, in denen Wohnungssuchende angebrochen werden sollen, Wortlaut:

„Biete ständige Mietwohnung“, von der Firma WOCT abgewickelt wurden. Dabei ist auffällig, wie ungehindert er seine faschistische und rassistische Ideologie betreiben kann. Wie ein roter (bzw. brauner) Faden zieht sich seine Propaganda, bis hin zu „ausländerfreien“ Mietshäusern. Doch damit nicht genug. Mit dem Erwerb verschiedenster

Nach Aussagen von Frau Breuel, der Chefin der Treuhandanstalt (THA), wird die 1990 gegründete THA bis Ende 1994 einen Schuldenberg von 250 Milliarden DM aufgehäuft haben. Um sich derart zu verschulden, wird die THA dann gerade einmal gut vier Jahre benötigt haben.¹ Bevor wir uns der Frage zuwenden, woher die Schulden der THA kommen, sei die Frage erlaubt:

Wo bleiben 250 Milliarden DM?

Bei den Werktäglichen im Westen? Vom „DDR-Boom“ in den Jahren 1990/91 ist die Erinnerung an Sonderschichten, Überstunden und die müden Knochen geblieben. Was mehr auf dem Lohnzettel war, wurde von den Steuererhöhungen, vom „Solidaritätsbeitrag“, von den Beitragserhöhungen zur Arbeitslosenversicherung, von den Preissteigerungen weggefressen, von den Zinsen für Dispo- und Ratenkredit. Im Juni 1991 wurde ein denkwürdiger Rekord erreicht: Die Bundesanstalt für Arbeit(slosigkeit) zählte mit 1593 000 Erwerbslosen einen langjährigen Tiefstand der offiziellen Arbeitslosigkeit (zu der noch einmal — nur im Westen nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung — eine sog. „stille Reserve“ in fast gleicher Höhe zu zählen wäre). Doch selbst dieser traurige Rekord ist schon wieder in schier unerreichbare Ferne gerückt. Inzwischen zählt der Westen wieder 1,8 Millionen Erwerbslose. Steuerentlastung für die Unternehmer, Steuererhöhungen für die Werktäglichen, Griff in die Sozialkassen, Karentzage, 40-Stunden-Woche, Lohnverzicht und Ankündigung massiver Entlassungen sind die aggressiv vorgebrachten Rezepte der Kapitalsseite.² Von der politischen Offensive ganz zu schweigen, die unter der Fahne von Asylrechtsänderung und Blauhelmeinsätzen die letzten Spuren der letzten Niederlage des deutschen Faschismus tilgen will.

Wo ist das Geld geblieben?

Bei den Werktäglichen im Osten? Die Notgroschen, die die Arbeitslosen, Kurzarbeiter, Sozialhilfeempfänger, Rentner in der ehemaligen DDR bekommen, stammen bekanntermaßen nicht aus dem Topf der THA.

Bei denen, die noch in Treuhand-Betrieben arbeiten? Immerhin die Löhne der dort noch verbliebenen Arbeiter garantieren die THA. Und die Löhne werden aus dem laufenden Geschäft bezahlt; denn ist das nicht der Fall, werden die Kollegen auf Kurzarbeit gesetzt und fallen damit aus dem Budget der Treuhand. Die Löhne erreichen 50-60 % des Westniveaus, und alle Werktäglichen sind konfrontiert mit Preissteigerungen, die nach offiziellen Angaben³ im Oktober 1991 + 22,2 % im Vergleich zum Vorjahresmonat, im August 1992 (also noch vor der verordneten Mietenexplosion) + 12,9 % ausmachten.

Die THA hat es geschafft, daß von den ehemals 4,2 Millionen Arbeitsplätzen in der Industrie der DDR im Mai 1992 noch 1,2 Millionen (Angaben für verarbeitendes Gewerbe und Bauhauptgewerbe lt. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank vom Oktober 1992) übrig waren. Nach aktuelleren Angaben sind es im Juli 1992 nur noch 907 000 (FAZ, 25.9.92).

Da sind auch die gezählt, die nicht mehr im Reich der THA sind und schon bei neuen Inhabern arbeiten. Die Zahl der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter, der Personen in beruflicher Weiterbildung, der Beschäftigten in ABM und der Bezieher von Altersübergangsgeld addiert sich nach offiziellen Angaben im September 1992 auf beinahe 2,8 Millionen Menschen.

Bei den Werktäglichen in Ost und West sind die 250 Milliarden Schulden der THA also offenbar nicht geblieben. Im Gegenteil: 250 Milliarden im Osten für die Schließung von Betrieben, von Ausbildungsstätten, von Werksskaninen, Werksbibliotheken, Werkskinderkrippen usw., für die Entlassung von Arbeitskräften. Und für eine Verschärfung des konomischen und politischen Drucks auf alle Werktäglichen in Ost und West.

38 Prozent für den „Zinsendienst“

Wo also ist das Geld geblieben? Allein für 1993 plant die THA Ausgaben von 41,3 Mrd. DM (denen geplante Einnah-

Woher kommen die Schulden der Treuhand?

men von 11,3 Mrd. aus Betriebsverkäufen gegenüberstehen). B. Breuel gibt an, daß 26,1 Mrd. für das „operative Geschäft“ und allein 15,7 Mrd. (= 38 %) für den Zinsendienst verwendet werden. (Handelsblatt, 1. 10. 92)

Operatives Geschäft — das ist die Tätigkeit, die Betriebe herzurichten für den potentiellen Westkapitalisten, um ihm einen Betrieb zu überreichen, frei von überzähligen Arbeitskräften, frei von Schulden, frei von Umweltschäden. Operatives Geschäft ist auch die Dekoration der Kosten für die Tätigkeit der THA selbst. Rohwedder bekannte einmal, bei seinem Job auf ein Jahresgehalt von DM 800 000 zu kommen.

Breuel wird es auch nicht billiger machen. Dazu kommt auch die Alimentierung von Beraterfirmen, deren Tarife zwischen 2000 und 3000 DM pro Mann/Frau und Tag liegen.

An dem Posten „Zinsendienst“ läßt sich mehr verdeutlichen, als nur „wo ist das Geld geblieben“. Er spiegelt in gewissem Umfang den klassenmäßigen Gehalt der THA, ja der Einverleibung der DDR wider.

Es ist zunächst eine einfache Feststellung: Wo ein Schuldner, da ein Gläubiger. Kredit wird in der Regel bei den Banken aufgenommen.

Während sich in den 80er Jahren das Geschäftsvolumen der Banken im Maximum um 200 Milliarden DM/Jahr ausweitete, hat sich laut Bundesbank ihr Geschäftsvolumen 1990 gegenüber 1989 um 966 Milliarden DM erhöht! 1991 gegenüber 1990 nochmal + 330 Milliarden.

Nahmen die Kredite in den 80er Jahren gewöhnlich um 100 Mrd./Jahr zu, waren es 1990 gegenüber 1989 + 223

Milliarden, sich die entscheidenden Stücke aus dem Finanzsystem der DDR herauszuschneiden — noch vor der Währungsunion, noch vor dem „Einigungsvertrag“.⁴

Der westdeutsche Staat war schon vor 1989 zu mehr als 80 % der Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von damals knapp 1 Billion DM an die Finanzinstitute aus Bank und Versicherung verschuldet. Und in den Aufsichtsräten der Großbanken und Versicherungen wiederum sitzen die Vertreter der größten westdeutschen Industrie- und Handelskonzerne, so wie wir sie auch im Verwaltungsrat der THA wiederfinden. Die Herren der aus der Verschmelzung von Finanzwelt und Industrie- und Handelsmonopolen hervorgegangenen Finanzoligarchie sind — unter Benutzung des Staatsapparats — die Gewinner an den THA-Schulden.

Während die Treuhand seit 1990 Handel und Industrie in der ehemaligen DDR abwickelte, eroberten westdeutsche Industrie- und Handelskonzerne die DDR als Absatzmarkt und machten Superprosite.

Ursprung und Ursachen der Schulden

Bisher lief unsere Argumentation nur entlang der 250 Mrd. DM THA-Schulden. Das Fakt, daß sich die THA verschulden muß und mußte, wurde zu nächst nur festgehalten.

Aber war da nicht einmal die Rede davon, erst, daß das DDR-Vermögen 900, dann 600 Mrd. DM betrage?⁵ Und jetzt sollen es auf einmal nur Schulden gewe-

sen eine Grundforderung der katholischen Soziellehre, die einmal mehr ihren Nutzen für das Einseifen der Massen unter Beweis stellte. Die Rasur ließ nicht lange auf sich warten.

Mit dem Tag der Währungsunion⁶ wurden praktisch alle DDR-Betriebe in den Bankrott getrieben. Mit der Umstellung der Preise im Verhältnis 1:1 kostete eine Ware statt z.B. 1000 Mark jetzt 1000 DM.

De facto verteuerten sich damit die DDR-Waren gegenüber den RGW-Ländern um etwa das Fünffache (wenn man den noch 1988 im Westen gehaltenen Kurs von 5 Mark = 1 DM zugrundelegt).⁷ Damit wurden die Betriebe aus dem Geflecht des RGW-Marktes herausgerissen. Damit brachen die traditionellen Märkte großteils weg.⁸

Ausgerechnet also bei den Preisen wurde 1:1 umgestellt, weil sie offenbar wußten und wollten, daß die DDR-Industrie ruinieren würde.⁹ Freilich auch bei den Löhnen. Aber die waren auf 30-40 % des Westniveaus. Und dieses „Problem“ wurde gezielt in Angriff genommen: durch die systematischen Preiserhöhungen und schließlich durch die Umstellung der DDR-Werktäglichen auf Empfänger von Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld, von Sozialhilfe. Der Umstellungskurs von 1:1,83 für die Spargroschen war angesichts dessen die krämerhafte Berechnung einer schäbigen Abfindung der Werktäglichen für den Verlust des Anspruchs auf den Besitz der Produktionsmittel. Die Betriebe waren dank eines Kommandos aus Bonn „marode“ gemacht worden. (Man stelle sich nur einmal vor, in der BRD würde einer den Betrieben befahlen, ihre Waren um das Fünffache zu

entfielen die Staatsaufträge für Siemens, MBB, Krauss-Maffei — wie „marode“ würden sie dastehen!)

Die DDR-Betriebe waren mit dem 1. Juli 1990 alle reif gemacht für den Konkurs. Und in der Welt derer von Soll und Haben soll die Abwicklung der Geschichte eines Teils des deutschen Volks als Konkursabwicklung erscheinen. Es wäre jedoch völlig verfehlt, sich von ihnen aufs ökonomistische Glatteis führen zu lassen.

Die weit überwiegende Zahl der Länder dieser Welt hatte und hat eine geringere Produktivität als die ehemalige DDR, ohne daß mit einem Schlag über alle Betriebe der Konkurs verhängt würde. Die Form des Konkurses, die Form der Treuhand-Anstalt selbst sind Ausdruck der Besonderheit des deutschen Imperialismus und seiner besonderen Aggressivität.

Mit der Form des Konkurses krönten die erklärten Rechtsnachfolger des Dritten Reichs die Revision der Ergebnisse des 2. Weltkriegs. Die DDR als Ergebnis und „real existierender“ Ausdruck des Siegs der antifaschistischen Kräfte galt es als Bankrott vorzuführen. Die Vorstellung eines Deutschlands ohne Imperialismus, ohne Junker und Monopoliherren sollte als Konkurs vorgeführt werden, die Möglichkeit der Aneignung der Produktions- und damit Lebensmittel durch das schaffende Volk als allemal ruinös gebrandmarkt werden. Die Kräfte, die Deutschland zweimal in Trümmer verwandelt hatten, präsentierten sich als „Treuhand“ der Nation.¹¹

Wie plötzlich die Arbeit von drei Generationen „wertlos“ wird

Den Konkurs einmal gegeben, ist die Entwicklung der THA-Schulden eine quantitative Frage. Einmal ist da die Entwertung des Vermögens der Betriebe. „Über die Bestimmungsgrößen der Kapazitäten in der ehemaligen DDR, also den Sachkapitalbestand, das Arbeitsvolumen und die Produktivität, liegen aber bloß rudimentäre Informationen vor. Das kann auch gar nicht anders sein, denn die meisten Wirtschaftsgüter sind einer eher radikalen Umwertung, zumeist einer drastischen Entwertung zu unterziehen, weil nach Systemwechsel, nach Strukturbruch und nach Öffnung zur ganzen Welt kein Produkt und kein Produktionsverfahren, kein Produktionsmittel und kein Verteilungsapparat mehr paßt und deshalb schnell und abschließend technisch und betriebswirtschaftlich bewertet werden kann.“ So Prof. Dr. Reimut Jochimsen, Präsident der Landeszentralbank NRW in einer Rede an der Ruhr-Universität Bochum vom 29.1.92.

Der Kapitalismus vernichtet Waren, die nicht verkauft werden, und damit die Arbeit, die in ihnen steckt, als nutzlose Arbeit. In jeder Krise kommt diese Barbarei zum Vorschein. Fabriken stehen still, Arbeiter liegen auf der Straße, Waren stapeln sich unverkäuflich auf Lager, Halle oder Parkplatz. Der bewußtlose Mechanismus der Krise bereinigt den Überfluß, die Überproduktion, und führt die Entwicklung der Produktivkräfte in zerstörerischer Weise wieder auf das ärmliche Maß der zahlungsfähigen Nachfrage zurück. Insofern zeigt die treuhänderische Verwaltung einmal mehr, daß das Kapital auf der Grundlage der Bereicherung der Einzelkapitalisten zwar zur schrankenlosen Expansion gezwungen ist, aber in dieser Expansion bereits die Schranken mitproduziert: die Ausbeutung der Arbeiter und die Armut der Massen.

Die Besonderheit liegt darin, daß mit dem 1. Juli 1990 das gesamte Vermögen der DDR eben nicht im „bewußtlosen Mechanismus“ des Kapitalismus entwertet wurde, sondern sehr bewußt von den Kommandanten des Finanzkapitals und ihren Bonner Herolden als entwertet erklärt wurde, als nutzlose Arbeit dreier Generationen. Ein Preis wurde ihm erst „technisch und betriebswirtschaftlich“ zugemessen, weniger durch die Bewertungsverfahren der Wirtschaftsprüfer als durch die Konkurrenz der Kapitalisten um Teile der Beute. Da die ausländischen Kapitalisten faktisch ausgeschlossen waren und die westdeutsche Wirtschaft bekanntlich hochorganisiert und hochkartelliert ist, hielt sich die Konkurrenz in Grenzen. Zudem wirkte die THA selbst als Monopolorganisation und als Organisation für das Monopolkapital, so daß die DDR-Wirtschaft was die großen Brocken angeht — Niedrigpreisen eher verteilt als ver-



Birgit Breuel, Tochter aus gutem Haus, ehem. niedersächsische Wirtschaftsministerin. Die Entlassungen bei Hanomag bringt sie als Qualifikation ein. Die entschiedene Subventionsgegnerin Breuel sorgte für kräftige Subventionen an den Eigentümer, den später als Wirtschaftskriminellen verurteilten Esch. Zufällig war die Bank ihres Vaters Münchmeyer, die SMH-Bank als damals größte Privatbank der BRD, als Hauptgläubiger bei Esch engagiert. Mit Esch ging auch die SMH-Bank in Konkurs. SMH steht übrigens für Schröder, Münchmeyer und Hengst. Die Rolle des Baron Kurt von Schröder, einer der Angeklagten bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, bei der Machtübertragung an Hitler durch das deutsche Finanzkapital, kann nachgelesen werden bei E. Carlebach, Hitler war kein Betriebsunfall und bei K. Gossweiler, Großbanken, Monopole, Staat, S. 352 ff.

und im darauffolgenden Jahr + 287 Milliarden DM.

Nun geben die Banken keine Kredite aus Nächstenliebe und an „marode“ Unternehmen schon gar nicht. Die THA ist jedoch ein erstklassiger Schuldner. Die Kredite werden hochverzinst und sind durch den obersten Dienstherrn der THA, das Bundesfinanzministerium in Bonn, allemal verbürgt. Schnelle Mark ohne Risiko.

Die Bilanzen der Großbanken geben einen Eindruck — wenn auch aufgrund der Praxis des Gewinnversteckens nur einen schwachen — von dem Fischzug, den die Einverleibung der DDR für das westdeutsche Finanzkapital darstellte. Es blieb der Deutschen Bank und mit entsprechend niedrigerem Anteil der Dresdner Bank und der Allianz vorbe-

sen sein? Um auf den Ursprung und die Ursachen für die Entwicklung der THA-Schulden zu kommen, müssen wir zwei Jahre zurückgehen.

Der 1. Juli 1990 und seine Folgen

Die THA war noch unter der DDR-Regierung Modrow geschaffen worden. Der Staat trennte sich von den Volks-eigenen Betrieben (VEB). Im Rahmen der Treuhandanstalt sollten die VEB in Betriebe bürgerlichen Rechts überführt werden mit der Perspektive, die Bürger der DDR unmittelbar daran zu beteiligen. Ein Volk von Eigentümern am Produktivvermögen jenseits von Sozialismus und Kapitalismus — im übrigen

verteuern!)

Um notdürftig weiter arbeiten zu können, mußten die DDR-Betriebe um Kredite nachsuchen bei der Treuhand. Die DDR-Betriebe stellten also brav ihre Kreditanträge. Von Waigel aber kam die Anweisung, nur 41 % der beantragten Kredite zu verbürgen. Das kam einem faktischen Produktionsverbot gleich. In wenigen Monaten bis Frühjahr 1991 sank die Produktion in der ehemaligen DDR um 50 %. Handelsschranken gegenüber der BRD waren vorher schon größtenteils gefallen, Subventionen, Staatsaufträge für DDR-Betriebe entfielen spätestens ab Oktober 1990. (Man stelle sich vor, Handelsschranken und Subventionen entfielen innerhalb eines halben Jahres z.B. für Stahl, Kohle, Werften, für die Landwirtschaft oder es

Soweit die Einnahmeseite der THA. Die Ausgabenseite wird durch „operatives Geschäft“ und „Zinsendienst“ bestimmt. Aus dem operativen Geschäft entstehen Verluste aus den oben genannten Gründen. Die Treuhand gibt Überbrückungskredite dann, wenn vertragliche Verpflichtungen noch vorliegen, wenn das Herrichten für einen potentiellen Käufer noch nicht abgeschlossen ist oder wenn öffentlicher Druck eine schnelle Schließung nicht opportun erscheint lässt. Zugute kommen diese Schulden weniger den „Arbeitslosen auf Abruf“ als den potentiellen Käufern und den Banken. Als Absfallprodukt sollte dabei anfallen, daß die Werktautigen dazu erzogen werden, den Besitz eines Arbeitsplatzes als höchsten Fetisch anzuerkennen — und so auf „Westniveau“ gehoben werden.

Die „Altlast“ von 80 Milliarden DM

Bei den Schulden der THA spielt schließlich noch die „Altlast“ eine erhebliche Rolle.

Bis 1989 gab es in der Regel nur einen Gläubiger für die DDR-Betriebe: den Staat, formell vertreten durch die Kreditbank. In der DDR, innerhalb des Staatssektors, waren die Schulden der Betriebe weitgehend eine Verrechnungsgröße, der die Investitionen gegenüberstanden, also die in Geld bewerteten Zuweisungen an Produktionsmitteln. Sie waren im Prinzip durch die Abschreibungen abzutragen. Mit der Währungsumstellung und der neuen Rolle der THA erhielten die Schulden jedoch einen völlig veränderten Stellenwert. Mit der auf Druck aus Bonn (unterstützt durch die „Dritte-Weg-Fraktion“ der Runde-Tisch-Regierung unter Modrow) durchgeführten Enteignung des DDR-Staates gingen die Forderungen des

Staates an die Betriebe auch materiell an die Kreditbank über. Und die hatte sich die Deutsche Bank bald nach der Einsetzung der de Maizière-Regierung (März/April 1990) angeeignet.

Mit der erzwungenen Zahlungsunfähigkeit der Betriebe nach dem 1.7.1990 beliefen sich die Nettoforderungen der Kreditbank/Deutsche Bank an die Betriebe auf rd. 80 Mrd. DM (vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1990, S. 14 ff.).

Die Schulden waren jetzt keine Verrechnungsgröße mehr, sondern das materielle Band für die direkte Unterordnung der Betriebe unter die THA, die gerade damals umgewandelt und mit Vertrausleuten des westdeutschen Monopolkapitals durchsetzt wurde. Und mit der Unterordnung unter die THA war die Führung durch die Deutsche Bank gesichert. Mit diesem materiellen Faustpfand wurden einerseits alle Verständigungstendenzen von Kombinaten im Keim erstickt und andererseits der Druck erzeugt, um in kürzester Zeit den „Einigungsvertrag“ zu erzwingen, bei dem es gerade wegen des erklärten Konkurses und aufgrund der durch die Schulden repräsentierten Machtverhältnisse in den Betrieben nichts mehr zu verhandeln gab, sondern es nur noch das Diktat zu unterzeichnen galt.

Die Frage: Woher kommen die Schulden der Treuhand? hat zum Kern der Sache geführt. Der größte Feind der deutschen Nation, der deutsche Imperialismus, hat diese Nation wiederhergestellt. Sein aggressiver Charakter prägt die Form der Wiederherstellung der Nation. Da wächst nichts zusammen, da gedeiht keine Nation, da entsteht kein blühendes freies, einiges und demokratisches Deutschland. Da einverlebt sich der deutsche Imperialismus den von ihm einmal abgestoßenen Teil der Nation, um mit der Unterwerfung dieses einen Teils die gesamte Nation verstärkt unter

die Knute zu bringen. Die vollständige Unterwerfung der Werktautigen im Osten soll den Druck schaffen, um jeden Fortschritt — auch den, der im Westen in mehr als 40 Jahren von den Arbeitern und Antifaschisten erkämpft wurde — in Frage zu stellen und rückgängig zu machen.

Anmerkung: Nach Abschluß der Arbeiten zu diesem Beitrag veröffentlichte die THA die DM-Eröffnungsbilanz der DDR-Wirtschaft zum 1. Juli 1990. Nach zwei Jahren Bewertungstätigkeit waren von dem ursprünglichen Rohweddenschen 600 Mrd.-„Salat“ (s.o.) gerade noch 81 Mrd. DM an Anteilsbesitz der THA ausgewiesen, wohlgemerkt zum 1. Juli 1990! Nach einer Durchsicht des Materials zu dieser Bilanz ergibt sich im übrigen an den grundlegenden Aussagen kein Änderungsbedarf.

Fußnoten:

- 1) Zum Vergleich: Die Bundesbahn wies im Dezember 1989 einen Schuldenstand von DM 44 Milliarden aus — ein Betrag, für den die Bahn immerhin mehr als vierzig Jahre Zeit brauchte. Zum gleichen Termin hatten die Schulden aller öffentlichen Haushalte in der BRD, angehäuft in 40 Jahren, die an sich schon unvorstellbare Summe von DM 929 Milliarden erreicht. Und nun im Zeitraffer allein für die THA 250 Milliarden!
- 2) Und das bereits, wo die zyklische Wirtschaftskrise, die in den USA, Großbritannien und Italien schon seit 1990 eingetreten ist und in Deutschland nur durch das „Konjunkturprogramm DDR“ aufgehalten wurde, sich erst ankündigt. Wie werden sie erst geiern, wenn wirklich die Krise da ist!
- 3) vgl. *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank*, Ifsd. Ausgaben
- 4) Selbst der Chef der dritten Großbank, nach Deutscher Bank und Dresdner Bank, der Commerzbank-Chef Seipp, konnte damals nur noch lamentieren, „der Konkurrenz würde ein nicht akzeptabler und kaum aufholbarer Wettbewerbsvorteil eingeräumt.“ (*Spiegel* 28/90)
- 5) „Die Großbanken weiten ihr durchschnittliches Geschäftsvolumen 1991 mit 13,9% stärker aus als alle anderen Bankengruppen, wobei sich Sonderfaktoren (u.a. Fusionen mit Joint-ven-

ture-Banken in Ostdeutschland) sowie der weitere Ausbau des Filialnetzes in den neuen Bundesländern entsprechend ausgewirkt haben ... Ihnen Zinsüberschüß konnten die Großbanken um ein Fünftel — und damit noch mehr als alle anderen Bankengruppen — verbessern ... Während sich das Betriebsergebnis im Gleichschritt mit dem Geschäftsvolumen um 14% erhöhte, nahm der Jahresüberschüß vor Steuern mit 2 1/2% — wie schon 1990 — vergleichsweise schwach zu. Den Ausschlag hierfür gab offenbar eine hohe Risikovorsorge im Kreditgeschäft, insbesondere bei den Länderrisiken, mit denen die Großbanken auf das risikoreichere gewordene geschäftspolitische Umfeld, aber auch auf die gute Ertragslage reagierten.“ (a. o., August 1992, S. 36 f.) Ist es nicht charmant, wie die Bundesbanker die Steuerhinterziehung beschreiben und die Tatsache, daß sich die Großbanken auf dem Umweg über die ehemalige DDR die Mittel sichern, um bei der Aufteilung der ehemaligen RGW-Länder beherrschend eingreifen zu können? Für die Banken insgesamt lagen die Zinsentitäten 1989 bei 280,2 Mrd. DM, 1990 bei 339,7 und 1991 bei 395,4. (a. o., S. 32)

6) Noch im Herbst 1990: „Der ganze Salat ist etwa 600 Milliarden Mark wert“, sagt Treuhand-Chef Detlev Rohwedder über die DDR-Wirtschaft. (*Spiegel* 43/90)

7) „Übrigens war die Sache mit dem Begriff der „Währungsumstellung“ von Anfang an falsch bezeichnet, und wir werden mit dem Effekt dieser Fehltaufe in Europa immer aufs Neue konfrontiert. In Wahrheit ging es um die Erweiterung des Gelungsbereichs der D-Mark sowie unserer gesamten Wirtschafts- und Sozialordnung, was zugleich und auf einen Schlag den Fortfall des bisherigen Geldes der DDR, ja der gesamten Zentralplanwirtschaft voraussetzte.“ (Prof. Dr. Reiner Jochimsen, Präsident der Landeszentrallbank NRW, in einer Rede an der Ruhr-Universität Bochum vom 29.1.92, zitiert aus: Deutsche Bundesbank, *Auszüge aus Presseartikeln*, Nr. 16/1991, S. 2).

8) Richtig, was die Wirkung betrifft, erkennt das auch Herr Dr. Reiner König in einem Vortrag auf einer Präsentationsveranstaltung des Instituts der Wirtschaftsprüfer: „Während unter dem alten Regime für 100 DM Exporterlöse im Durchschnitt ungefähr 440 Mark der DDR aufgewendet werden mußten, mußte nun die gleiche Kostensumme in D-Mark beglichen werden. (Aus: *Kommunistische Arbeiter Zeitung* Nr. 236, November 1992, Herausgeber: Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD — Corgel)

Ökonomisch kam die Währungsumstellung einer riesigen realen Aufwertung der Ostmark gleich.“ (zit. nach Deutsche Bundesbank, *Auszüge aus Presseartikeln*, Nr. 26/92, S. 15)

9) Welcher Beitrag damit zur weiteren Destabilisierung insbes. der Sowjetunion geleistet wurde, für die Belieferung mit Maschinen und Erzeugnissen, sei hier nur angedeutet.

10) Daß man keinen Zweifel an den Folgen der Währungsumstellung haben konnte, wurde frühzeitig erkannt. Stellvertretend für viele Äußerungen aus dieser Zeit sei die britische Wirtschaftszeitung „Independent“ vom 2.4.1990 zitiert: „Wenn diese Schulden auf westdeutsche Mark umgestellt würden, gingen die meisten dieser Firmen bankrott, und die Last für Arbeitslosenunterstützung wäre sogar für ein Land untragbar, das so reich wie Westdeutschland ist.“ (zit. nach Dt. Bundesbank, *Auszüge aus Presseartikeln*, 28/90, S. 8)

11) Wie andere Nationen von deutschem „Treuhandertum“ schon einmal betroffen waren, sei hier nur angedeutet: „Die Haupttreuhandstelle Ost war eine Einrichtung der Vierjahresplanbehörden, die die annexierten osteuropäischen Gebiete für die deutsche Kriegswirtschaft ausplünderte ... Abgesehen von den im folgenden aufgeführten Beweisstücken existieren Dokumente, daß die Exportkreditbank AG in enger Anlehnung an die Deutsche Bank für die Haupttreuhandstelle Ost tätig war. Wir veranlaßten und überwachten im Auftrag der Haupttreuhandstelle Ost, Berlin, in einzelnen Ländern die Durchführung von Grundsatzprozessen zur Anerkennung der neuen Verhältnisse auf diesem Gebiet.“ Geschäftsbericht der Exportkreditbank AG über die ersten neun Monate des Geschäftsjahrs 1941.“ (s. Office of Military Government for Germany, United States, OMGUS, Ermittlungen gegen die Deutsche Bank 1946/47, überarbeitet und bearbeitet 1985, Nördlingen 1985, S. 510)

Bekannt ist auch das Wirken einer Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft, die dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Heinrich Himmler, unterstand. Sie spielte bei der Erarbeitung des „Generalplans Ost“ der SS (vgl. B. Wasser in *Streitbarer Materialismus*, Nr. 15) eine bedeutende Rolle. (Aus: *Kommunistische Arbeiter Zeitung* Nr. 236, November 1992, Herausgeber: Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD — Corgel)

Termine

29./31. 1. 93. 3. Parteitag der PDS in Berlin. Aus der Tagesordnung: Zum Umgang mit den Beschlüssen der 2. Tagung des 2. Parteitages zum Themenkomplex Aufarbeitung der Geschichte/MfS; Wahlen der/des Parteivorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden; Beschußfassung über das Programm der PDS; Antrag: „Für eine Wiedereröffnung der Politik durch die Partei“.

30. 1. Demonstration zum Jahrestag der Machttübergabe an die NSDAP vor dem Düsseldorfer Industrieklub, wo sich 1932 Vertreter des großen Kapitals mit Hitler trafen. 11 Uhr ab Thyssen-Haus (Gustav-Gründgens-Platz)

13. 2. 93 Gemeinsame programmatische Diskussion zu vorliegenden Entwürfen von DKP, PDS, Kommunistische Plattform in der PDS und KPD. Mit einleitenden Diskussionsbeiträgen von DKP, PDS, Kommunistische Plattform und KPD. Samstag, 11 Uhr, Volgersweg 6, Hannover.

20. 2. 93. Erste landesweite Konferenz zur Bildung einer Linken Liste Niedersachsen. Als TO ist vorgeschlagen:

1. Beratung und Verabschiedung eines „Aufruf zur Bildung einer Linken Liste Niedersachsen“.

2. Beratung über und Bildung von offenen Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von programmatischen Positionen.

3. Zeitplanung für die weitere Arbeit zur Bildung einer Linken Liste Nds.

4. Wahl/Benennung eines Koordinationskreises zur Durchführung der nächsten Konferenz.

Ort: Hannover; Freizeitheim Linden; Windheimstr. 3, 10 bis 18 Uhr.

13./14. 3. 93 13. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln.

20./21. 3. 93 Treffen der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen bei Stuttgart. Themen u.a.: Statistische Unterlagen zu den Ursachen der „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen. Anmeldung: GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz

29. 7. bis 4. 8. „Linke Sommerschule“ 1993: 30. Juli (Anreise 29.7.) bis 3. August (Abreise 4. August); Kinderbetreuung wird diesmal angestrebt. — Die Themen der Kurse stehen noch nicht fest; die Beteiligung weiterer linker Kräfte ist erwünscht.

Einrichtung einer Zufluchtstätte für eine freie, parteiunabhängige Diskussion der Linken

Gerade die Erfahrungen der nun bereits zum zweiten Mal durchgeführten „Schule“ zeigen, wie hilfreich die Debatte zwischen politisch engagierten Menschen mit anderen Erfahrungen und anderen Überzeugungen für jenen großen Lernprozeß ist, der angesichts der weltweiten Niederlage, aber auch angesichts der raschen Veränderungen in der kapitalistischen Welt sowie der riesigen Probleme in den Resten einer alternativen Welt für alle Linken unumgänglich geworden ist, wenn linke Politik mehr sein soll als die Verteidigung einmal gelebten Lebens, einmal gewonnener Überzeugungen.

Eine solche gemeinsame Debatte läßt sich nach den Erfahrungen der ARGE sowie der „Schulen“ leichter führen, wenn sie sich auf theoretische Positionen, historische und aktuelle politische Erfahrungen, publizistische Arbeiten stützt, als wenn es um die Fassung von politischen Beschlüssen oder um gemeinsame Aktionen geht. Denn bei solchen Beschlüssen sind die Teilnehmer der Diskussion immer Repräsentanten bestimmter politischer Organisationen, verteidigen oder verlieren öffentliche Identität, während sie an Debatten um bereits abgeschlossene Vorgänge oder um theoretische Positionen viel leichter als nachdenkende politisch engagierte einzelne Persönlichkeiten herangehen können.

Als besonders fruchtbar hat sich die „Schulen“ zugrunde liegende Idee von „Bildung als Emmanzipation“ erwiesen. Während alle anderen Bildungsformen darauf abzielen, die Teilnehmenden für die Mechanismen der vom Kapital beherrschten Gesellschaft funktionsfähig zu machen, zielt das Bildungskonzept der „Schulen“ auf die Entwicklung der Fähigkeit und des Selbstvertrauens ab, sich unabhängig von den Informations- und Bildungsmonopolen der Herrschenden bzw. politischen und kulturellen Eliten selbstständig orientieren zu können, sich selbst einen Kopf zu machen. Ohne eine solche Fähigkeit und ein entsprechendes Selbstvertrauen aber können sich Menschen nicht wirklich selbst befreien.

Die PDS Thüringen hat sich nach Meinung der westdeutschen PartnerInnen mit dem bei ihr nachprüfbar vollzogenen Konzept der „Partei von unten“, mit ihrem unbefristeten Eintreten für die

niemanden ausgrenzende Zusammenarbeit der Linken in ganz Deutschland und ihrer Fähigkeit, unterschiedliche Erfahrungen, Überzeugungen und Vorstellungen nicht in Fraktionen, Flügel- oder gar Machtkämpfe erstarren zu lassen, einen guten Namen gemacht, viel Vertrauen geschaffen und auch zu echten Ergebnissen für einen Neuansatz linker Politik beigetragen.

3. Deshalb ersuchen die TeilnehmerInnen der „Linken Winterschule“ auch den Landesverband Thüringen der PDS um die politische Unterstützung eines solchen Projekts.

Gerade jetzt, wo mit den bewußt der Einsicht und Kontrolle der Basis in der PDS entzogenen Versuchen einiger Vorstandsmitglieder der PDS, das gescheiterte Projekt der „Linken Liste“ neu aufzulegen, Ost- und/oder Westparteien zu gründen, bestimmte politische Kräfte (einschließlich der drei von Gregor Gysi eingestuften Strömungen 1-3 in der PDS) auszugrenzen, erhebliche Verunsicherungen in der linken politischen Öffentlichkeit entstehen, wo es unübersehbar Versuche gibt, den Druck der Basis auf ein politisches Programm zur Abkürzung oder gar Ausschaltung unvermeidbarer politischer, theoretischer, kultureller Debatten zu mißbrauchen, wäre es ein Zeichen des Vertrauens, der Ermutigung, sich nicht enttäuscht zurückzuziehen, wenn der Landesverband Thüringen einen solchen Beschuß fassen würde.

Deshalb auch der von allen in Schnepfenthal anwesenden Thüringern unterstützte Antrag an den Landesvorstand, einen solchen Beschuß noch vor dem Bundesparteitag zu fassen.

Voraussetzungen und Konsequenzen eines solchen Beschlusses:

1. Alle TeilnehmerInnen waren sich darüber einig, daß vor der praktischen Realisierung des Beschlusses noch viele Fragen zu klären sind, angefangen von den Rechtsformen bis zu organisatorischen Fragen.

2. Sie akzeptierten den von den Mitgliedern des Landesvorstands nachdrücklich geltend gemachten Standpunkt, daß sich ein solches Unternehmen materiell und personell selbst tragen muß. Es meldeten sich bereits in Schnepfenthal und danach eine Reihe von GenossInnen aus dem Westen zur

Mitarbeit in einem vorbereitenden und organisierenden Gremium. Die aus Thüringen Teilnehmenden wiesen darauf hin, daß sie persönlich keine weiteren Belastungen übernehmen können, sich aber um die Gewinnung von durchaus vorhandenen interessierten und fähigen GenossInnen bzw. SympathisantInnen bemühen werden.

3. Die räumlichen Voraussetzungen sind zunächst einmal mit dem Objekt „Hermannstein“ in Schnepfenthal gegeben. Der immer noch wachsende Zuspruch für die Schulen (obwohl es außerhalb des Bundes Westdeutscher Kommunisten bisher kaum eine Popularisierung gegeben hat) wird es aber auch ermöglichen und erfordern, Veranstaltungen in anderen Orten mit interessierten örtlichen oder regionalen Organisationen durchzuführen. Es geht bei einem solchen Beschuß also nicht um die Fortsetzung der „Schulen“ unter einem anderen Namen.

4. Mehrheitlich sprachen sich die TeilnehmerInnen für die bisherige Form einer „Schule der Lernenden ohne Lehrende“ aus. Sie glauben, daß gerade eine solche Form eine spürbare Anziehungskraft für die verstreute, zum großen Teil längst oder jüngst abgewickelte, mit Berufsverboten verfolgte linke Intelligenz in Deutschland haben könnte. Außerdem trägt sie zur Minimierung der Kosten bei.

Die Thüringer TeilnehmerInnen waren sich darin einig, daß eine solche Initiative das Problem der politischen Bildung in der PDS nicht lösen kann, aber einen realen Beitrag dazu leistet.

5. Ebenso einig waren sich alle, daß mit einer solchen Initiative ein Beitrag zu einer Kultur- und Wissenschaftspolitik geleistet werden könnte, der über den engen Kreis der traditionellen kommunistischen Linken hinausführt.

Deshalb sind Parteunabhängigkeit ebenso wie eine gute Kommunikation zur PDS und anderen Organisationen, Verbänden, Institutionen oder Einzelpersonlichkeiten gleichermaßen notwendig.

Die TeilnehmerInnen sahen einen wichtigen Unterschied (nicht Gegensatz!) zu anderen linken Bildungsinstitutionen darin, daß ein Kern von Menschen da ist, die theoretisch-wissenschaftliche Kompetenz mit aktueller politischer Erfahrung verbinden können.

Am 20. September 1992 wurde der kurdische Rechtsanwalt und Schriftsteller Musa Anter von einem Killer der türkischen Sicherheitskräfte im Alter von 74 Jahren in Diyarbakir auf offener Straße ermordet.

Zum Gedenken an Musa Anter fanden in Kurdistan und in anderen Ländern zahlreiche Veranstaltungen statt. Die im folgenden dokumentierten Texte wurden auf einer Veranstaltung des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins in Köln am 28. 11. 1992 November 1992 vorgetragen. Die Beschreibung des Lebens Musa Anters ist kurz, da auf der Veranstaltung auch der kurdische Verleger Serhat Bucak, ein langjähriger Freund Musa Anters, über dessen Leben und Kampf berichtete. Aus Platzgründen ist eine der Geschichten gekürzt. — (do, ha, rü, T.D.)

Eine kurze Biografie

Musa Anter wurde 1918 in dem Dorf Zwinge in der Provinz Sittile bei Mardin in einer Höhle geboren. Seine Grundschulausbildung machte er in Mardin. In Adana besuchte er das Gymnasium und machte auch sein Abitur. Seine erste Verhaftung erlebte er auf diesem Gymnasium. Später ging er nach Istanbul, um an der Universität zu studieren. 1941 schrieb er sich an der Philosophischen Fakultät ein, wo er kurdische Studenten kennlernnte, u.a. Faik Bucak. Dieser war Student der Rechtswissenschaft. Da seine Freunde sich mit ihm gut verstanden und zusammenbleiben wollten, betrieben sie, daß Musa Anter an der Fakultät für Rechtswissenschaft eingeschrieben wurde.

1942 gründete Musa Anter mit Mustafa Remzi Bucak, Faik Bucak und Yusuf Azizoglu das Dicle-Studentenheim. Nach der Gründung des Vereins Hevi (= Befreiungsverein der Kurden) mit Mustafa Remzi Bucak, Yusuf Azizoglu, Ziya Serefhanoglu und Faik Bucak gründete er den ersten kurdischen Studentenverband in Istanbul. 1948 gründete er das Fırat-Studentenheim und gab die Zeitung „Dicle-Kaynağı“ (= Quelle Dicle) heraus. 1951 gab er mit Hilfe von Kemal Süker die Zeitung „Şark-Memisi“ (= Orient-Zeitung) heraus, kurz danach die Zeitung „Şark-Postası“ (= Orient-Post).

1959 veröffentlichte er Witze in der in Diyarbakir erscheinenden Zeitung „İleri Yurt“ (= Fortschritt der Heimat). Im September 1959 wurde er wegen der Veröffentlichung eines von ihm geschriebenen Witzen „Kirmil“ (= Rüsselwanze) verhaftet, später wieder freigelassen.

1959 wurde er im „49er Prozeß“ verhaftet und verurteilt. (Der „49er Prozeß“ hat seinen Namen daher, daß in ihm 49 Intellektuelle angeklagt waren. Die türkische Regierung beschrieb die Angeklagten gegenüber den USA als „gefährliche Kommunisten“, um Militärlösche zu erhalten. In Wirklichkeit waren die meisten kurdische Politiker, d. Red.) Noch im selben Jahr wurde Musa Anter am 24. Dezember

Musa Anter: Texte eines kurdischen Schriftstellers

wieder verhaftet und in das Gefängnis von İstanbul-Harbiye gesteckt. In dem Prozeß wurde er zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Sein Theaterstück „Bırına-Reş“ (= Unheilbare Wunde) schrieb er in dieser Zelle.

1963 gab er mit Yaşar Kaya, Medet Serhat und Ergün Koyucu die Zeitung „Deng“ heraus (= Stimme). Unter dem Ausnahmestand wurde diese Zeitschrift schon nach zwei Monaten wieder verboten. Musa Anter kam wieder ins Gefängnis. Auf die Frage eines Richters nach seinem Beruf antwortete er: „Kurdische Nationalbewegung“.

1965 veröffentlichte er wieder das Theaterstück „Bırına-Reş“ und 1967 das Buch (Stück) „Ferhane Kurdi“ (= türkisch-kurdisches Wörterbuch). 1967 wurde er wegen einer Veröffentlichung in der Zeitung „DOĞU“ (= Osten) verhaftet, kurz danach wieder freigelassen.

Am 12. März 1971, während des Militärputsches, wurde er im Prozeß gegen den revolutionären östlichen Kulturverband (DDKO – Dogu Devrimci Kültür Ocakları) zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

1976 kehrte er in seinen Geburtsort Zwinge zurück. Den Militärputsch am 12. September 1980 erlebte er in seinem Dorf. Bis 1989 wurde er mehrmals verhaftet und wieder freigelassen.

1989 ging er nach Istanbul. Dort schrieb er für die Zeitschriften „2000e doğru“ (= in Richtung 2000) und „Medya gönü“ (= Medienherz). Im Juli 1990 wurde er Mitbegründer der Partei der Arbeit des Volkes (HEP). Er war im Parteivorstand.

Im Oktober 1990 wurde sein Buch „Hatıralarım“ (= meine Erinnerungen) vom Doz-Verlag veröffentlicht.

Vom 20. Oktober 1990 an, mit der Gründung der Wochenzeitung „Yeni Ülke“ (= Neue Heimat), wurden seine Artikel in dieser Zeitung jede Woche veröffentlicht. Er schrieb auch in „Welat“ (= Heimat), einer kurdischen Zeitung, in „Özgür Gündem“, einer Tageszeitung, in „Rewsen“ (einer kurdischen Intellektuellenzeitschrift) und der satirischen Zeitschrift „Tewlo“.

Bis zu seiner Ermordung schrieb er ständig für die Zeitungen „Yeni Ülke“, „Özgür Gündem“ und „Welat“.

Der große kurdische Schriftsteller und Philosoph Musa Anter war 74 Jahre alt, als er ermordet wurde. Er war mit Hale Anter, geb. Zapsu, verheiratet und hatte drei Kinder mit Namen Anter, Rahşan und Dicle.

„Über meine Erinnerungen“

(...) 74 Jahre Folter und Unterdrückung läßt viele Erinnerungen wach bleiben. Keiner soll von mir gute Erinnerungen erwarten, weil ich keine habe, die ich schreiben könnte. Im Gegenzug

wieviele „von den anderen“ gefallen seien. Waren unsere Verluste, d.h. die der PKK, höher, so war dies ein Anlaß zur Trauer, und an dem Tag wurden Radio und Fernseher nicht eingeschaltet. Wenn aber auf der staatlichen Seite hohe Verluste waren, sorgte dies für festliche Stimmung.

Meine Erinnerungen haben weder etwas mit denen von Kenan Evren noch mit denen von İhsan Sabri Caglayangil zu tun, in denen von nichts anderem als Blut und Hinrichtung die Rede ist. Im Klartext heißt das, daß das, was ich schreibe, nichts anderes ist, als wenn ein Todeskandidat, der zur Hinrichtung verurteilt wurde, seine Wut auf den Henker hinausschreit. (...)

Aber warum fragen wir nicht: „Warum sind wir 400 Jahre nach der ersten europäischen Demokratie immer noch nicht fähig, Demokratie und Menschenrechte einzuführen?“ Der türkische Staat ist nicht einmal in der Lage, für 20 Millionen Kurden deren Muttersprache in Wort und Schrift zuzulassen. (...)

Wenn man die Dinge genau betrachtet, fällt einem auf, daß die Türkei ein eigenartiges Land ist. Faustrecht und Faschismus können in 24 Stunden die Oberhand gewinnen. Das ohnehin nicht demokratische Grundgesetz und das Scheinparlament werden mit Füßen getreten.

„Putschen“ geht sehr schnell, aber wenn man Demokratie fordert, dann sagen sie, daß es langsam gehen muß. (...)

Seit 60 Jahren beobachte ich, daß der eine General eine „Demokratie“ einführt, dem nächsten General paßt das nicht, er putscht und bildet die nächste „Demokratie“. Das wiederholt sich fortlaufend: Kemal Pasa, Ismet Pasa, Cemal Pasa und jetzt unser Kenan Pasa.

Nun, meine Landsleute und Menschen in aller Welt, unter diesem Demokratie-Spiel und ewigen Zerstörungs- und Erneuerungs-Spielen leiden die Völker der Türkei, insbesondere die Kurden. (...)

Yusra

Der August 1991 war der traurigste Monat in meinem Leben. Ich fuhr jedes Jahr von Istanbul nach Stilile (dem Ort meiner Vorfahren) in Kurdistan. Auch dieses Jahr fuhr ich dorthin, um mich von dem Streß in Istanbul zu erholen, die Nähe zu meinem Volk zu genießen und die tief verwurzelte, jahrtausendealte Kultur zu erleben.

Aber kaum war ich dort angekommen, ahnte ich Schlimmes.

Nicht nur in meinem Dorf,

sondern in der ganzen Region

herrschte ein Staatsterror ohne gleichen.

Das Volk und der Staat standen sich als Feinde gegenüber. Das kurdische „em ü ew“ (was soviel bedeutet wie „Wir und Sie“) war zu einem feststehenden Begriff geworden. So wurde z.B. nach Auseinandersetzungen zwischen der PKK und den militärischen Sicherheitskräften stets gefragt, wieviele „von uns“ und

teil. Sie sind gekennzeichnet durch Gefängnisse, Folter und Willkür. Wie soll ich da von etwas Schönen erzählen? (...)

Meine Erinnerungen haben weder etwas mit denen von Kenan Evren noch mit denen von İhsan Sabri Caglayangil zu tun, in denen von nichts anderem als Blut und Hinrichtung die Rede ist. Im Klartext heißt das, daß das, was ich schreibe, nichts anderes ist, als wenn ein Todeskandidat, der zur Hinrichtung verurteilt wurde, seine Wut auf den Henker hinausschreit. (...)

Im Juli wurde auf dem Weg zum Dorf Habise, das acht Kilometer von dem unsrigen entfernt ist, von PKK-Guerillas eine ferngesteuerte Bombe angebracht. Da der Weg auch von zivilen Fahrzeugen genutzt wird, wurde extra diese ferngesteuerte Bombe verwendet.

Hier möchte ich bemerken, daß die Dorfstraßen häufig nicht asphaltiert sind. Erst in letzter Zeit haben sie damit begonnen. Dies geschah jedoch nicht für die Dorfbevölkerung, sondern aus Angst vor Vermüning der Wege.

Auf dem erwähnten Weg wurde die Bombe gezündet, als ein mit 28 Soldaten besetztes Militärfahrzeug vorbeifuhr. Zwanzig Soldaten starben auf der Stelle. Die verbliebenen Soldaten starben entweder auf dem Weg ins Krankenhaus oder im Krankenhaus.

Ja, ihr hohen Militärs und zivilen Häftlinge, wie könnt ihr so gelassen dort sitzen und euch die Bäume vollschlagen, wenn immer mehr Menschen auf beiden Seiten ihr Leben verlieren?

Es war für mich nicht zu übersehen, daß die Angriffe der PKK Vergeltungsmaßnahmen sind, die durch den staatlichen Terror hervorgerufen werden.

Im Osten der Türkei ist die Zahl der dort stationierten Militärs in etwa so hoch wie die der dort lebenden Bevölkerung. (...)

Was bezweckt denn nun eigentlich der Staat mit so einer Kriegsmaschine? Es ist klar, daß sie dort nicht verrostet soll, sondern auch eingesetzt werden soll, und wenn dies auch nur durch Provokation geschieht! Das ganze zur Freude hochzahler Offiziere, die sich an diesem Krieg dummselig durschlagen werden.

Um dies zu verdeutlichen, ein Beispiel: Eine acht-bis zehnköpfige Familie im Osten verdient im Jahr 1 bis 2 Millionen (türkische, d. Übers.) Lira. Ein Feldwebel verdient hingegen 3 Millionen Lira im Monat.

Alles weitere können Sie sich selber denken! (...)

Am 10. August 1991 feuerten die Sicherheitskräfte willkürlich auf die Stadt Cizre. Ein junges Mädchen, das auf dem Dach ihres Hauses schlief, wurde erschossen, und ihre Geschwister wurden verletzt.

Dieses Ereignis rief im Osten große Empörung hervor. Daraufhin kam es zu Generalstreiks in den Städten Cizre, Silopi, Sirnak und in unserem Dorf Stilile. Als Reaktion auf diesen Streik wurden die Rolläden und Türen

geschlossen.

Es gibt eine Art von Freuden-

Ausrufen, die die Frauen bei Hochzeiten von sich geben.

Es gleicht einem Pfeifton, der auf

Kurdisch „dilili“ oder „lilan-

din“ heißt. Dieses dilandin oder

lilili ist mittlerweile bei Beerdigungen zu hören. So geschah es



Musa Anter

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

o 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

o Im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65.- DM je Einzelabo)

o Im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo)

o Halb-/Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank) Unterschrift:

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistankomitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 6800 Mannheim 1), Jörg Deljen (über: GNN, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stasch (über: GNN, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Czerninskstr. 5, 1000 Berlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 65 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 114 439 3600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,-

DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rudiger Lötzter; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Kultur und Wissenschaft: Herbert Stasch; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGM, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungsarbeit: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilage: Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninskstr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2

für Bezieher aus Ostdeutschland

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz